

NEUE ZEIT



AMERIKA-
NISCHER
TRAUM

Institut der Zentralbibliothek der DDR
1500 Berlin, Gustav-Adolf-Strasse 2
Postfach 600
Fachbibliothek

Ausgesondert!
1501 9001 252
ZOLLVERW-Bl
FACH 65
151 394 347
14159 27

...Ihn wiegt
in Schlummer
Der Vileika Murmeln.
Im Traum erschien ihm
Ein Wolf aus blankem
Eisen,
Und Gediminas erkannte
Des Nachts
die Offenbarung:
Er gründete die Stadt
in unwegsamem
Dickicht...

Von dem Hügel mit dem
achteckigen Turm des Gediminas, des legendären
Gründers von Vilnius, hat
man einen weiten Ausblick
auf die Hauptstadt
Sowjetlitauens. Seit über
650 Jahren steht sie, wo
Neris und Vileika (Vileika)
zusammenfließen.

Hunderttausende Touristen aus der UdSSR und anderen Ländern kommen nach Vilnius, um die Bau-
denkmäler, Museen und Gemäldegalerien zu sehen. Fast das ganze Stadt-
zentrum steht unter Denk-
malschutz. Winkelgassen, gotische Kirchen und alt-
tümliche Häuser mit ro-



ten Ziegeldächern wechseln mit modernen weißen Bauten ab.

Es ist schwer vorstellbar, daß im Juli 1944, als die Sowjetarmee nach Vertreibung der Faschisten nach Vilnius kam, über 40% der Bauten in Trümmern lagen und von den 180 Denkmälern der Altstadt 80 schwer beschädigt waren.



„Einheit der Menschen und der Natur“ — dieser Gedanke war bestimmend beim Bau der neuen Wohnviertel in Vilnius — Seskine und Lazdynai. Diese Neubauviertel um-

schließen Baumbestände, fügen sich gut in die grünen Hügel ein und zeugen davon, daß man sich um Harmonie der Bauten und der Natur bemüht hat.

Neubauviertel in Vilnius
● Die Antokolski-Straße
in der Altstadt ● im
Städtebauinstitut von Vil-
nius ● Eins der vielen
Straßencafés.



Fotos: TASS

WORT DES REDAKTEURS

SEIN ODER NICHTSEIN?

Wird es das neue sowjetisch-amerikanische Gipfeltreffen geben, das im vorigen Herbst in Genf vereinbart wurde? Die Zeit verrinnt, die Frage aber bleibt offen. Viele sind darüber aus begreiflichen Gründen besorgt. In unserem Nuklearzeitalter tragen die führenden Repräsentanten der UdSSR und der USA eine besondere Verantwortung, steht doch nicht mehr und nicht weniger als das Überleben der Menschheit auf dem Spiel.

Der sowjetisch-amerikanische Dialog, der sich in Genf entspann, hat die nicht unbegründete Hoffnung aufkommen lassen, daß in den Beziehungen zwischen unseren Ländern eine Wende zum Besseren und folglich eine Gesundung des Klimas in der Welt eintritt. Mancher glaubt ganz aufrichtig, daß ein neues Treffen zwischen Michail Gorbatschow und dem US-Präsidenten von selbst das ersehnte Ziel näherrückt. Das geben die bürgerliche Propaganda und Erklärungen von US-Politikern den politisch Unerfahrenen im Westen ein. Großsprecherisch verbreiten sie sich über Friedensstreben und Dialogbereitschaft. Aber dieses Gerede steht in frappierendem Gegensatz zu den Taten. Die US-Administration sabotiert die Abrüstungsverhandlungen und beseitigt die letzten Hemmnisse für das nukleare Wettrüsten — den SALT-2-Vertrag und andere bilaterale Abkommen. Vieles im Verhalten Washingtons ist mit politischer Moral nicht zu vereinbaren, verstärkt die Spannung in der Welt und in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und läßt das Mißtrauen zwischen den beiden Ländern wachsen.

Unter diesen Bedingungen brächte ein neues sowjetisch-amerikanisches Gipfeltreffen nur eins: Die US-Seite könnte die Verhandlungen zur Verschleierung des Wettrüstens und der materiellen Kriegsvorbereitung nutzen. Bei diesem Betrug an der Weltöffentlichkeit wollen wir Washington nicht helfen. Das hat Michail Gorbatschow in Warschau mit aller Bestimmtheit erklärt.

Die Sowjetunion ist für einen Dialog, aber einen solchen, in dem beide Seiten reale Ergebnisse wollen. So hat der XXVII. Parteitag der KPdSU die Frage gestellt, und so wurde darüber auf der Budapester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und auf dem Juni-Plenum des ZK der KPdSU gesprochen. Wir sind für den Dialog mit Washington. Wir werfen die Tür nicht ins Schloß: Ein neues Treffen mit dem US-Präsidenten ist möglich. Aber dazu bedarf es begreiflicherweise einer Atmosphäre, die reale Vereinbarungen in Aussicht stellt.

Moskau ist unerschütterlich dafür, die Hoffnungen der Völker zu erfüllen, die von den Spitzenpolitikern der UdSSR und der USA praktisches Handeln für die Erhaltung und Festigung des Friedens erwarten.

POST

Ich habe den Artikel von A. Gromyko, "Afrika unter Problemdruck", NZ 22/86, gelesen, und das diesem Artikel beigelegte Foto hat mich schwer erschüttert — eine schwarze Frau mit ihrem sterbenden Kind. Ich bin 33 Jahre alt und habe einen achtjährigen Sohn. Er geht zur Schule, ist gesund und glücklich. Ich arbeite als technische Sekretärin. Raten Sie mir, wohin ich Geld überweisen kann, um dieser Frau und anderen Müttern, die ihre Kinder nicht satt kriegen, zu helfen. Als Mutter fühle ich mich dazu einfach verpflichtet.

Valentina KONJUSCHA
Gebiet Poltawa, Ukr. SSR

Antwort der Redaktion:
Sehr geehrte Valentina, Sie können das Geld auf das Konto des Sowjetischen Friedensfonds überweisen, denn die Sache des Friedens hat unmittelbar mit zwischenmenschlicher Solidarität zu tun. Der Friedensfonds hilft Opfern imperialistischer Aggression, Opfern der Apartheid und des Genozids ebenso wie Menschen, die Naturkatastrophen, Überschwemmungen, Dürren usw. erleiden.

Im Zusammenhang mit der Tragödie von Tschernobyl wurde noch einmal deutlich, wie ernst es der Sowjetunion mit dem Frieden ist. In seiner Fernsehansprache verkündete Michail Gorbatschow die Verlängerung des Moratoriums über Atomtests in Ihrem Land und schlug vor, eine internationale Ordnung zur friedlichen Entwicklung der Kernenergie zu schaffen. Dieser Schritt ist ein weiterer konkreter Hinweis auf Ihre friedliebende Politik.

Victor PURON
Guantanamo, Kuba

27 JULI 1986

Gründungsjahr 1943

3
Reportage
vom PVAP-Parteitag

4
Interview mit Pierre
Mauroy

5
Wieder in MIR

6
Reagans Rede
in Glassboro.
Olivenzweig und
nukleare Faust

12
Sowjetisch-afrikanische
Konferenz in Moskau

13
USA-Kanada. Fallstricke
im Freihandel

15
Wer schürt die Differenzen
Griechenland-Tür-
kei?

17
Automatisierung und Ro-
boter

20
Haiti nach Duvalier

22
Der Amerikanische
Traum

28
Antonios Ballett

32
König Fußball

Wort des Re-
dakteurs (1), Panorama (8),
Biographisches (30), Dis-
kussion mit dem Leser (31).

Titelbild: A. Garanin

KONTAKTE ZUEINANDER AUSBAUEN

Wie sieht man in Paris die Entwicklung der Beziehungen zu Moskau? Welche Hoffnungen werden in den Besuch des Präsidenten der Französischen Republik, Francois Mitterrand, in der Sowjetunion gesetzt? Welche Rolle kommt dem französisch-sowjetischen politischen Dialog in den Ost-West-Beziehungen zu? Dazu äußert sich in einem Exklusivinterview für die NZ Pierre Mauroy, ehemaliger Ministerpräsident Frankreichs,



Bürgermeister von Lille, und namhafter Politiker der Sozialistischen Partei Frankreichs.

S. 4



ANTONIOS BALLETT

"Der Tanz ist meine Waffe...", sagt der große spanische Tänzer und Choreograph Antonio Gades, der kürzlich mit seiner Truppe ein Gastspiel in der UdSSR gab. Das von ihm inszenierte Ballett "Carmen" auf der Grundlage des Flamenco begeisterte das Publikum in vielen Ländern.

S. 17

S. 28

AUTOMATISIERUNG UND ROBOTER

Roboter musizieren, fertigen Porträts, streichen Autos und schweißen... Doch Ihre Möglichkeiten sind nicht unbegrenzt. Die Wissenschaftler sagen: Sinnvoll können Industrieroboter nur dort eingesetzt werden, wo das

wirtschaftlich von Vorteil ist — zusammen mit automatischen Werkzeugmaschinen und Taktstraßen.

Chefredakteur: V. IGNATENKO

Redaktionskollegium: L. BESYMEŃSKI, S. GOLIAKOW [Stellv. Chefredakteur], J. GUDKOW [Verantw. Sekretär], A. LEBEDEW, A. PIN, B. PISTSCHIK [Stellv. Chefredakteur], V. TSCHERNJAWSKI [Stellv. Chefredakteur], D. WOLSKI, V. ZOPPI [Gestaltung: A. GARANIN]

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW



GETRAGEN VON HOFFNUNGEN UND ERWARTUNGEN

Das Jahr steht erst im Zenit, ebenso wie die heiße Sommersonne, die erbarungslos auf den, wie die Warschauer meinen, größten Platz Europas vor dem Palast der Kultur und Wissenschaft niederbrennt. Und doch kann man schon jetzt konstatieren: Gerade jetzt, hier, wo die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei ihren X. Parteitag abhält, vollzieht sich das Hauptereignis des Jahres 1986 im Leben der polnischen Kommunisten, des ganzen polnischen Volkes.

Wie sahen jene fünf Jahre zwischen dem IX. und dem X. Parteitag der PVAP aus? Eine eindeutige Antwort darauf gibt es nicht. Wenden wir uns dem Rechenschaftsbericht des ZK der PVAP "Die Aufgaben der Partei bei der sozialistischen Entwicklung und Festigung der VR Polen" zu, den der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Wojciech Jaruzelski, auf dem Parteitag verlas. Die fünf Jahre zwischen dem IX. und dem X. Parteitag, sagte er, waren von Spannungen und Emotionen wie von Arbeit und Erfolgen ausgefüllt. Die Situation war dramatisch, doch die Partei verlor den Glauben an die Vernunft der Arbeiterklasse nicht.

Die die gesamte Partei, das ganze Volk erfassende Diskussion vor dem Parteitag, bei der sich die endgültige Fassung des Programms der PVAP herausbildete, war, wie es der Redner ausführte, von der Erwartung der Wahrheit und der Hoffnung geprägt —

der Wahrheit über den Zustand der Gesellschaft, des Staats und der Wirtschaft, der Hoffnung auf die Überwindung der Schwierigkeiten, auf einen beschleunigten Vormarsch.

Für die Kommunisten, für alle polnischen Werktätigen sind die Aufgaben der Beschleunigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes kein Maximalziel. Es sind Ziele des Heute, Ziele der nächsten Zukunft. Wojciech Jaruzelski, der zur Ausarbeitung des Programms für die weitere sozialistische Entwicklung Polens sprach, betonte: Die Hauptaufgabe besteht darin, Versäumtes nachzuholen und die Distanz zu den führenden Staaten zu verringern.

"Wir verbinden harmonisch unsere nationalen Ziele und Interessen, verknüpfen immer effektiver die Einheit der allgemeinen sozialistischen Ziele mit den konkreten Bedingungen ihrer Erreichung", betonte Wojciech Jaruzelski.

Abgestimmtheit und die Verbindung der nationalen Interessen kennzeichnen auch den außenpolitischen Kurs der Länder der sozialistischen Gemeinschaft. Ein klassisches Beispiel dafür sind die polnisch-sowjetischen Beziehungen, das unverbrüchliche Bündnis und die Freundschaft beider Länder. Auf dem Parteitag der polnischen Kommunisten wurde erneut erklärt:

"Die PVAP unterstreicht mit ganzer Kraft ihre Entschlossenheit, die Bände der Freundschaft und die allseitige Zusammenarbeit mit der KPdSU und den anderen Bruderparteien ständig zu festigen. Wir sprechen uns prinzipiell für die weitere Stärkung der Macht der sozia-

listischen Gemeinschaft, die Festigung ihrer Geschlossenheit und Einheit in allen Bereichen aus.

Die Sorge um die friedliche Zukunft unseres Planeten, um die Abwendung der Nuklearkriegsgefahr ist eine vorrangige Aufgabe für alle Völker. Dieser Gedanke zieht sich durch fast alle Reden der Parteitagsdelegierten. Über innere Probleme verlieren sie auch internationale Probleme nicht aus dem Gesichtsfeld. Leben wir ja, wie Michail Gorbatschow in seiner Rede auf dem Parteitag betonte, in einem Zeitalter, da die untrennbare Verbindung des Rechts auf Leben mit dem Recht auf Entwicklung immer deutlicher spürbar wird. Polens westliche "Gönner" haften ihm das heilige Recht auf selbständige Entwicklung rauben wollen. Doch daraus wurde nichts. "Das sozialistische Polen", betonte der Leiter der KPdSU-Delegation, "hat standgehalten, hat die revolutionären Errungenschaften verteidigt — das ist das Hauptergebnis, mit dem ihr zu eurem Parteitag gekommen seid und zu dem wir euch heute zu Recht beglückwünschen können."

Der Parteitag der polnischen Kommunisten, auf dem eine allseitige Wertung des zurückgelegten Weges gegeben wird, die Probleme der Republik tiefscrifend analysiert und die Aufgaben für eine weitere Etappe des sozialistischen Aufbaus formuliert werden, setzt seine Arbeit fort — getragen von den Hoffnungen und Erwartungen aller Werktätigen Polens.

B. KOSLOW

NZ-Sonderkorrespondent

Warschau, 30. Juni

Warschau, X. Parteitag der PVAP. Am Rednerpult der Leiter der KPdSU-Delegation, Michail Gorbatschow

Fotos: TASS

Kontakte zueinander ausbauen

Vor dem für Anfang Juli geplanten offiziellen UdSSR-Besuch Francois Mitterrands, Präsident der Französischen Republik, gewährte Ex-Premierminister Pierre Mauroy, der Oberbürgermeister von Lille und ein Exponent der Französischen Sozialistischen Partei, der "Neuen Zeit" nachstehendes Interview.

.. "Neue Zeit": Herr Mauroy, einst wurde das Verhältnis UdSSR-Frankreich "das Barometer der Entspannung" genannt, Jener Entspannung, an deren Ursprung unsere beiden Staaten standen. Wie würden Sie die Stellung und Rolle des französisch-sowjetischen politischen Dialogs im Rahmen der Ost-West-Beziehungen definieren?

Pierre Mauroy: "Das Barometer der Entspannung" ist ein treffender Ausdruck, weil er zeigt, daß sich die Entspannung nicht auf die französisch-sowjetischen Beziehungen beschränkt, daß es vielmehr keine reale Entspannung gibt, wenn sich die Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten nicht in richtiger Richtung entwickeln.

Das galt für die letzten 20 Jahre, und das wird auch künftig gelten, denn diese Tatsache spiegelt die wahre Sachlage wider: Die UdSSR hat weltweite Verpflichtungen und spielt eine außerordentlich große Rolle in Europa. Das trifft — in anderen Formen und bisweilen mit anderen Zielsetzungen — auch auf Frankreich zu. In diesem Sinne ist der französisch-sowjetische Dialog unersetzlich, denn letztlich kann in Europa ohne Zusammenarbeit unserer beiden Länder nichts aufgebaut werden. Die Geschichte zeigte das wiederholt, und auch heute bleibt das wahr. Daraus schließe ich, daß der französisch-sowjetische Dialog ein kapitales Element des Ost-West-Dialogs ist, besonders wenn man die Bedeutung Europas im Austausch zwischen Ost und West in Betracht zieht.

"NZ": Der französisch-sowjetische Dialog konzentrierte sich immer auf die Schlüsselfragen. Was ist Ihrer Meinung nach von diesem dritten französisch-sowjetischen Gipfel in den letzten drei Jahren im Hinblick auf die Minderung der Spannungen in Europa und die Verbesserung des weltpolitischen Klimas zu erwarten?

Pierre Mauroy: Ich möchte dazu bemerken, daß es sich um das zweite Gipfeltreffen handeln wird, seit Herr Gorbatschow unser Gesprächspartner ist.



Der Führungswechsel in der UdSSR hat einen Stilwechsel bewirkt. Was wir wissen möchten, ist, inwiefern dieser Wechsel einen fundamentalen Wandel bedeutet. Es gibt ein einziges Mittel, dies zu beurteilen: direkte und vertiefte Kontakte. Folglich wird der UdSSR-Besuch Präsident Mitterrands in dieser Hinsicht nützlich sein.

Er wird, wie ich hinzufügen möchte, um so nützlicher sein, als gegenwärtig Schwierigkeiten im Dialog UdSSR-USA zu beobachten sind. Wir bedauern das. Wir wünschen, daß Frankreich seine Rolle voll und ganz spielt, was nicht umhin kann, allen zu nutzen.

"NZ": Welche positiven Impulse zum Ausbau der bilateralen Beziehungen könnte der UdSSR-Besuch Präsident Mitterrands geben?

Pierre Mauroy: Zuerst zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern. Sie sind für Frankreich unbefriedigend, weil es im Handel mit der UdSSR ein besorgniserregendes Defizit hat. Als Herr Archipow, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, 1984 in Frankreich weilte, lenkte ich seine Aufmerksamkeit direkt auf die Relevanz, die dieser Umstand für Frankreich erlangte. Damals wurden weitgehende Pläne fixiert. Aber die Uneigengleichheit im Warenaustausch mit der UdSSR bleibt, und unsere Besorgnis ebenfalls. In diesem Bereich könnten wir viel tun, und ich denke, daß Präsident Mitterrands Besuch die Situation im Interesse sowohl der UdSSR als auch Frankreichs verbessern wird.

Die Kulturkontakte. Sie entwickeln sich gut und beruhen auf dem gegenseitigen Wunsch, sie zu einem beispielhaften Bereich der Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern auszubauen. Wir können uns dazu gratulieren. Die dabei erzielten Ergebnisse müßten uns befähigen, die Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern zu erweitern und zu vertiefen.

Ich bin überzeugt, daß der UdSSR-Besuch unseres Präsidenten die glückliche

Möglichkeit geben wird, unsere bilateralen Beziehungen zu entwickeln, sowohl in Fragen, die ich angesprochen habe, als auch in Bereichen, die noch bestimmte Differenzen aufweisen.

"NZ": In letzter Zeit hat die UdSSR eine ganze Reihe von Abrüstungsvorschlägen, die auch in Westeuropa geäußerten Wünschen entgegenkommen, unterbreitet. Wie denken Sie über die sowjetischen Vorschläge: allmäßliche Vernichtung der Kernwaffen in der Welt bis zum Jahr 2000, Verbot der Militarisierung des Weltraums, radikale Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen vom Atlantik bis zum Ural?

Pierre Mauroy: Die jüngsten Vorschläge der UdSSR gehen zweifelsohne in guter Richtung, und wie alle friedliebenden Menschen weiß ich ihren positiven Charakter zu schätzen.

Unter den drei Vorschlägen, die Sie genannt haben, möchte ich das Verbot der Militarisierung des Weltraums sowie die Beseitigung der Kernwaffen und die Reduzierung der konventionellen Waffen hervorheben.

Zum ersten Punkt: Wie Sie wissen, wandte sich Frankreich immer entschieden gegen die Pläne einer Militarisierung des Weltraums, weil es meint, daß es sich dabei faktisch um eine zusätzliche Runde des Wettrüstens handeln und daß sie den betreffenden Ländern eine nur illusorische Sicherheit bringen würde. Zudem ist das Projekt ruinös, die Kosten sind gigantisch!

Die beiden anderen Vorschläge sind für die ganze Welt, auch für Europa überaus wichtig. Aber hier stoßen wir auf die Schwierigkeit, wirklich vertrauenswürdige Kontrollmaßnahmen zu bestimmen und dann anzuwenden. Ost und West müßten gemeinsam über die Bestimmung solcher Maßnahmen nachdenken.

"NZ": Herr Mauroy, Sie sind der Vorsitzende des Weltbundes der Partnerstädte. Erzählen Sie bitte über die Tätigkeit dieser Organisation und Ihren Beitrag zur Festigung des Friedens und der Völkerverständigung.

Pierre Mauroy: Der Weltbund der Partnerstädte vereint (als individuelle Mitglieder — d. Red.) über 1800 Städte von 74 Ländern. Sie verdankt ihre Entstehung dem Streben nach Frieden, das nach dem zweiten Weltkrieg viele Bürgermeister, vor allem in Europa, zusammenführte.

Der Ausgangspunkt war, daß direkte Kontakte zwischen den Männern und Frauen aller Länder, aller Städte die Verständigung der Völker fördern und so die Kriegsgefahr mindern würden. Deshalb bemühte sich unser Weltbund zuerst darum, daß die Zahl der Partnerstädte wuchs. Heute sind es

Rückkehr in die Station MIR

Im Bauwesen und bei der Erdölförderung gibt es seit langem die Ablösemethode. Die Brigaden wohnen in komfortablen Siedlungen und werden mit Hubschraubern zur Arbeit gebracht. Nach einer bestimmten Zeit kehren sie nach Hause zurück. Ähnliches wird sich mit der Zeit auf Erdumlaufbahnen abspielen. MIR ist ja eigentlich keine wissenschaftliche Station, sondern ein Weltraumhotel. Wissenschaftlich betätigen sich die Kosmonauten in angekoppelten Laboratorien. Einige Module, z. B. Kristallzüchtungsfabriken, werden für sich fliegen, damit die Ausrüstungen nicht erschüttert werden. Die Besatzungen werden dort regelmäßig neues Material ansetzen, die Anlagen reparieren und die Arbeitsergebnisse einholen. Dann kehren sie ins Hotel zurück.

Das hat heute nichts Phantastisches mehr. Nachdem Leonid Kisim und Wladimir Solowjow die neue Station entkonserviert hatten, flogen sie zu Salut 7, um zu vollenden, was die vorherige Besatzung wegen Erkrankung eines Kosmonauten nicht geschafft hatte. Sie brachten die wissenschaftlichen Geräte in Ordnung, stiegen zweimal in den freien Raum aus und betrieben Forschungsarbeiten. Nach Erfüllung des Programms beluden sie die Wohnsektion von Sojus T 15 mit wertvollen Ausrüstungen und traten den Rückweg an. Am 26. Juni spät abends dockte ihr Raumschiff wieder an der Station MIR an.

Im Flugleitzentrum bei Moskau haben wir eine riesige Weltkarte vor uns. Die

UdSSR ist fast ganz in dunkle Ovale eingeteilt. Sie bezeichnen die Funksichtzonen der Bodenstationen. Sie werden von einer Sinuskurve gekreuzt, auf der sich ein orangefarbener und ein blauer Punkt nebeneinander bewegen. Ovale findet man entlang der Trasse auch außerhalb der UdSSR, zwei im Südatlantik, je eins vor Westafrika und im Mittelmeer, ein weiteres im Pazifik im Raum des Marianengrabens. Dort patrouillieren Forschungsschiffe, die Namen von Kosmonauten tragen.

Alle anderthalb Stunden kommen über Lautsprecher kurze Signale und dann die Stimme des diensthabenden Operators: "Majaki, hier Flugleitzentrum, bitte kommen!"

Nach Sekunden ist die Verbindung hergestellt. Das Raumschiff ist weit entfernt, durch seine Bullaugen kann man die Küste Südamerikas und der Antarktis sehen.

"Alles in Ordnung?" fragt das Flugleitzentrum an.

"Warum denn nicht?" fragen die Majaki zurück. "Die Station ist schon zu sehen. Wir gehen auf Annäherung."

Am Tag zuvor unterhielten wir uns mit dem Leiter der ballistischen Gruppe, Potschukajew, und vergleichen jetzt den Gang der Ereignisse mit seinem Bericht. In einer Entfernung von 20 km müssen die Funksysteme des Raumschiffs und der Station einander im kosmischen Äther "finden", dann bringt die Automatik, die die Triebwerke von Sojus T 15 befehligt, das Raumschiff zum Treffpunkt. In 100 m Entfernung hört die Annäherung auf,

und die Station nimmt eine für die Kopplung günstige Lage ein. Hauptfaktor ist hier die Beleuchtung. Die Sonne muß in einem Winkel von 75 Grad hinter den Kosmonauten stehen, dann ist der Kopplungsstutzen besonders deutlich zu sehen. Nach der Kehre, in etwa 50 Metern, übernehmen die Majaki die Steuerung.

"Kehre ausgeführt!" melden die Kosmonauten. "Kopplungsstutzen schon zu sehen. Entfernung 40."

Flugleiter Rjumin bittet die Majaki, die Kopplung nicht zu übereilen. Das sollte möglichst über der UdSSR geschehen, damit das Flugleitzentrum den Vorgang im Fernsehen beobachten kann.

Die Kosmonauten melden beendete Kehre der Station. "Beginnen das Umfliegen."

MIR hat die Lage eingenommen, die für die Beleuchtung nötig ist, aber der Kopplungsstutzen der Übergangssektion, so etwas wie eine Anlegestelle für Sojus T 15, liegt nicht auf der Annäherungssachse. Jetzt muß Leonid Kisim sein Können zeigen.

Neben der Karte flammt ein Bildschirm auf. Jetzt sehen auch wir, daß sich MIR, förmlich von den Flügeln der Solarzellen getragen, dem Raumschiff nähert. Fast der ganze Bildschirm wird vom Kopplungsstutzen eingenommen.

"Angekommen!" hört man den Bordingenieur sagen.

Das Flugleitzentrum gibt an, daß das letzte Kopplung eines bemannten Raumschiffs mit dem System "Iglä" war. Die Sojus-TM-Schiffe, mit denen die nächsten Besatzungen fliegen werden, haben das verbesserte System "Kurs".

A. IWACHNOW
Sonderkorrespondent der "Iswestija"
Exklusiv für NZ

(einschließlich der nationalen Organisationen der Städte, also kollektiven Mitglieder — d. Red.) bereits über 3500.

Mit der Entwicklung dieser Bewegung beginnt heute eine neue Etappe. Es ist wesentlich, zusammenzukommen, uns kennenzulernen, auch darin, was uns trennt. Doch diese Vorteile könnten ohne Zukunft bleiben, wenn die Partnerstädte nicht die Zusammenarbeit von Nord und Süd fördern. Die Bewegung der Partnerstädte und die Zusammenarbeit gehen davon aus, daß die Zurückgebliebenheit den Frieden stark gefährdet und daß die Annäherung der Städte der immer größeren Spanne zwischen dem Reichtum der Industriestaaten des Nordens und den

Entwicklungsländern des Südens nicht entgegenwirken kann.

Die Städte können in dieser Hinsicht nicht alles, aber doch viel tun: Neben der Übermittlung von Erfahrungen und Wissen können sie spezifische Hilfe erweisen, die den Effekt der zwischenstaatlichen und multilateralen Zusammenarbeit ergänzt.

Hinzugefügt sei, daß der Weltbund den Kampf gegen Apartheid und Rassismus, die eine große Gefahr für den Frieden sind, als eine ihrer vorrangigen Aufgaben betrachtet. Diesen Sinn hatte unsere außerordentliche Manifestation in Goree (Senegal), die am 14. und 15. Juni 1986, zum 10. Jahrestag der Unruhen in Soweto, stattfand. Die Anwesenheit einer

repräsentativen sowjetischen Delegation bewies, daß die UdSSR solchen neuen Formen der Tätigkeit des Bundes, mit denen sie ihrem Friedenswillen Ausdruck gibt, Interesse entgegenbringt.

Die nächste Sitzung der leitenden Organe des Bundes soll im Oktober d. J. in Kiew zusammentreten, und ich freue mich, daß ich dann gemeinsam mit den Partnern aus der UdSSR die Möglichkeiten der sowjetischen Städte, die Mitglieder des Bundes sind, an dessen Programm mitzuwirken, studieren kann.

Im Auftrag der "Neuen Zeit" interviewte
A. KUDRJAWZEW
Paris

Jenseits des gesunden Menschenverstandes

Wladlen KUSNEZOW

Der Höllenzug des Wettrüstens rast über unseren Planeten. Überall wollen die Menschen ihn stoppen. Haltesignale werden aus Genf, Wien, Stockholm und von der UNO gegeben, wo versucht wird, die materielle Kriegsvorbereitung zu beenden. Der Zug aber rast weiter, wird immer schneller.

Der ganzen Völkergemeinschaft ist klar, daß das Wettrüsten beendet werden muß. In Washington aber, wo man gedenkt, sich in Zukunft nicht mehr an die SALT-Begrenzungen zu halten, wird die im Grunde einzige Bremse entfernt.

Nach Einschätzung des US-Präsidenten, dargelegt im Begleitbrief an den Kongreß zum Geheimerbericht über die Einhaltung von SALT I und SALT II durch die UdSSR und die USA, "sind die sowjetischen Kräfte sehr groß und unserer Meinung nach mehr als genug, um vernünftige militärische Erfordernisse zu decken". Ob das Weiße Haus bereit ist, dieses Kriterium "vernünftiger militärischer Erfordernisse" angesichts der Tatsache, daß die menschliche Zivilisation heute nicht nur einmal, sondern mehrmals vernichtet werden kann, auch auf ihre eigenen Kräfte auszudehnen? Aber nein. Dort herrscht ein anderes Kriterium: das einer Überrüstung, für die es weder Maß noch Grenzen gibt. In Washington will man — im Gegensatz zu Moskau — die Hochrüstung nicht stoppen. Dort gedenkt man, wie sich der Präsident ausdrückte, die "Verfolgungsjagd" fortzusetzen, wobei das mit der faustdicken Lüge vom "Rückstand gegenüber der UdSSR" begründet werden soll.

Diese "Verfolgungsjagd" kann die UdSSR und die USA, alle Länder und Völker — im direkten wie im übertragenen Sinne — teuer zu stehen kommen. Nirgends wird man sich der Wahl entziehen können: entweder Übergang zu wahrer Überrüstung oder ein unbegrenztes Wettrüsten, das jeden Augenblick zur Katastrophe werden kann. Eine klare, eindeutige Wahl für die Überrüstung haben weitaus nicht alle getroffen, sie wird durch den erbitterten Widerstand militaristischer Kreise, durch die Verknöchertheit des politischen Denkens, das jahrhundertelang darauf festgelegt war, Sicherheit nur durch militärisch-technische Mittel zu suchen, verzögert. Um die für die ganze Menschheit lebenswichtige Wahl zu erleichtern, hat die UdSSR in letzter Zeit eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die von der Weltöffentlichkeit als entschieden und weitgehend eingeschätzt wurden.

Das sowjetische Abrüstungsprogramm

umfaßt alle Waffenkategorien und ist darauf gerichtet, alle Richtungen des Rüstungswettlaufs zu sperren. Es wurde nicht nur in großen Zügen, sondern auch detailliert ausgearbeitet — also konkret und praktisch. Zudem ist auf allen Abrüstungsetappen bei allen Waffenarten eine zuverlässige Kontrolle unter Einsatz sowohl nationaler Mittel als auch internationaler Prozeduren, bis hin zu Inspektionen vor Ort, vorgesehen.

Die sowjetische Abrüstungsstrategie mit ihrem umfassenden, weitreichenden und konstruktiven Charakter, ihrer Bereitschaft, die Sicherheitsinteressen und die Positionen anderer Staaten zu berücksichtigen, beeinflußt die Stimmung im Westen stark — und nicht nur jene Bereiche, die, wie man meint, sowjetischen Initiativen stets offenstehen. Die britische Regierung, sagte Außenminister Geoffrey Howe, in der außenpolitischen Debatte des Unterhauses, meint, daß das Streben der UdSSR nach Beendigung des Wettrüstens und nach Abrüstung aufrichtig ist. Ähnliche Erklärungen gaben auch viele andere offizielle Vertreter von NATO-Ländern ab. Die Londoner "Sunday Times" werte die Bedeutung der sowjetischen Initiativen wie folgt: "Michail Gorbatschow hat die weitreichendsten Vorschläge unterbreitet, die der Kreml je gemacht hat... Nicht ausgeschlossen, daß der Weg zu einer historischen Vereinbarung über die Reduzierung der Raketenarsenale geöffnet ist..." Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt erklärte in einem Interview für die amerikanische Fernsehgesellschaft NBC, die westlichen Länder sollten den Friedensinitiativen der anderen Seite mehr Aufmerksamkeit schenken als der Erprobung neuer Waffen.

Die sowjetischen Vorschläge, die zur gemeinsamen außenpolitischen Plattform aller Länder der sozialistischen Gemeinschaft wurden, erlauben es Ost und West, einem Wendepunkt bei den Bemühungen, das Wettrüsten zu stoppen, ganz nahe zu kommen. Auch bei der Anbahnung konstruktiver gegenseitiger Beziehungen sind die Blicke jetzt natürlich auf Washington gerichtet: Wird man dort, wie schon wiederholt geschehen, eine so günstige Möglichkeit nicht nutzen? Eine berechtigte Besorgnis. Wer aufgeschlossen ist, der versteht: Während die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder zu breitem gegenseitigen Verständnis mit dem Westen bereit sind, sich über die Differenzen erheben, die Konfrontation und ihre Schürung beenden wollen, gedenken die herrschenden Kreise der USA, den Prozeß der Begrenzung und

Reduzierung der Rüstungen zu beenden, nehmen den bereits 13. Kernwaffentest nach Verkündigung des sowjetischen Moratoriums vor, verüben Aggressionsakte und Provokationen gegen Libyen und Nikaragua, im Nahen Osten, in Angola und Afghanistan. Welch Kontrast — und darüber muß sich auch die herrschende "Elite" der USA ihre Gedanken machen.

Ausdruck dieser Sorge war die Rede des Präsidenten am 19. Juni in Glassboro (US-Bundesstaat New Jersey). Seine ganze Redekunst bot er auf, um der Welt weiszumachen, die Administration wolle Frieden und Abrüstung. Viele westliche Analytiker sahen in dem "Essay über den Frieden", wie der Redner selbst seinen Auftritt nannte, etwas Neues und Positives im Verhältnis zur Sowjetunion, meinten, versöhnliche Töne zu vernehmen.

Der Präsident gestand ein, daß die Sowjetunion "Vorschläge zu einer ganzen Reihe von Problemen — von der Sicherheit der Atomkraftwerke bis zur Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa" — unterbreitet hat. Er ging noch weiter, indem er sagte, daß die "Russen mit ernsten Anstrengungen begonnen haben". Wenn man sich daran erinnert, daß eine solche Ernsthaftigkeit noch vor kurzem abgeleugnet wurde, so läßt sich eine gewisse Korrektur von Vorurteilen konstatieren. Und wenn dies ein Zeichen dafür ist, daß es in der amerikanischen Führung den Wunsch gibt, die sowjetischen Vorschläge nicht mehr als bloße Propaganda abzutun, dann ist das zu begrüßen.

In der Sowjetunion sieht man die USA ohne Vorurteile, unvoreingenommen. Man applaudiert dem Pianisten Wladimir Horowitz, ist Dr. Gale und Armand Hammer dankbar für die Hilfe bei der Havarie von Tschernobyl... Korrekte, fürwahr zivilisierte Beziehungen, wofür die Sowjetunion unablässig eintritt, setzen Offenheit für alles Gute voraus, die Bereitschaft, selbst die kleinsten positiven Signale und Impulse aufzufangen. Und wenn der Präsident tatsächlich aufrichtig meint, daß "jetzt ein Wendepunkt in den Bemühungen zur Festigung von Frieden und Sicherheit in aller Welt eintreten kann", dann braucht er nicht zu zweifeln, daß dies auf den gebührenden Ernst treffen wird.

Der Chef des Weißen Hauses erklärte, es könne keine wichtigere Aufgabe geben als den Abbau der nuklearen Rüstungen, Worte allein reichen nicht aus und es sei Zeit voranzuschreiten. Eben daran erinnert die Sowjetunion immer wieder.

Gute Absichten werden durch Taten und nur durch Taten greifbar. Die USA müssen ihre positive Haltung zu Frieden und Abrüstung erst noch beweisen. Beweisen, was die Sowjetunion durch die einseitige Einstellung der Nukleartests, durch andere praktische Beschränkungen und militärische Zurückhaltung, durch die strikte Einhaltung von SALT 1

und SALT 2 bereits unter Beweis gestellt hat. Und deshalb ist jene Pose des Führers im Kampf für Abrüstung, in die sich der Präsident jetzt wirft, wenn er die sowjetische Führung dazu aufruft, "sich mir anzuschließen und gemeinsam mit Handlungen — Handlungen für den Frieden — zu beginnen", wohl kaum angemessen. Das, womit das Weiße Haus erst beginnen will, gehört im Kreml bereits seit langem zum politischen Alltag.

Vor der Weltöffentlichkeit erklärte der Präsident, in seinem Land habe man sich "bemüht, mit historisch üblichen Tendenzen zu brechen, die zu oft zum Krieg geführt haben". Zu solchen üblichen Tendenzen gehören die Jagd nach militärischer Überlegenheit und Weltherrschaft sowie die Anwendung militärischer Gewalt als eines Mittels zur Lösung von Streitfragen. Hat man sich in den USA etwa von diesen militaristischen Traditionen gelöst?

Ein neues politisches Denken, ein Erfordernis des Nuklearzeitalters, wird auch für den jetzigen Chef des Weißen Hauses immer mehr zu einer Notwendigkeit. Doch er stellt sich taub, wenn er aber doch einmal hinhört, dann höchstens oberflächlich. Und ist das nicht der Grund dafür, daß es, wie viele in den USA beklagen, dem derzeitigen Präsidenten in fünf bis sechs Jahren Regierungszeit nicht gelang, zu einem Abkommen mit der UdSSR bei der Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen zu gelangen, daß ihm nicht gelang, was einigen seiner Vorgänger glückte? Es wird verständlich, warum Reagan in Glassboro versuchte, gewandt an drei Adressen — an die amerikanische Öffentlichkeit, an Westeuropa und die Sowjetunion — zu beweisen, daß er ernstlich an einer Zügelung des Wettrüstens interessiert sei und vor Ablauf seiner Amtszeit eine Vereinbarung mit der UdSSR erreichen könne. Zugleich suchte er, die weltweit verbreitete Meinung zu widerlegen, daß die amerikanische Rüstungskontrollpolitik fast vollständig hartnäckigen Abrüstungsgegnern überlassen wurde, die unter allen Administrationen versuchten, den gesamten SALT-Mechanismus zu demonstrieren.

1979, als SALT II unterzeichnet wurde, gestanden Vertreter der Vereinigten Stabschefs der USA bei Hearings im Senat unisono ein, dieses Abkommen entspreche den amerikanischen Sicherheitsinteressen. Was hat sich denn seitdem geändert, warum war es nötig, in einer der gefährlichsten Richtungen des Rüstungswettrücks so zu verfahren? Die amerikanischen Verbündeten in Europa sind entmutigt. Alle Experten sind verblüfft. Die ganze Welt stellt sich die Frage: Wie konnte die Reagan-Administration sich entschließen, SALT II über Bord zu werfen? So charakterisierte die Situation Prof. jur. Robert Drenan von der Georgetown-Universität.

Offenbar meint man, ein Abkommen mit der UdSSR werde für die USA, die

unter der jetzigen Administration verstärkt hochrüsteten und weiter hochrüsten, zu einem Prokrustesbett. Nach SALT II ist ein weiteres Opfer, der ABM-Vertrag, vorgesehen. Dann aber wird den eigenen Unterfangen nichts mehr im Wege stehen, dann wird man Reagans Lieblingskind, SDI, ungestört verwirklichen können: Fort mit allen Beschränkungen!

In den USA gibt es nicht wenige Realisten, die durchschaut haben, was mit den Tricks um die Ersetzung des veralteten, ineffektiven, ja sogar "verhängnisvollen" Vertrages durch irgend ein Wunderdokument bezweckt werden soll. "Ronald Reagan denkt nicht daran, ernsthaft Verhandlungen über Rüstungskontrolle zu führen", meint der ehemalige stellvertretende Direktor der Agentur für Rüstungskontrolle und Abrüstung, Ceany. "Er hat gezeigt, daß er mehr daran interessiert ist, die UdSSR in ein ungehemmtes nukleares Wettrüsten hineinzuziehen, als daran, die sowjetischen strategischen Kräfte durch irgendein Abkommen zu bremsen."

Da stellt sich natürlich die Frage: Worauf gründet sich eine solche Haltung? Sie ruht, wenn man die geheimnisvollen Äußerungen hoher Vertreter der Administration dechiffriert, auf drei Pfeilern:

Die USA können den Sieg beim Wettrüsten erringen, die UdSSR aber wird dabei überfordert sein.

Die USA haben durch ihr SDI-Programm für die UdSSR schwerlösbar Probleme geschaffen, auf die sie offenbar keine Antwort geben kann.

Die USA werden durch ihre Politik des "Neoglobalismus", der Unterstützung der antikommunistischen Kräfte in aller Welt den Kommunismus wie die nationale Befreiungsbewegung der Völker zurückdrängen.

Das ist die Rechnung — doch diese Rechnung hat man ohne den Wirt gemacht. In Washington muß man von den Möglichkeiten der UdSSR wissen, die Gefahr, die durch die Umrüstung der USA geschaffen wird, zu neutralisieren. Jenseits des Atlantik muß man sich auch der Möglichkeiten der Völker bewußt sein, die den Weg der unabhängigen Entwicklung eingeschlagen haben und die von allen Fortschrittskräften unterstützt werden. Dabei sollte sich Washington nicht mit Grenada trösten. Zeigten ja zuvor Korea, Vietnam, Kuba, Angola, Nikaragua und Libyen, daß der Weltgeldmarkt nicht alles in seiner Macht hat.

Diese Pfeiler erweisen sich bei näherer Befrachtung als reine Illusion. Doch dadurch werden sie nicht weniger gefährlich. Was kann all das für die USA selbst bedeuten? "Das Ergebnis wird", meint der Direktor des Instituts für Diplomatie bei der Georgetown-Universität, David News, "nicht der Zusammenbruch des sowjetischen Systems sein, sondern schwerwiegende langfristige politische und Haushaltsprobleme sowie

Probleme bei der Sicherheit für die USA und ihre Verbündeten." Dieser Schlußfolgerung kann man nur hinzufügen: Gut, daß es Amerikaner gibt, die sich der Gefahren einer kurzsichtigen Politik bewußt sind, welche sich nicht von den Realitäten des Lebens leiten läßt, sondern von Fiktionen und antikommunistischen Dogmen und folglich wider den gesunden Menschenverstand ist.

Die Rede von Glassboro beeindruckte die routinierten amerikanischen Kommentatoren nicht sonderlich. Flora Lewis verweist in der "New York Times" auf die Zweideutigkeit und Widersprüchlichkeit der amerikanischen Position, wobei sie die Frage stellt: Ist dieser Wirrwarr nicht beabsichtigt, verbirgt sich dahinter nicht der Versuch, die "Russen irrezuführen"? Die Schlußfolgerung ist folgende: "Zweifelsohne zeugt nichts klar von einem Beschuß, zusammenhängende, konsequente, sich logisch auseinander ergebende Erklärungen zur amerikanischen Politik abzugeben, damit sowohl Freunde als auch Feinde wissen können, was sie nun von den USA zu erwarten haben."

Und während der Präsident in Glassboro mit dem Olivenzweig wedelt, zeigten andere die nukleare Faust und demonstrieren so, was von Washington zu erwarten ist. Verteidigungsminister Caspar Weinberger verlangte, den geographischen Aktionsradius der NATO auszuweiten und ihre Streitkräfte in den Dienst der globalen Expansion der USA zu stellen. In einer anderen Rede ließ sich der Pentagon-Chef darüber aus, wie man mit Hilfe der "Sternenkriegs"-Waffen "lernen" werde, Raketen zu vernichten, sobald sie die Startsilos verlassen.

Die Sowjetunion, es sei noch einmal gesagt, ist nicht festgelegt auf Konfrontation mit den USA, sie nimmt all das, was dort gefan und gesagt wird, unvoreingenommen auf. Natürlich sind versöhnliche Töne hysterischem Gekeife vorzuziehen. Doch auch sie gehören nicht zu den Konstanten des US-Kurses. Sobald es seine Schöpfer wieder einmal zu weit treibt und zu beiden Seiten des Atlantik Empörung laut wird, beginnen die Falken zu gurren. Doch nicht lange. Dann wetzen sie wieder die Krallen. Was derartige Manöver wert sind, ist bekannt.

Nur schöne Worte in einigen Reden zeugen bislang von Washingtons Zurückhaltung, von ehrlicher Bereitschaft, eine gemeinsame Sprache mit anderen in den lebenswichtigen Fragen von Krieg und Frieden zu finden. Versöhnlichkeit — wiederum in verbaler Verpackung — reicht nicht aus. Sie muß Ausdruck im Verhalten, in Handlungen, in der realen Politik finden. In der Sowjetunion hofft man auf greifbare positive Veränderungen dieser Politik, auf eine wirklich konstruktive Haltung zu den Initiativen und Vorschlägen, die den Weg zu einem sicheren Frieden bahnen.

JUGOSLAWIEN

BESTIMMUNG DER STRATEGIE

... Die Säle des Sava-Zentrums, des Belgrader Kongreßzentrums, wo die Kommunisten des Landes auf ihrem XIII. Parteitag drei Tage lang die brennendsten, bewegendsten Fragen und Probleme der jugoslawischen Gesellschaft erörterten, haben sich wieder geleert. Hinter der lapidaren Protokollfeststellung "Tagesordnung abgehandelt" liegt die große Arbeit, die die Delegierten des Parteitages geleistet haben. Die Rechenschaftsberichte über die Arbeit der führenden Organe des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) wurden erörtert, neun wichtige Resolutionen, die die Aufgaben der Partei für die nächsten Jahre festlegen, verabschiedet, eine Bilanz der Arbeit der sechs Ausschüsse, die die Hauptprobleme der Entwicklung des Landes und des Parteilebens erörtert hatten, gezogen, die Abänderungen am Parteistatut behandelt und die Leitungsorgane des BdKJ gewählt.

Der Vorsitzende des Präsidiums des ZK des BdKJ, Vidoje Zarkovic, der vor den Delegierten der mehr als 2 Millionen jugoslawischen Kommunisten den Rechenschaftsbericht "Der BdKJ im Kampf für die weitere Entwicklung des sozialistischen, sich selbst verwaltenden und nichtpaktgebundenen Jugoslawien" verlas, betonte, daß in den Jahren der Volksmacht die Arbeiterklasse, die Völker und Völkerschaften Jugoslawiens unter Führung des Bundes der Kommunisten das Gesicht des Landes grundlegend verändert haben. Große Ergebnisse wurden bei der Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft erzielt. Das gesellschaftliche Gesamtprodukt versiebenfachte sich gegenüber 1947, der Umfang der Industrieproduktion nahm um das 17fache zu. In relativ kurzer Zeit wurde das Land zu einem entwickelten Industrie-Agrar-Staat, neue Industriezweige entstanden. Die Veränderungen erfaßten auch die Landwirtschaft, wo ein gesellschaftlicher Sektor entstand, der durch hohe Produktivität gekennzeichnet ist. Landwirtschaftliche Betriebe erbringen jetzt mehr als die Hälfte der Warenproduktion. Die wirtschaftlichen Erfolge wurden zur materiellen Basis der sozialen Entwicklung, des Aufschwungs der Volksbildung, Wissenschaft und Kultur, der Verbesserung des Lebens der Werkätigen.

Die Errungenschaften des sozialistischen Jugoslawien sind deutlich und unbestreitbar. Doch Kommunisten pflegen sich nicht mit dem Erreichten zu begnügen

gen oder die Augen vor Unzulänglichkeiten zu verschließen. Welche Probleme aber bewegen heute den BdKJ, sein ZK und jedes Parteimitglied? Worüber sprachen auf dem Parteitag so leidenschaftlich der Parteiveteran und der junge Arbeiter, das angesehene Akademiemitglied und der Bauer?

Die Rechenschaftsperiode, hieß es in den Materialien des Parteitags und den Reden der Delegierten, war eine der schwierigsten der Nachkriegsgeschichte. Die Partei, betonte Vidoje Zarkovic in seinem Bericht, kam mit der großen Last verschärfter ökonomischer Probleme und sozialer Widersprüche zum Parteitag. Die Kommunisten sind darüber besorgt, daß der Fünfjahrrplan in den Hauptziffern nicht erfüllt wurde, daß die Stagnationserscheinungen in der Volkswirtschaft anhalten, die Arbeitsproduktivität im gesellschaftlichen Sektor zurückging, die Inflationsraten stiegen, die Auslandsverschuldung des Landes zu einem ernsten Problem wurde und die Zahl der Arbeitsuchenden zunahm. Parallel zu den ungünstigen Wirtschaftsscheinungen wuchsen die negativen Tendenzen in der Ideologie, regten sich antisozialistische Elemente. Die Delegierten wandten sich entschieden gegen das Vordringen des Nationalismus in verschiedenen Lebensbereichen — von den ökonomischen und politischen Beziehungen bis hin zur Kultur. Der Parteitag, der die Mängel aufdeckte und offen analysierte, nannte als Hauptrichtung für die Lösung der entstandenen Probleme die strikte Verwirklichung des langfristigen Programms für die wirtschaftliche Stabilisierung. Wichtigste Voraussetzung für den entschiedenen Vormarsch der Gesellschaft auf dem Weg des sozialistischen Aufbaus ist die ideologische und organisatorische Geschlossenheit und die Aktionseinheit des BdKJ auf der Grundlage der konsequenten Anwendung des Prinzips des demokratischen Zentralismus.

In den Dokumenten des Parteitages

und den Reden der Delegierten wurde die Notwendigkeit der weiteren Vollkommenung des politischen Systems der sozialistischen Selbstverwaltung, der Festigung der Brüderlichkeit und der Einheit der Völker und Völkerschaften der SFRJ, der Hebung der Rolle der Arbeitskollektive bei der Leitung der Produktion unterstrichen.

Der Parteitag der jugoslawischen Kommunisten bekräftigte das Festhalten Jugoslawiens an der friedlichen Koexistenz mit allen Ländern, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, an der Politik der Nichtpaktgebundenheit. Er erklärte, die SFRJ werde auch in Zukunft für Frieden, allgemeine Sicherheit und Abrüstung eintreten, gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und imperialistische Bedrohung. Scharf kritisiert wurden der Kurs des Militär-Industrie-Komplexes der USA und einiger westeuropäischer Länder auf die Fortsetzung des Wettrüstens sowie die Absicht der Washingtoner Administration, SALT II nicht mehr einzuhalten.

Wie es im Rechenschaftsbericht des ZK des BdKJ hieß, entwickelten sich die jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen erfolgreich. Zwischen beiden Ländern wird ein Dialog, ein Meinungsaustausch auf allen Ebenen geführt. Während des XIII. Parteitages der BdKJ fanden Gespräche der KPdSU-Delegation unter dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Geidar Alijew, mit Vidoje Zarkovic und dem Vorsitzenden des Bundessekretariates der SFRJ, B. Mikulic, statt. Beiderseits wurde die Entschlossenheit bekundet, auch in Zukunft aktive Anstrengungen zur allseitigen Vertiefung und Erweiterung der sowjetisch-jugoslawischen Zusammenarbeit zu unternehmen.

Die Delegierten des XIII. Parteitages des BdKJ trafen verantwortungsvolle Entscheidungen. Sie und alle Kommunisten des Landes gehen nun an deren Verwirklichung, um im Geiste der Einheit von Wort und Tat das Land zu den verkündeten Zielen zu führen.

W. GRISCHNI
NZ-Korrespondent

UdSSR--BRD

DIE ALTEN BARRIEREN ABBAUEN

Die Gespräche mit der sowjetischen Führung zeigten, daß die UdSSR nach Zusammenarbeit mit den westlichen Partnern strebt. Beide Seiten messen der

Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, die der Festigung des Vertrauens und des Friedens dienen, große Bedeutung bei. Deshalb dürfen keine neuen Barrieren auf dem Weg der Zusammenarbeit errichtet, sondern müssen die alten entfernt werden.

Mit diesen Worten begann Johannes

PANORAMA

Rau, stellvertretender SPD-Vorsitzender und Ministerpräsident des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, seine Pressekonferenz. Er weilte in Moskau anlässlich der Eröffnung einer Handels- und Industrieausstellung Nordrhein-Westfalens.

Heute, da sich in der UdSSR eine tiefgreifende wirtschaftliche Umgestaltung vollzieht, gibt es immer größere Möglichkeiten für die Erweiterung und Entwicklung neuer Formen der Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren Staaten. Auch darum ging es im Gespräch Michail Gorbatschows mit Johannes Rau. Bekanntlich gehen Handel und Politik Hand in Hand. Und da ist es nur natürlich, daß die Gesprächspartner auch Fragen der internationalen Sicherheit erörterten. Sie berührten auch die Kontakte zwischen der KPdSU und der SPD, wobei sie darin übereinstimmten, daß diese Kontakte trotz ideologischer Differenzen den Völkern beider Länder, dem KSZE-Prozeß und den Ost-West-Beziehungen insgesamt nutzen.

Auf der Pressekonferenz betonte der Gast aus der BRD: Wir denken in verschiedenen Kategorien, doch denken

wir an das gleiche — den Frieden. In diesem Zusammenhang fragte ich Johannes Rau, der auch SPD-Kanzlerkandidat ist:

"Im Gespräch mit Michail Gorbatschow sagten Sie, bei einem Wahlsieg der Sozialdemokraten würden Sie als neuer Kanzler eine 'zweite Phase der Entspannung' einleiten. Von der Wiederbelebung der Entspannung ist auch im Entwurf des neuen SPD-Parteiprogramms die Rede. Was verstehen Sie konkret darunter?"

Johannes Rau antwortete:

"Erstmals habe ich den Begriff 'zweite Phase der Entspannung' im Dezember 1985, in meiner Rede in Ahlen, erwähnt, als ich als offizieller Kanzlerkandidat meiner Partei vorgestellt wurde. Damals nannte ich drei Hauptmomente: erstens die Abrüstung, vor allem in Europa..., zweitens die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und drittens den Ausbau des Kulturaustauschs in allen Bereichen..."

Die Bundestagswahlen sollen bekanntlich Anfang 1987 stattfinden.

D. POGORSHESKI

USA-Verteidigung ein sowjetischer Brückenkopf auftaucht". Um überzeugend zu wirken, versicherte der Präsident, er werde "auf ziviler Kontrolle" über die Hilfe beharren und sich dafür einsetzen, daß "Verstöße gegen die Menschenrechte (seitens der Contras — die Red.) nicht ungesühnt bleiben und die US-Hilfe nur denen zukommt, die sich an die demokratischen Prinzipien halten".

Wie kann von "ziviler Kontrolle" die Rede sein, wenn die Dollarhilfe an die Konterrevolutionäre, vor allem in Form von Waffen, faktisch durch die verdeckten Kanäle der CIA fließt und das dafür eingerichtete Büro beim State Department nur ein Deckmantel ist? Wie kann von "Beunruhigung" über die Verstöße der Söldner gegen die Menschenrechte die Rede sein, wenn das US-Spionageamt für sie einen speziellen Lehrbeifall erarbeitet hat, wie man Terrorakte gegen die einheimische Bevölkerung in Nicaragua ausführt? Was ist alles Gerede von "Treue zu den demokratischen Prinzipien" wert, wenn die Hauptstoßgruppierung der Konterrevolution — die "Nikaraguanischen demokratischen Kräfte" — zu mehr als vier Fünfteln aus ehemaligen Somoza-Leuten bestehen?

Das langwierige Gerangel mit dem Kongreß hat also genau das Ergebnis gebracht, das das Weiße Haus so sehr wollte. Natürlich waren die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Anhängern und den Gegnern der Reagan-Politik gegenüber Nicaragua von Anfang an nicht besonders ernst zu nehmen. Die meisten der einen wie der anderen sind eigentlich für Einmischung in die Angelegenheiten dieser mittelamerikanischen Republik. Unterschiedlich sind nur die Methoden, die sie anbieten. Die Demokraten schreckt das Gespenst

100 MILLIONEN FÜR DIE CONTRAS

Mit 221 gegen 209 Stimmen votierte am 25. Juni das Repräsentantenhaus des USA-Kongresses für den Gesetzentwurf der Regierung, die nikaraguanischen Contras mit 100 Mio Dollar zu unterstützen.

Das erreichte das Weiße Haus nach langen Gefechten und nachdem der Präsident höchstpersönlich und Mitglieder seiner Regierung die Kongreßabgeordneten einzeln mit beispiellosem Intensität bearbeitet hatten.

Reagan hatte diese Mittel für die Contras schon im Februar beantragt. Von da an ging der Gesetzentwurf zwischen den beiden Häusern des Kongresses hin und her. Zunächst lehnte ihn das Repräsentantenhaus im März mit einer Mehrheit von 12 Stimmen ab und verworf damit die Gewaltpolitik der Reagan-Administration in Mittelamerika. Dann landete der Senat mit der Mindeststimmenzahl den Gegentreffer. Bei der folgenden Prüfung im April verweigerte das Repräsentantenhaus die Bewilligung erneut.

Im Juni wurde unter dem Druck des Weißen Hauses der "100-Millionen-Prozeß" wieder aufgenommen, begleitet

von einer starken antinikaraguanischen Propagandahysterie. Höhepunkt war die absichtlich dramatisierte Rundfunk- und Fernsehansprache des Präsidenten am Tage vor der Abstimmung. (Der Sprecher des Repräsentantenhauses, O'Neil, lehnte seine Bitte ab, sich im Kapitol direkt an die Mitglieder des Repräsentantenhauses zu wenden. Er fand das "beispiellos".) Mit abgeschmackten Lügenmärchen und Beleidigungen für die Sandinisten behauptete Reagan: Ohne die 100 Mio Dollar für die Contras "schwindet die Aussicht auf Demokratie in der Region, und die nationale Sicherheit der USA ist bedroht". Dann "stehen wir vor der Realität, daß in der

Contras bei Übungen in Miami

Foto aus: "Cambio 16" (Spanien)



PANORAMA

eines neuen Krieges in der Art Vietnams, noch dazu unweit der USA-Grenze, und deshalb sind sie für aktiven wirtschaftlichen und politischen Druck. Viele Republikaner indessen, besonders die "Falken", sind sogar bereit, eine militärische Intervention der US Army in Nikaragua zu unterstützen, wenn nur die sandinistische Führung gestürzt wird.

Meinungsumfragen in den USA haben ergeben, daß weder der eine noch der andere Standpunkt die Gesinnung des amerikanischen Volkes widerspiegelt. Doch das stört die Washingtoner Administration wenig.

Reagan ging es bei der Zustimmung des Kongresses zur 100-Mio-Hilfe für die Contras ums Prinzip, um die offizielle Befürwortung seiner Doktrin des

"Neoglobalismus", die offene Unterstützung für regierungsfeindliche Kräfte in jedem Land vorsieht, in dem soziale, wirtschaftliche und politische Veränderungen den herrschenden Kreisen der USA nicht in den Kram passen.

Die US-Fernsehgesellschaft CBS nannte die jetzigen Debatten im Repräsentantenhaus um das Geld für die Contras "eine der schmutzigsten Auseinandersetzungen zu außenpolitischen Fragen seit dem Vietnam-Krieg". Nach Punkten hat der US-Präsident gewonnen. Aber dieser "Sieg" ist bei der Confadora-Gruppe (Mexiko, Venezuela, Kolumbien und Panama), bei allen, die die Mittelamerika-Krise politisch beigelegt sehen wollen, auf entschiedenen Protest gestoßen.

A. BARYSCHEW

KUBA--BRASILIEN

TROTZ WASHINGTONS DRUCK

Obgleich diese Nachricht jeden Tag erwartet worden war, unterbrach das brasilianische Fernsehen die Direktübertragung der Fußballweltmeisterschaft in Mexiko. Kuba und Brasilien nahmen die 1964 nach dem Militärrutsch in Brasilien abgebrochenen diplomatischen Beziehungen wieder auf.

In einer in beiden Hauptstädten veröffentlichten Mitteilung heißt es, daß die Regierungen beider Länder für die Entwicklung von Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit auf der Grundlage der Respektierung der Souveränität, der Unabhängigkeit, der territorialen Integrität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen eintreten.

Das sind die gleichen Prinzipien, an die sich Kuba konsequent nun bereits über ein Vierteljahrhundert, seit dem Sieg der Revolution, hält. Durch ihre Politik des Kampfes für Frieden, Ab- rüstung, Sicherheit der Völker und sozialen Fortschritt hat die Republik hohes internationales Ansehen gewonnen. Während das Batista-Regime diplomatische Beziehungen zu nur 59 Staaten unterhielt, hat Kuba jetzt zu mehr als 120 Ländern solche Beziehungen. Allein 1985 nahmen Uruguay und Argentinien die Beziehungen zu Kuba wieder auf.

Die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Kuba und dem größten Land Lateinamerikas, Brasilien, bringt der Politik der Isolierung Kubas einen spürbaren Schlag bei, einer Politik, die Washington innerhalb wie außerhalb Lateinamerikas verfolgt. Die US-Administration unternahm nicht ge-

ringe Anstrengungen, um den Schritt zu verhindern, den Havanna und Brasilia nun vereinbarten. Es ist ein offenes Geheimnis, erklärt in diesem Zusammenhang die Nachrichtenagentur Prensa Latina, daß die kürzlichen Brasilien- Besuche des ständigen Vertreters der

USA bei der UNO, Vernon Walters, und des ersten Stellvertreters des US-Außenministers, John Whitehead, erfolgten, um Druck auf das Land auszuüben und es zu zwingen, auf den Kurs des Weißen Hauses einzuschwenken. Doch daraus wurde nichts.

Aufmerksamkeit verdient die sonderbare "Logik" in Washingtons Haltung. In der US-Hauptstadt bekommt man Wutfälle, wenn ein Land Lateinamerikas politische, ökonomische und kulturelle Kontakte zu Kuba herstellt und entwickelt. Doch zugleich müssen die USA, so feindselig ihr Kurs gegenüber der Karibik-Republik auch ist, Kontakte zu Havanna unterhalten. Bereits ca. zehn Jahre unterhält Washington in Havanna ein Büro, das die Interessen der USA auf Kuba vertritt. Besetzt mit amerikanischen Diplomaten, ist es mit den Rechten einer Abteilung der Schweizer Botschaft ausgestattet. Eine entsprechende Vertretung besitzt Kuba in der CSSR-Botschaft in Washington...

Der Botschafteraustausch wird in Brasilien als Auftakt zur Entwicklung umfassender bilateraler Beziehungen, darunter in Handel und Wirtschaft, betrachtet.

W. TSCHIRKOW

TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES

BOTHA KANN ZUFRIEDEN SEIN

Die erste Tagung des Europäischen Rates in diesem Jahr — der Gipfel der 12 EG-Länder — war mit ökonomischen und politischen Problemen, die eine Entscheidung auf höchster Ebene verlangten, überfrachtet. Auf der Tagesordnung des Treffens von Den Haag (26.—27. Juni) standen Fragen wie die anhaltende Massenarbeitslosigkeit und die Handelsbeziehungen zu den USA, Wirtschaftssanktionen gegen die RSA und der griechisch-türkische Konflikt, die bevorstehenden Verhandlungen im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT), die Ost-West- Beziehungen und die Lage in Mittelamerika. Wie schon wiederholt in der Vergangenheit verschoben die führenden Vertreter der EG die Lösung der meisten Probleme auf "bessere Zeiten", wobei sie sich auf "informelle Diskussionen" beschränkten.

Dabei ergab sich, daß die 12 EG-Staaten nur in Handelsfragen gemeinsam auftreten wollen. Die EG gedenkt eine harte Position einzunehmen, sollte Washington neue Einfuhrbeschränkungen gegen Agrarerzeug-

nisse aus den Ländern der Gemeinschaft verhängen. Auch die Haltung der EG zu einer neuen Runde der GATT-Verhandlungen, bei der es um eine Liberalisierung des internationalen Handels mit Dienstleistungen gehen wird, wurde abgestimmt. Doch auch diese, wenn auch bescheidenen Ergebnisse der Diskussion von Den Haag wurden in den Augen der Weltöffentlichkeit durch den Beschuß der EG-Spitzen verdrängt, die Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Pretoria um drei Monate zu verzögern.

Trotz der Forderungen der meisten EG-Länder, unverzüglich einen Handelsboykott gegen die RSA zu verkünden, kam es in Den Haag nicht dazu. Margaret Thatcher, die versprach, Pretoria von der Notwendigkeit einer Beendigung der Repressalien zu "überzeugen", sowie die Führer der BRD und Portugals erreichten eine Verschiebung selbst "beschränkter" Wirtschaftsmaßnahmen gegen das Rassistenregime. Das aber löste unverzüglich eine stürmische Reaktion in Großbritannien und anderen Commonwealth-Ländern aus, die daran denken, Sanktionen gegen London als Helferhelfer der Rassisten zu verhängen.

Die Ergebnisse des EG-Gipfels, erklärte der Führer der britischen Labour Party, Neil Kinnock, können nur Pieter Botha befriedigen.

A. KUSIN

JAPAN

DIE VERGANGENHEIT VERGESSEN?

In Japan ist ein neuer Schulbuchskandal ausgebrochen. Das neue Geschichtsbuch stammt vom "Volksrat für den Schutz Japans", einer nationalistischen Organisation, die die Verfassung revidiert und die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit radikal umbewertet wissen will. Schon die Wahl der Lehrbuchautoren spricht für sich, zumindest hat ihnen das Ministerium für Volksbildung eiligst bescheinigt, daß sie ihrer Aufgabe gerecht geworden sind.

Aus dem neuen Lehrbuch erfahren die Schüler endlich, daß das kaiserliche Japan absolut keine aggressive Macht war, den Krieg im Pazifik nicht begann, das okkupierte Korea nicht unterdrückte, in Nanking kein Blutbad anrichtete und nicht als Akt der Selbstverteidigung China überfiel.

Diese Auslegung mißfällt den asiatischen Nachbarländern, die die japanische Okkupation zu erdulden hatten. Sie können die Vergangenheit nicht vergessen und wollen das auch Japan nicht gestatten. China erhob offiziell Protest, und die anderen südostasiatischen Staaten sind empört. Besonders beleidigt ist diese Verdrehung der Geschichte für sie auch deshalb, weil Tokio schon vor ein paar Jahren die Lehrbücher in großem Stil umschreiben und die Ereignisse des zweiten Weltkrieges in ein für sich günstiges Licht rücken wollte. Auf den großen internationalen Skandal hin entschuldigte sich das Volksbildungministerium unwillig und versprach die nötigen Abänderungen. Das war eine Geste nach außen, die nichts veränderte.

Die Geschichte mit den Lehrbüchern gehört zu der planmäßigen Kampagne, mit der die Führung der regierenden Liberal-Demokratischen Partei (LDP) um der heutigen Ziele willen die Vergangenheit neu bewerten will.

Soeben endete in Tokio ein 20 Jahre währender Gerichtsprozeß, den Saburo lenaga, ein bedeutender japanischer Historiker und Autor vieler wissenschaftlicher und populärwissenschaftlicher Bücher, verlor. Die höchste Instanz gab dem Volksbildungministerium recht. Schon Anfang der 60er Jahre verklagte lenaga, der mehrere Schullehrbücher geschrieben hat, das Ministerium, weil die Gutachter

die Kapitel über den Krieg verändert haben wollten. Er hatte ehrlich über die japanische Aggression, die Brutalitäten in den okkupierten Gebieten und die Leiden der Japaner selbst, die für die Verbrechen ihrer politischen und militärischen Führer büßen mußten, geschrieben. Das alles wollte das Tokioter Establishment aus dem Gedächtnis des Volkes tilgen — mit Zensur objektiv verfaßter Lehrbücher und Herausgabe solcher, die im "Geist der Zeit" gehalten sind.

So wie heute in Japan die Geschichte für die jetzigen politischen und ideologischen Zielsetzungen zurechtgeschnitten wird, so geschieht es auch in anderen westlichen Staaten. "Es heißt, jede Generation schreibt die Geschichte nach ihren Erfahrungen neu.

Und wenn eine Niederlage, für Japan im zweiten Weltkrieg und für die USA in Vietnam, ein solches geschichtliches Ereignis ist, wird das Bestreben, es zu ignorieren, zu rechtfertigen oder die Niederlage zu beschönigen, besonders stark", schrieb "New York Times Magazine".

Die Großmachtpolitik des Weißen Hauses hat die Deformierung des Geschichtsgedächtnisses in den USA, wo die ruhlose Aggression in Indochina möglichst schnell vergessen werden soll, verstärkt. Während in Tokio die Invasion in China "Selbstverteidigung" genannt wird, präsentiert Washington die Okkupation von Grenada als "Rettungsaktion".

Gedächtnisschwund ist ein schlimmes Leiden, Schwund des Geschichtsgedächtnisses ein doppelt schlimmes. Wer die Vergangenheit vergißt, läuft Gefahr, sie von neuem zu erleben.

L. MLETSCHIN

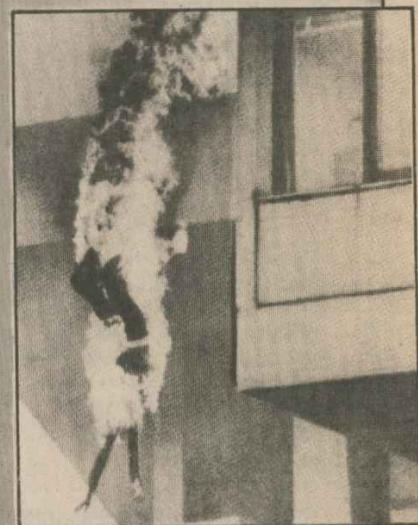
Bereit zu sterben

Der 23jährige Student Lee Dong Soo stieg auf das Dach eines Gebäudes der Söuler Universität, übergoß sich mit Benzin, setzte seine Kleidung in Brand und sprang mit dem Ruf: "Nieder mit dem US-Imperialismus!" in die Tiefe. Damit protestierte er gegen die Ungerechtigkeit. Er tat es in der Form, die die konfuzianische Lehre für die höchste und reinste hält.

Hunderttausende südkoreanische Studenten beteiligen sich an Demonstrationen gegen die Regierung. Sie fordern den Abzug der US-Truppen aus Südkorea. Unlängst versuchten Studentengruppen, die US-Botschaft, das Gebäude der Koreanisch-Amerikanischen Bank und das US-Kulturzentrum zu besetzen.

Die Reaktion des Regimes Chun Doo Hwan, das ohne Geld und Bajonette aus den USA nicht auskommt, ist eindeutig. "Die brutale konservative Militärmachinerie verliert die Geduld", kommentiert "Christian Science Monitor". Allein Ende Mai/Anfang Juni wurden 13 000 Südkoreaner nach Massenrazien hinter Gitter gebracht.

Die Regierung der KDVY unterbreitet Vorschläge für die Entfernung der Kernwaffen und den Abzug der US-Truppen aus Südkorea, die Umwandlung der Halbinsel Korea in eine friedliche, kernwaffenfreie Zone und trilaterale Verhandlungen über



die Minderung der militärischen Konfrontation. Washington hat nein gesagt und so auch Söul. Aber immer mehr Südkoreaner sagen ja. Der Kampf gegen die Diktatur und gegen die amerikanischen Okkupanten flammt auf. "Das kann sehr schlecht enden", zitiert "Christian Science Monitor" einen anonymen "amerikanischen Experten aus Söul". Schlecht für Chun Doo Hwan, schlecht für Washington.

L. JELIN

Foto: Associated Press (USA)

Auf antiimperialistischen Positionen

In Moskau fand vom 24. bis zum 26. Juni die sowjetisch-afrikanische Konferenz "Für Frieden, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt" statt. Vom Interesse der afrikanischen Öffentlichkeit an diesem Forum zeugt allein schon die Tatsache, daß Vertreter von 30 Ländern Afrikas teilnahmen.

Es war die zweite sowjetisch-afrikanische Konferenz. Die erste hatte 1981 stattgefunden. Seitdem hat sich die Weltlage jäh verschlechtert. Durch die Wahnsinnspolitik der Reagan-Administration, die 1981 an die Macht kam, nahm die Nuklearkriegsgefahr zu. Die Konferenzteilnehmer verurteilten in ihren Reden einmütig das durch Schuld Washingtons entfesselte Wettrüsten, seine Pläne für eine Militarisierung des Weltraums. Zugleich bekundeten die afrikanischen Teilnehmer Unterstützung für die Friedensinitiativen der Sowjetunion.

"Die Konferenz", sagte uns der Minister für Angelegenheiten des Präsidenten der Republik Sambia, H. Meebelo "ist in einer alarmierenden Zeit zusammengekommen, da vor der Menschheit eine Reihe von Aufgaben steht, an deren Lösung auch Afrika interessiert ist. Das Wichtigste ist der Kampf gegen die Nuklearkriegsgefahr. Wir in Sambia unterstützen das sowjetische Programm für einen Abbau der Nukleararsenale sowie der konventionellen und chemischen Waffen."

"Wir brauchen dringend Frieden, da es ohne ihn keine Entwicklung geben kann", erklärte uns der Stellvertreter des Generalsekretärs der Partei des Unabhängigkeitskongresses von Madagaskar, Mitglied des Obersten Rats der Republik, Arsene Ratsifehera. "Wir messen der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, die den Frieden verteidigt, große Bedeutung bei. Zudem nicht nur für uns selbst, sondern für alle..."

Es gibt in Afrika 50 unabhängige Staaten. Das ist eine große politische Kraft. Gegenseitiges Verständnis zwischen Afrika und der Sowjetunion ist sehr wichtig in einer Lage, da es um das Überleben der Menschheit geht. Die Diskussion in



Moskau zeigte nach übereinstimmender Meinung der Konferenzteilnehmer, daß sich die Ansichten zu den Hauptfragen der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit decken.

Bei der Erörterung regionaler Probleme Afrikas verwiesen viele Teilnehmer auf seine überaus schwere Wirtschaftslage, die enormen Auslandsschulden, die Massenarbeitslosigkeit und den Tod von Hundertausenden durch Krankheiten und Hunger. Die Redner betonten, daß all dies die direkte Folge der langjährigen kolonialen Ausbeutung des Kontinents ist, die die westlichen Mächte in neuen Formen auch heute weiter betreiben.

In diesem Zusammenhang kam die Rede auf die Ergebnisse der 13. Sondertagung der UNO-Vollversammlung zur kritischen Wirtschaftslage Afrikas (Ende Mai, Anfang Juni d. J.). Wir fragten Diallo Bailo Telivel, verantwortlicher Mitarbeiter des Ministeriums für Information und Kultur der Republik Guinea, ob es stimme, daß auf dieser Tagung die Mehrheit der afrikanischen Länder, um zusätzliche Finanzhilfe vom Westen zu erhalten, ihm große Zugeständnisse, darunter auch politische, gemacht habe. Wird ja in den Schlußdokumenten die Notwendigkeit des Kampfes gegen Kolonialismus und Neokolonialismus nicht einmal erwähnt.

"Ja, leider", sagte unser Gesprächspartner. "Wir ließen uns auf Zugeständnisse ein und müssen nun erkennen, daß das Gesamtergebnis der Tagung trotzdem unseren Hoffnungen nicht gerecht wurde. Die westlichen Mächte sind keinerlei klare Verpflichtungen bezüglich der Gewährung von Finanzhilfe an afrikanische Länder eingegangen. Und ich befürchte, daß sie das bis auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben werden."

Die gleiche Frage stellten wir einem Sektorenleiter des ZK der Arbeiterpartei Äthiopiens, Teffesse Wondimu.

"In der Diskussion dort, in New York", antwortete er, "wurde folgendes klar: Die imperialistischen Mächte, die auf die Schwierigkeiten der Entwicklungsländer spekulieren, versuchten, ihnen ihren politischen Willen aufzuzwingen, bestimmte politische, wirtschaftliche und andere Zugeständnisse zu erreichen. Und in einigen Fällen ist ihnen das gelungen. Doch nichtsdestoweniger verstehen die meisten afrikanischen Länder: Unsere komplizierten Probleme lassen sich nicht durch Kompromisse mit dem Imperialismus lösen, sondern nur, indem man sich für die Herstellung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, gegründet auf Gerechtigkeit und Gleichberechtigung, einsetzt, den staatlichen Wirtschaftssektor entwickelt, allen Formen der Ausbeutung Widerstand entgegengesetzt und die Rolle der Arbeiter bei der Leitung der staatlichen Angelegenheiten hebt..."

Mit großem Interesse wurde auf der Konferenz der Bericht des stellvertretenden Vorsitzenden des Staatskomitees der UdSSR für Außenwirtschaftsbeziehungen, P. Koscheljow, zur sowjetisch-afrikanischen ökonomischen und technischen Zusammenarbeit aufgenommen.

Die Sowjetunion, hieß es in dem Bericht, entwickelt die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den an ihr interessierten afrikanischen Ländern, unabhängig von deren Staatsordnung und politischer Orientierung. Die Zahl der Handels- und Wirtschaftspartner der UdSSR in Afrika nimmt ständig zu. 1960 waren es 4, 1970 bereits 20, 1975 schon 28 und jetzt sind es 37 Partner. Mit sowjetischer Unterstützung entstanden in Afrika bereits über 300 Volkswirtschaftsobjekte, weitere ca. 300 sind im Bau oder werden projektiert.

So entstand nach einem sowjetischen Projekt das Aluminiumwerk in Nag Hammadi (Ägypten) und wurde mit UdSSR-Anlagen ausgerüstet. Jetzt decken seine Erzeugnisse nicht nur den Bedarf Ägyptens an Aluminium, sondern ein Teil von ihnen geht auch in den Export, was

dem Land jährlich 120-130 Mio Dollar bringt. Ein anderes Beispiel ist das Hüttenwerk in Ajaokuta (Nigeria) mit einer Kapazität von 1,3 Mio t Stahl jährlich — das größte in Tropisch-Afrika.

In den 80er Jahren gewährt die UdSSR den afrikanischen Ländern bei der Entwicklung der Landwirtschaft und der Überwindung der Nahrungsmittelkrise immer größere wirtschaftliche und technische Hilfe. In 16 Staaten Afrikas entstehen mit Unterstützung der UdSSR 155 landwirtschaftliche Objekte, von denen mehr als 60 bereits in Betrieb genommen wurden.

Die Konferenz erörterte die Lage im südlichen Afrika. Dabei wurde erklärt, in der RSA reife eine revolutionäre Situation heran und das Apartheid-Regime wäre schon lange zusammengebrochen, wenn es nicht die Unterstützung der USA, Großbritanniens und anderer NATO-Staaten hätte. Scharf kritisiert wurden die westlichen Länder für ihre Weigerung, umfassende Wirtschaftssanktionen gegen das Rassistenregime zu verhängen. Als Schande wurde der ständige Gebrauch des Vetos durch die USA im Sicherheitsrat bezeichnet, um die Annahme diesbezüglicher Resolutionen zu verhindern.

"Der Konflikt im südlichen Afrika", sagte uns das Mitglied der Forschungsabteilung des Afrikanischen Nationalkongresses von Südafrika, J. Marishane, "hat ein solches Ausmaß angenommen, daß wir mit Gewißheit sagen können: Ein wahrer Volkskrieg gegen die Apartheid ist im Gang, ein Krieg, dessen Ziel der Sturz des verhaften Regimes und die Schaffung eines einheitlichen demokratischen Staates in Südafrika ist. Dieser Kampf wird vom ANC geleitet, der hier, auf der Konferenz, hohe Anerkennung als erprobte Vorhut des Volkes von Südafrika erfahren hat."

In seinem Schlußwort betonte A. Gromyko, Direktor des Afrika-Instituts und korrespondierendes Mitglied der AdW der UdSSR, die Konferenz habe die Nützlichkeit regelmäßiger derartiger Begegnungen für einen Meinungsaustausch über einen weiten Kreis aktueller internationaler Probleme und zu Fragen der weiteren Entwicklung der sowjetisch-afrikanischen Beziehungen bekräftigt.

J. BOTSCHKARJOW
N. RESCHETNJA

„Freihandel“ als Fallstrick

Boris ALJOCHIN und Jelena KOMKOWA

Mitarbeiter am USA- und Kanada-Institut der AdW der UdSSR



Auf hoher See treffen sich zwei: der Ministerpräsident Kanadas, Brian Mulroney, in einer Nußschale von Boot und US-Präsident Reagan in einem Atlantikliner. "Ahoi! Willkommen bei mir an Bord", ruft Reagan einladend seinem kanadischen Kollegen zu. "Dein Boot kannst du uns überlassen." Der sagt sofort zu. Er glaubt, er hat großes Glück gehabt. Das Reisen in einem nach dem letzten Wort der Technik ausgestatteten Schiff, noch dazu in Gesellschaft amerikanischer Bekannter, ist ja viel angenehmer, als schwitzend zu rudern. Allerdings ist am Rumpf des Schiffes ganz deutlich dessen Name "Titanic" zu erkennen, und am Horizont tauchen schon Eisberge auf.

So stellt ein Karikaturzeichner der "Canadian Tribune" die Vor- und Nachteile Kanadas von der Bildung einer Freihandelszone in Nordamerika dar.

Wird in nächster Zeit ein kanadisch-amerikanisches Abkommen über den "free trade" zustande kommen, über das zu beiden Seiten der Grenze schon über 100 Jahre debattiert wird? Falls ja, wie wird sich dann die beiderseitige Zollabrustung auf die wirtschaftliche und politische Souveränität Kanadas, des schwächeren Partners, auswirken? Seitdem die Progressive Konservative Partei unter Mulroney im September 1984 den Wahlsieg davontrug, weichen diese Fragen nicht von den Titelblättern der kanadischen Presse.

Geographie und Geschichte wollten es so, daß die gegenseitige Abhängigkeit und Beeinflussung der beiden nordamerikanischen Länder immer sehr groß war. Natürlich kann aber die Abhängigkeit beim bestehenden Verhältnis zwischen dem Wirtschaftspotential Kanadas und dem der USA von 1:10 nicht auf beiden Seiten gleich sein. Zwar sind sie füreinander größte Handelspartner und auch Investitionssphären, aber die Folgen der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit sind für die Wirtschaft jedes der beiden Länder verschieden. In der geographischen Struktur des US-Exports entfallen auf Kanada ca. 20% der Gesamtlieferungen, während der Markt der USA ganz allein fast 80% des kanadischen Exports aufnimmt. Die kanadischen Investitionen in den USA machen höchstens 10% aller dortigen Auslandsinvestitionen und 1% der Gesamtinvestitionen in der Wirtschaft der USA aus. Dagegen hat US-Kapital in Kanada 50% der Industrieproduktion und in einigen Branchen wie dem Kraftfahrzeugbau, der Tabakindustrie und der Erzeugung von Gummiartikeln für technische Zwecke über 80% in der Hand.

Die frühere (liberale) Regierung Trudeau war sich darüber klar, wie verheerend die Verknüpfung mit der Wirtschaft der USA ist, und versuchte, die Inlandspositionen des kanadischen Kapitals zu untermauern und den Kreis

der auswärtigen Handelspartner Kanadas auszudehnen. Eine Agentur zur Überprüfung der ausländischen Investitionen wurde gebildet, die Lieferung von Energieträgern in die USA eingeschränkt und ein energiewirtschaftliches Programm aufgestellt. Zwar mußte Ottawa unter dem Druck Washingtons und der kanadischen Rechten einen Teil seiner Zielsetzungen aufgeben, aber während der 16jährigen Amtszeit Trudeau hatte sich die wirtschaftliche Unabhängigkeit Kanadas konsolidiert und sein internationales Ansehen zugenommen.

Mit dem Machtantritt der Progressiven Konservativen Partei nahm die Wirtschaftspolitik Ottawas deutlich eine proamerikanische Ausrichtung an. Nach dem Beispiel der Regierung Reagan orientierte sich die kanadische darauf, die Wirtschaft zu "entregulieren" (d. h. vor allem den staatlichen Sektor einzuschränken) und das freie Unternehmertum auf jede Weise zu stimulieren. Zum Schwerpunkt seiner außenwirtschaftlichen Politik machte das Kabinett Mulroney die Absicht, mit den USA ein Abkommen über Handelspräferenzen zu schließen.

Offiziell leitete Ottawa seine außenwirtschaftliche Wendung damit ein, daß es im Januar 1985 ein Grünbuch mit dem Titel "Wie Kanadas Zutritt zu Außenmärkten geschützt und ausgedehnt werden kann" herausgab. Formell ist es zwar nur ein in Geschäftskreisen zu diskutierender Entwurf, die Konservativen haben aber deutlich zu verstehen gegeben, ihre Hauptaufgabe sei es von jetzt an, ein allumfassendes Handelsabkommen mit den USA zu erzielen. Der nächste Schritt war ein Treffen Mulroneys mit Reagan in Quebec. Es führte zur Annahme einer Erklärung, die es dem Vertreter des US-Präsidenten für Handel und dem Außenhandelsminister Kanadas zur Pflicht machte, Vorschläge für eine Liberalisierung des bilateralen Austausches zu formulieren. Im Sinne dieser Vereinbarung legte der kanadische Außenhandelsminister James Keleher im September 1985 dem Ministerpräsidenten einen Bericht vor. Von seinen Empfehlungen ausgehend, machte Mulroney Reagan offiziell den Vorschlag, Nordamerika zur Freihandelszone zu erklären. Im Antwortschreiben begrüßte Reagan die kanadische Initiative. Die erste Verhandlungsrunde über diese Zone ging im Mai d. J. in Ottawa über die Bühne.

Was für Interessen veranlassen die jetzige Regierung Kanadas, auf das Handelsschiff der USA umzusteigen? Vor allem diejenigen der einflußreichen Schichten der kanadischen Bourgeoisie, die sie vor zwei Jahren zur Macht brachten. Das sind Repräsentanten des

US-Kapitals in Kanada, kanadische Monopolgruppierungen, die in der Hauptsache mit der Gewinnung und Erarbeitung mineralischer Rohstoffe zu tun haben sowie die Behörden der westlichen und atlantischen Provinzen Kanadas. Sie sehen in der nordamerikanischen Freihandelszone eine Möglichkeit, sich den ungehinderten Zugang zu dem riesigen Absatzmarkt in den USA zu sichern, die Umstrukturierung der Wirtschaft Kanadas zu beschleunigen und die kanadischen Waren auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen.

Zu den Gegnern des Freihandels gehören der Teil der kanadischen Geschäftswelt, der sich vornehmlich in den Branchen der Nachbearbeitung industrieller Erzeugnisse befähigt, sowie die kanadischen Farmer. Gegen Mulroneys "Kontinentalabsichten" tritt die stärkstbevölkerte Provinz Ontario, die auch in der Industrieproduktion führend ist, auf. Entschieden gegen die Pläne der Regierung sind die beiden führenden Parteien des Landes — die Liberale und die Neue Demokratische — sowie die Kommunistische. Nicht einverstanden ist der Kanadische Kongreß der Gewerkschaften, der größte Gewerkschaftsbund mit mehr als 2 Millionen Mitgliedern.

Die Verfechter der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Kanadas sind der Meinung, daß die Sanierung der Wirtschaft Kanadas nach den Rezepten der Konservativen nicht zu ihrer Gesundung führen wird. Die Zollabstützung Kanadas dem überlegenen Gegner gegenüber werde unweigerlich zur Kapitulation vieler konkurrenzunfähiger kanadischer Unternehmen und sogar ganzer Industriezweige führen, sagen sie. Nach den unverkennbar zu niedrigen Schätzungen der Regierung werden für den Fall, daß der Freihandel eingeführt wird, von den 28 Wirtschaftszweigen 23 mehr oder minder in Mitleidenschaft gezogen werden, vor allem so arbeitsaufwendige wie die Lederwaren-, die Textilindustrie, die Konfektion und die Landwirtschaft. Eine nicht minder nachteilige Folge wird eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit sein, die bei jetzt 10% droht, die sozial tragbare Grenze zu überschreiten.

Um angeblicher Vorzüge des Freihandels willen wird Ottawa, dem Entwurf zum Abkommen zufolge, auch von dem staatlichen Programm für die Stimulierung der industriellen und regionalen Entwicklung und von der begünstigten Finanzierung der Hochtechnologien zurücktreten müssen. Das Weiße Haus besteht auch auf einer Annulierung der nach seiner Ansicht zu großzügigen kanadischen sozialen Fürsorgeprogramme wie der Arbeitslosenversicherung und desjenigen für das Gesundheitswesen.

Besonders entrüstet ist man in Kanada über die Absicht der USA, für ihre Konzerne "gleiche" Rechte, wie sie die kanadischen Firmen haben, in den sogenannten Kulturbranchen durchzudrücken: im Buch-, Zeitungs- und Zeitschriften-Verlagswesen, bei der Zusammenstellung der Rundfunk- und Fernsehprogramme sowie bei der Produktion und beim Verleih von Filmen und Videofilmen. Der Abbau der in Kanada geltenden Gesetze über ein obligatorisches Mindestmaß "kanadischen Inhalts" in Presse, Rundfunk und Fernsehen wird in der breiten Öffentlichkeit mit einem Verzicht auf die kulturelle Eigenständigkeit Kanadas und auf eine wichtige Komponente des nationalen Selbstbewußtseins identifiziert. Und schließlich kommen immer mehr Kanadier zu dem Schluß, daß die Schmälerung der wirtschaftlichen Souveränität und die Abnahme der kulturellen Eigenständigkeit zwangsläufig eine nachteilige Wirkung auf die politische Unabhängigkeit Kanadas haben werden.

Während die Diplomaten noch an den Formulierungen des geplanten Aufkommens herumfeilen, tauschen Washington und Ottawa Probesalven aus, die einen heraufziehenden Handelskonflikt ankündigen. Am 22. Mai — am Tage, als die erste Runde der Handelsgespräche schloß — gab Präsident Reagan unter dem Druck der Holzindustriellen der USA eine Erhöhung der Zölle für eine Reihe von Erzeugnissen der kanadischen holzverarbeitenden Industrie bekannt. Anderntags unterzog Mulroney die Schutzzollpolitik der US-Regierung einer scharfen Kritik und drohte Gegenmaßnahmen an. Diese traf Ottawa dann auch Anfang Juni (gleichzeitig mit Washington), und die kanadische Antwort war für den US-Export empfindlicher. Das alles zeigt, wie tief die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den USA und Kanada sitzen und wie kompliziert die Situation während der Handelsgespräche ist.

Die nicht zu übersehenden Fallstricke der Freihandelszone für Kanada sind ein gewichtiges Argument gegen dasjenige der "Kontinentalisten". Deshalb haben die Verhandlungen über diese Zone zwar schon begonnen, ihr Ausgang steht aber noch nicht fest. Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU konstatierte William Kashtan, der Generalsekretär der KP Kanadas: "Die Erkenntnis setzt sich durch, daß der sogenannte Freihandel mit den USA zum Verlust der Souveränität und Unabhängigkeit Kanadas und dazu führt, daß es vom nordamerikanischen Reich verschlungen werden wird." Diese durchaus greifbare Gefahr steigert den Widerstand der Fortschrittskreise Kanadas gegen die proamerikanische Politik der Regierung Mulroney.

Wer verschärft die griechisch-türkischen Differenzen?

Die Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei sind alles andere als gutnachbarlich. Fortwährend spitzen sie sich kritisch zu, so daß mit allem zu rechnen ist. Wenn man aber das außenpolitische Credo der beiden Nachbarstaaten aufmerksam vergleicht, dann entdeckt man interessanterweise, daß sich ihre Ansichten in vielen Fragen decken. So sind Athen und Ankara für Einstellung des Wettrüstens und Herstellung der dafür notwendigen Atmosphäre des Vertrauens in der Weltarena. Beide Länder verwenden sich für die friedliche Beilegung jeglicher Streitfragen, für die Achtung der territorialen Integrität der anderen Staaten und Nichteinmischung in deren innere Angelegenheiten. Sie sprechen sich für eine gerechte Nahostregelung aus und unterstützen den gerechten Kampf des palästinensischen arabischen Volkes unter der Führung der PLO für die Bildung eines eigenen unabhängigen Staates.

Und dennoch sind die Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei seit Jahren sehr gespannt, wenn nicht sogar feindlich. Was entzweit sie trotz ähnlicher Ansichten zu den wichtigsten internationalen Problemen so?

Gewöhnlich werden zwei Hauptgründe genannt: das Zypernproblem und der Status der Ägäis, wo die Seegrenze zwischen ihnen verläuft, und speziell die militärische Befähigung der griechischen Behörden auf der Insel Lemnos, die zu Griechenland gehört, aber der türkischen Küste sehr nahe liegt.

Bis 1963, als imperialistische Kräfte von außen bewaffnete Zusammenstöße zwischen der griechischen und der türkischen Bevölkerung von Zypern provozierten, bestand zwischen den beiden Nachbarstaaten weder das eine noch das andere Problem. Die verstärkten militaristischen Vorbereitungen der USA im östlichen Mittelmeer und deren Trachten, zusammen mit Großbritannien Zypern vom Kurs der

Nichtpaktgebundenheit abzubringen und in die strategischen Pläne der NATO einzubeziehen, haben sie ausgelöst. In den folgenden Jahren wurden diese antizypotischen Akte noch aktiviert.

1974 versuchte die CIA in Zusammenarbeit mit anderen westlichen Geheimdiensten mit Rückhalt bei dem zu der Zeit in Athen herrschenden Regime der "Schwarzen Obristen" den Präsidenten der Republik Zypern, Erzbischof Makarios, stürzen zu lassen und die Insel Griechenland zuzuschlagen. Unter den damaligen Bedingungen hätte das dem Pentagon direkt ermöglicht, sich Zypern zu einem wichtigen Aufmarschgebiet in der strategisch sensiblen Region zu machen. Dieses Vorgehen der damaligen militärischen Machthaber in Griechenland wertete Ankara als reale Bedrohung für die Existenz der türkischen Gemeinde auf Zypern und landete umgehend im Norden der Insel Truppen. Sie besetzten zwei Fünftel des Territoriums. Im Herbst 1983 rief die Führung der zyprißtürkischen Bevölkerungsgruppe die sogenannte Türkische Republik Nord-Zypern, die nur von Ankara anerkannt ist, aus. Das verschlimmerte die Situation noch und verankerte die Spaltung Zyperns.

Washington nutzte die künstlich provozierte Situation, um für die militärischen Ziele der USA die Spannung im östlichen Mittelmeer anzuheizen, nicht nur gegen die nationalen Interessen dieses unabhängigen Inselstaates, sondern auch zu Lasten der nationalen Interessen Griechenlands und der Türkei, obwohl beides NATO-Länder sind. Warum förderte die USA-Regierung, die sich ständig für die Einheit aller Blockmitglieder ereifert, eindeutig die schroffe Zuspitzung der Beziehungen zwischen diesen beiden?

Offenbar ist Washington bereit, Spezies für ein wichtigeres Ziel zu opfern: Verstärkung der Südflanke der NATO und deren Umwandlung in eine starke

militärische Faust gegen die UdSSR, die unabhängigen Nahoststaaten und die arabische nationale Befreiungsbewegung. In diesen Plänen tritt alles in den Hintergrund, was die Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei betrifft, ja gespannte Beziehungen zwischen den Verbündeten erlauben den USA sogar, jeden unter Druck zu setzen und im geeigneten Augenblick der anderen Seite den Vorzug zu geben. So betrachtet die USA-Administration große Lieferungen modernster Waffen an die Türkei als zusätzlichen Hebel für Druck auf Griechenland, wo seit 1981 die Panhellenistische Sozialistische Bewegung unter Andreas Papandreu regiert. Zugleich wird Griechenland verschwommen angedeutet, Mitwirkung bei der Lösung des Zypernproblems sei möglich, sofern Athen die USA-Militärstützpunkte auch nach 1988, wenn das zeitweilige Abkommen darüber abläuft, duldet.

Das Pentagon unterhält auch in der Türkei Militärstützpunkte. Der Forschungsdienst des US-Kongresses verzeichnete in seinem jüngsten Bericht die Möglichkeit, von dort aus die Luft-



und Landverkehrswege der UdSSR in den Nahen Osten und nach Afrika zu kontrollieren. Wie dem amerikanischen "Bulletin of Atomic Scientists" zu entnehmen, betrachten die USA die Türkei als Sprungbrett der Politik "horizontaler Eskalation", d. h. der Erweiterung ihrer militärischen Präsenz, und als Vorposten für militärische Operationen im Nahen und Mittleren Osten oder für "ablenkende" bzw. "Präventiv"schläge in der Region. Direkt verknüpft sind mit dieser Strategie der augenblickliche Bau eines neuen US-Militärstützpunktes in Mus und die Modernisierung anderer Militärobjekte der USA und der NATO auf türkischem Gebiet.

So gesehen, wird auch der Sinn der jetzigen "Vermittlungs"bemühungen

Washingtons in dem Streit um die Insel Lemnos verständlicher. Die hochgradige Spannung in den Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei, ursprünglich von den USA selbst ausgelöst, hat die griechische Regierung Maßnahmen zur Stärkung ihrer militärischen Stellungen auf der eigenen Insel Lemnos treffen lassen. Ankara sieht in den griechischen Bemühungen den Versuch Athens, an der türkischen Grenze einen Brückenkopf anzulegen, und protestiert dagegen. Die ständigen NATO-Manöver (unter Beteiligung türkischer Truppen), bei denen fortwährend die Lufthoheit Griechenlands im Raum seiner ägäischen Inseln verletzt wird, heizen die Situation noch mehr an.

Da kommt Washington als

Schiedsrichter in dem Konflikt daher. Als "Kompromiß" schlägt es vor, US-"Unterstützungskräfte" auf Lemnos zu stationieren. Der NATO-Oberbefehlshaber Europa, General Rogers, erklärte rundweg, es wäre gut, dort eine Division US-Marininfanterie zu stationieren(!).

Mit der gleichen Methode verstärkt Washington seine militärische Präsenz auf Zypern. Während die USA von territorialer Integrität reden, machen sie sich die Okkupation des Nordteils der Insel durch türkische Truppen zunutze und bauen dort neue Objekte des Pentagon. Sie schlagen aus den griechisch-türkischen Differenzen Kapital, fördern faktisch die Spaltung Zyperns, verhindern damit die Regelung der Beziehungen zwischen Griechen und

Türken auf Zypern und untergraben die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität der Republik Zypern.

Auf einem Seminar in der Türkei zu den amerikanisch-türkischen Beziehungen wollte der USA-Vertreter jüngst Ankara als "potentiellen Verbündeten" Tel Avivs sehen. Er fragte sogar ultimativ, was der Türkei lieber sei, die PLO oder eine Vergrößerung der US-Militärlinie. Mit Macht legten sich die Amerikaner auf dem Seminar für einen neuen Militärblock — bestehend aus der Türkei, Ägypten, Jordanien und Israel — ins Zeug, unter US-Kontrolle und im Kern gegen die anderen Nahoststaaten gerichtet, versteht sich.

Washington verstärkt den Druck auf die Türkei derzeit vor allem, weil das Pentagon in ihr eine "ideale Basis" für amerikanische Flügelraketen sieht. Damit nicht genug, wird Ankara zu "Mut" und zu der Bereitschaft aufgerufen, zusätzlich zu den dort schon vorhandenen US-Basen als Ersatz für die augenblicklich in Griechenland genutzten (falls die geschlossen werden) mindestens 4 neue aufzunehmen. Aber mit unterschiedlichen Methoden wird auch Athen unter Druck gesetzt, damit den USA die dortigen Militärbasen auch nach 1988 erhalten bleiben.

Mit seinem neoglobalistischen Kurs im östlichen Mittelmeer errichten die USA Hindernisse für eine Beilegung des anhaltenden Zypernproblems, die im Interesse der ganzen Inselbevölkerung läge.

Darum haben Washington die sowjetischen Vorschläge für eine Normalisierung der Lage um Zypern und im Mittelmeerraum überhaupt in Harnisch gebracht. Entmilitarisierung der Insel, internationale Garantien für ihre Unabhängigkeit und friedliche Koexistenz von zypriotischen Griechen und Türken passen nicht in das amerikanische Konzept, Zypern für die USA und die NATO zu einem Brückenkopf im östlichen Mittelmeer, an der Schwelle zum Nahen Osten und unweit der sowjetischen Grenze zu machen.

In Washington ist man allem Anschein nach weiterhin gewillt, die Voraussetzungen für seine hegemonistischen Pläne zu schaffen, mögen dem auch die nationalen Interessen anderer zum Opfer fallen. Was macht es schon, daß das der Unabhängigkeit Zyperns und den Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei direkt schadet? Washington trachtet im Gegenteil, verschiedene Staaten in alle Konfliktherde hineinzustossen, um mit der Politik "teile und herrsche" zu dominieren. Die gespannten griechisch-türkischen Beziehungen sind dafür ein sinnfälliger Beweis.

E. RJABZEW



Die treue Hand des Nachbarn

Im Frühjahr 1941 wollte der 20jährige Afghane Sind Parpisha seine Verwandten in Sowjetdshikistan besuchen. Aus dem geplanten Monat wurden viele Jahre. Sobald er vom Krieg erfuhr, meldete er sich freiwillig zur Roten Armee. Den Sieg erlebte der MPi-Schütze Parpisha wenige Kilometer vom geschlagenen Berlin entfernt. Er war damals viermal verwundet worden und trug vier sowjetische Auszeichnungen.

Unlängst weilte Sind Parpisha mit einer afghanischen Gewerkschaftsdelegation in Minsk, wo er im Krieg gewesen war. Er besuchte das Traktorenwerk, fuhr durch die Stadt und erkannte sie nicht wieder. "Als wir Minsk befreiten, war es fast völlig zerstört. Jetzt haben wir in dieser schönen, modernen Stadt gesehen, wie einsatzbereit die sowjetischen Menschen arbeiten, und gewissermaßen einen Blick in unsere Zukunft geworfen", sagte Parpisha.

Die afghanische Delegation will in der UdSSR Erfahrungen sammeln. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Gewerkschaften der beiden Länder verstarken und erweitern sich mit jedem Jahr. 6200 afghanische Kinder waren schon in sowjetischen Sanatorien, über 1500 werden es in diesem Jahr sein. Das ist nur ein Beispiel. "Die UdSSR und namentlich die Gewerkschaften unterstützen uns nicht nur materiell und moralisch", sagte der Vorsitzende des Zentralrates der Gewerkschaften Afghanistans, Abdul Satar Pordely, der "Neuen Zeit". "Viele Funktionäre haben bei Ihnen studiert. Mit den Erfahrungen und der Hilfe unseres großen Nachbarn schützen wir die Errungenschaften der Aprilrevolution vor den 'Mujaheddin', beseitigen das Analphabetentum und bauen das neue Leben auf."

Auf dem Foto: Mitglieder der afghanischen Delegation in Moskau. Von rechts nach links: Abdul Satar Pordely, Saef Mushtabat, Sind Parpisha und Hosri Mohammad Asef

Foto: W. Galin

Automatisierung und Roboter

Durch die Beschleunigung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der UdSSR soll die Produktivität der Arbeit in der ganzen Volkswirtschaft bis zum Jahr 2000 auf das 2,3--2,5fache gesteigert werden, hauptsächlich durch die Automation. Weitgehende Verwendung werden u. a. Taktstraßen finden, dank denen die Arbeitsproduktivität auf ein Vielfaches gesteigert werden kann.

Unser Korrespondent Juri Samoilow hat Prof. Dr. Leonid WOLTSCHKE-WITSCH, den Vorsitzenden des Komitees des Unionsrates der wissenschaftlichen und technischen Gesellschaften für die Automatisierung und Mechanisierung der Produktionsprozesse interviewt:

Auf der Weltausstellung EXPO'85 in Japan interessierten sich die Besucher sehr für einen Roboter, der vom Blatt nach Noten Klavier spielte, und einen anderen, der mit Hilfe eines Computers und eines "technischen Sehsystems" Porträts zeichnete. Viele glauben, daß solche Roboter bald schon imstande sein werden, Musiker und Zeichner zu ersetzen. Wie ist es damit?

Roboter können noch so vollkommen sein, sie werden nie einen Menschen mit seiner einmaligen Individualität ersetzen können, und ohne diese kann es keine Kunst geben. Einige menschliche "Funktionen" können sie aber doch übernehmen und tun es auch schon. Solche Roboter sind aber sehr kostspielig. Nun werden Sie mich fragen, wozu dann Firmen der USA, Japans und Westeuropas so viel Geld für Roboter auch dann ausgeben, wenn ihr praktischer Wert gleich Null ist. Vor allem für Reklamezwecke, um die Konkurrenz im Kampf um die Absatzmärkte zu überrunden. Obrigens haben die Erzeugnisse oft nichts mit der Robotertechnik zu tun. Es ist also, gelinde gesagt, nicht ernst zu nehmen, wenn man meint, daß einem klavierspielenden Roboter vorläufig nur noch das Empfinden fehlt, aber das werde er schon noch bekommen. Wissenschaftler und Ingenieure konstruieren keine Empfindungen, nicht einmal in futurologischen Romanen.

Aber Sie werden doch zugeben, daß die neuesten Roboter Eindruck machen. In etwa 20 Jahren haben sie Schweißen, Anstreichen und andere Arbeiten erlernt, die früher nur Menschen leisten konnten. Darüber wird jetzt überall gesprochen und geschrieben, und man gewinnt unwillkürlich den Eindruck, daß sie bald die ganze Welt ausfüllen werden. Heute machen sie nur einen Bruchteil der funktionierenden Maschinen und Vorrichtungen aus. Obwohl sie im Eiltempo hergestellt werden, ändert sich dieses

Verhältnis nur sehr langsam. Wie denken Sie über die Rolle, die die Roboter in nächster Zeit bei der Automatisierung der Produktion spielen werden?

Eine viel geringere, als viele glauben. Das Märchen von der Allmacht der Roboter hat man sich auch der Reklame halber ausgedacht. Es ist derart zählebig, daß die Roboter trotz zahlreicher Mißerfolge beim Einsatz in der Industrie nicht nur für technisch unbeschlagene Leute, sondern auch für solche unverändert anziehend sind, die sich direkt damit befassen. Das hat dazu geführt, daß eine Reihe sehr aussichtsreicher wissenschaftlicher Sparten zu Unrecht in den

Am Ende des laufenden Planjahrzehnts sollen rund 2000 robotertechnische Komplexe und ebenso viele flexible automatisierte Systeme in Betrieb genommen werden. Das wird es ermöglichen, die eintönigen und untergeordneten Arbeiten wesentlich einzuschränken und den Anteil der manuellen Arbeit stark zu kürzen.

Schaffen gerückt sind. Jetzt wird es anders. Man fängt an, die Fähigkeiten der Roboter nüchterner zu beurteilen. Man wird sie in der Industrie neben Automaten und automatischen Taktstraßen verwenden, darunter auch zusammen mit anderen technischen Anlagen. Die Kosten der Roboter sinken andauernd, ihre Schnelligkeit und Zuverlässigkeit nimmt zu, und deshalb werden sie sich weiter verbreiten. Trotzdem sind sie oft unrentabel.

Finden Sie, daß der Einsatz eines Roboters, der sich nicht rentiert, wirtschaftlich und technisch nicht fort-, sondern rückschrittlich ist?



Wenn sie nicht wirtschaftlicher werden, so sind mit dem Bau, der Bewirtschaftung und Instandhaltung der Roboter schließlich mehr Menschen beschäftigt, als durch ihn freigestellt werden. Wie beliebige Maschinen sollen auch die Roboter die Erzeugnisse verbessern und mehren, die Selbstkosten senken und die Zahl der in der Produktion Beschäftigten verringern. Wozu würde man sonst solche Maschinen brauchen, wenn sie sogar Roboter heißen?

Aber kann man denn alles vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit beurteilen?

Kein einziges Land hat ausreichende Mittel, Ressourcen und technische Möglichkeiten dafür, die ganze Produktion mit einem Schlag auf Roboter umzustellen. Deshalb muß man sich in erster Linie um die Dinge bemühen, bei denen die Roboter den größten sowohl wirtschaftlichen als auch sozialen Gesamteffekt ergeben können wie z. B. die technologischen Roboter beim Schweißen, Anstreichen, Galvanisieren und anderen Arbeiten. In solchen Fällen nimmt die Produktivität zu, werden die Erzeugnisse besser, und Arbeiter brauchen nicht mehr dort eingesetzt zu werden, wo der Aufenthalt gesundheitsschädlich ist. Dieser Trend, vor allem technologische und Montageroboter zu entwickeln, ist vom Weltkongreß für Robotertechnik, der im März d. J. in Brno tagte, bestätigt worden.

Was soll aus den Robotern werden, die für die Bedienung von Maschinen bestimmt sind? Bis unlängst legte man in der Industrie besonderen Wert auf sie.

Die ersten Industrieroboter waren tatsächlich auf folgende Arbeitsgänge orientiert: ein Werkstück zu nehmen, es in die Maschine zu geben und es ihr dann wieder zu entnehmen. Solche Roboter wurden aber nicht gebaut, weil das Verladen und Ausladen — die für

den Menschen schwerste Arbeit — in erster Linie erleichtert werden sollte, wie die Sache jetzt von manchen Leuten hingestellt wird, sondern weil solche Arbeitsgänge am einfachsten zu imitieren wären. Auf der Welt sind ziemlich viele Roboter entwickelt worden, die mit Werkstücken manipulieren, deren Masse größtenteils nicht über 5 kg wiegt. Sie erleichtern dem Arbeiter seine Arbeit nicht viel, verbessern kaum die Qualität und steigern auch kaum die Produktion. Um sie in den Betriebsablauf einzubauen, muß man gewöhnlich die Werkzeugmaschinen modernisieren und auseinanderrücken sowie ganze Betriebsabschnitte anders anordnen. Daher sind solche Einzelroboter meistens nicht lohnend. Das soll aber nicht heißen, daß man ganz auf sie verzichten sollte. Die Erfahrung lehrt, daß sich Roboter als Lastträger in einem Roboterkomplex als Teil der Ausrüstung größtenteils bewähren. Solche Komplexe bestehen aus mehreren von Robotern bedienten Maschinen, einem Förderband und einer das Ganze steuernden EDVA.

Entgegen den kürzlichen Prognosen, daß jetzt in der Produktion größtenteils adaptive Roboter mit künstlichen Sinnesorganen eingesetzt sein werden, ist das nicht der Fall. Nach einem festen Programm funktionierende Roboter behaupten sich nach wie vor. Warum ist die Prognose nicht eingetroffen?

So etwas passiert nicht zum ersten Mal. Es hat sich als zu schwierig erwiesen, Roboter zu entwickeln, die sich veränderlichen Arbeitsverhältnissen selbstständig anpassen können. Außerdem sind derart komplizierte Maschinen beim jetzigen technischen Stand der Produktion durchaus nicht immer notwendig. Man kann meistens mit verhältnismäßig einfachen und billigen automatischen Vorrichtungen auskommen, die nach einem fest eingegebenen Programm funktionieren. Zum Unterschied von der EDVA wird bei den Robotern die vorhergehende Generation von der folgenden nicht verdrängt. So weit die Robotertechnik auch gekommen ist, immer findet sich ein Platz sowohl für ganz einfache Manipulatoren ohne Programmsteuerung als auch für Roboter der ersten und zweiten Generation.

Gewöhnlich meint man, daß den Anstoß zur raschen Entwicklung der Robotertechnik die Schaffung der Mikroprozessoren, winzigen Rechenvorrichtungen, gegeben hat. Dabei werden sie in den meisten industriell eingesetzten Robotern fast gar nicht angewandt.

Das hat zwei Gründe. Einer ist der Mangel an Mikroprozessoren, der andere ihre noch unzureichende Perfektionierung, aber die Revolution in der Mikroelektronik hat der Robotertechnik tatsächlich sehr große Aussichten geboten. Um einem mit einem Mikroprozessor ausgestatteten Roboter eine neue Arbeitsweise vorzuschreiben, braucht man nicht jedes Mal ein neues Programm

aufzustellen, sondern muß der EDVA nur einige Standardprogramme im Voraus einzugeben und das erwünschte durch einen bloßen Knopfdruck einzuschalten, was aber auch automatisch geschehen kann. Die besten solchen festprogrammierten Roboter unterscheiden sich gerade hierdurch von den anderen. Die Hauptsache aber ist, daß die Mikroprozessoren durch ihre Einzigartigkeit und Billigkeit die Entwicklung der adaptiven Roboter wesentlich beschleunigt haben. Diese mit allerlei Geben, auch technischem Sehvermögen und anderen Sinnesorganen ausgestatteten Automaten finden in den flexiblen Produktionsanlagen, die den raschen Übergang zu neuen Erzeugnissen möglich machen, immer mehr Verwendung. Der Schaffung solcher Produktionsanlagen wird heutzutage in der ganzen Welt sehr große Bedeutung beigemessen.

Werden sie die Automatenlinien, die in der Industrie schon lange üblich sind, verdrängen?

Solche Linien, aber nicht alle, haben sich vorläufig nur in der Massenproduktion bewährt. Die meisten sind für ein einziges Erzeugnis bestimmt. Um zu einem anderen überzugehen, muß man sie auseinandernehmen und verschrotten und an ihrer Stelle eine neue einsetzen. Heute kann die Massenproduktion in ihren herkömmlichen Formen nicht existieren. Man kann z. B. nicht wie früher 15–20 Jahre lang ein und dasselbe Kraftwagenmodell bauen. Es ist moralisch veraltet. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt hat die Erneuerung der Erzeugnisse sehr beschleunigt. Darauf ist das soziale Bedürfnis nach Flexibilität der Massenproduktion entstanden. Es braucht natürlich seine Zeit,

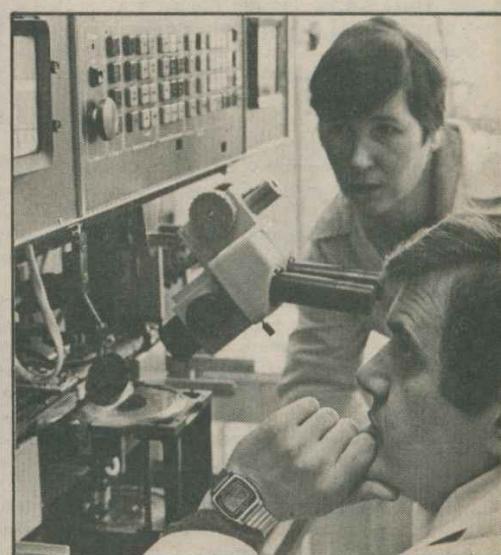
Die Automatisierung ist der wichtigste Hebel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. In der sowjetischen Industrie wird die Automatik in immer größerem Umfang eingeführt. Bei der Produktionsleitung wird den EDV-Anlagen und Mikroprozessoren eine immer größere Rolle angewiesen

in der beide Produktionsarten nebeneinander bestehen werden.

Ich bin überzeugt: Würde man auch nur einen Bruchteil der Mittel und Bemühungen, die auf der Welt aufgewandt worden sind, um gewöhnliche Werkzeugmaschinen in digitalgesteuerte Maschinen umzuwandeln, dafür benutzen, die Automatenstraßen flexibel zu machen, so würde es in der Produktion ganz anders aussehen. Schon jetzt würden in den Betrieben umjustierbare Automatenlinien funktionieren, die leistungsfähiger und billiger als die digitalgesteuerten wären.

Wie beurteilen Sie die Kapazitäten der Rotor- und Rotorfließstraßen bei der modernen Automatisierung der Produktion?

Sehr gut. In der UdSSR vor mehr als 30 Jahren von Akademiemitglied Lew Koschkin entwickelt, haben sie bisher, so sonderbar das auch ist, trotz ihrer enormen Produktivität keine Anerkennung gefunden. Bei uns zu Lande bearbeiten und montieren sie Teile von Rundfunkgeräten und Fotokameras, härteten Elektroden, stellen Würstchen und Fleischstückchen und viele andere ganz verschiedene Erzeugnisse her. Akademiemitglied Lew Koschkin hat erzählt, wie er auf einer Reise nach Frankreich dort einen Betrieb besuchte, der Verschlüsse für Spraydosen herstellt. In der Abteilung sind über 400 Arbeiter beschäftigt, bei uns in Riga in einem ebensolchen Betrieb, der aber eine Rotorfließstraße hat, nur zwei. Ein Arbeiter stellt in der Schicht von 1500–2000 Verschlüsse her, eine Roboteranlage ungefähr ebensoviele, während von der Rotorfließstraße diese Menge in 2–3 Minuten bewältigt wird.



Folglich ist Prof. Koschkins Linie bei dieser Art Arbeiten den robotisierten Montageanlagen an Produktivität um das 100fache überlegen, nicht wahr? Wodurch wird das erreicht?

Dadurch, daß nicht mit Unterbrechungen, sondern laufend einige Dutzend Verschlüsse mit zahlreichen Werkzeugen gleichzeitig zusammengesetzt werden. Die verschiedenen Arbeitsgänge greifen dabei zeitlich ineinander. Ungefähr ebenso funktionieren Automaten und Linien für das Einfüllen von Getränken. Die Flaschen werden automatisch auf einer Drehscheibe — dem Rotor — aufgestellt und während der Drehung gefüllt, verschlossen und mit Etiketten versehen. Das ist der grundsätzliche Unterschied zwischen Rotorlinien und beliebigen anderen Anlagen, auch den jetzt überall entstehenden elastischen Produktionssystemen, bei denen sich ein Werkstück den größten Teil der Zeit nicht in der Maschine, sondern unterwegs zu ihr befindet. Es macht nicht viel aus, ob es von einem Roboter oder einem Menschen versetzt wird. Deshalb verbleibt eine Produktionsanlage mit industriellen Einbringungsrobotern gewöhnlich auf demselben Stand wie vor deren Einsatz. Da die Roboter langsam sind, ist die Produktivität der Betriebsanlagen oft sogar geringer als bei der Einbringung von Hand.

Solche Linien sind doch aber für die unflexible Massenproduktion bestimmt, oder?

Tatsächlich wurden sie ursprünglich für diesen Zweck verwendet. Heute dagegen wird in dem von Prof. Koschkin geleiteten Konstruktionsbüro einigen von ihnen die mangelnde Flexibilität gegeben, damit sie sich auf neue Erzeugnisse umstellen und sogar verschiedenartige Erzeugnisse gleichzeitig produzieren können. Kein einziger Roboterkomplex kann das bisher. Er stellt zuerst ein Erzeugnis her und geht dann nach einer Neustellung zu einem anderen über.

Bestimmt kann Rotor- und Rotorfließstraßen nicht für alle Arbeitsgänge und beliebige Erzeugnisse benutzen. Da gibt es Beschränkungen nach Gewicht und Form und nach den Arbeitsgängen. Aber die Verwendungsmöglichkeiten solcher Linien sind heutzutage geringer. Das liegt am konservativen Denken der Konstrukteure, an ihrer Neigung zum Altgewohnten und in manchen Fällen an dem naiven Glauben an die Allmacht der Rechentechnik und der Industrieroboter.

Glauben Sie, daß die internationale Wissenschaft und Technik bei der Automatisierung nicht den bestmöglichen Entwicklungsweg eingeschlagen hat?

Ja. Vor einigen Jahrzehnten bestanden zweierlei Produktionsarten: eine hochautomatisierte und hochproduktive Massenproduktion, die aber unflexibel war, und eine flexible manuelle. Die Welt ist daran gegangen, die manuelle Produktion zu automatisieren, sie mit Robotern, Beförderungskarren, Speichern und

EDV-Anlagen zu versehen. Man hätte sich dagegen hauptsächlich um die Flexibilität der automatischen Linien und der anderen automatischen Maschinen bemühen sollen. Derartige Arbeiten ließen leider viel später als nötig an und gehen in aller Welt nicht schnell genug.

Letzthin wurde gemeldet, daß im Westen integrierte Produktionsprozesse entwickelt worden sind. Was ist das, und wie funktionieren sie?

Richtiger wäre es zu sagen, wie sie funktionieren sollten, weil es sie nach meiner festen Überzeugung noch nirgends gibt. In diesen Meldungen ist der Wunsch der Vater des Gedankens. In einer flexiblen automatisierten Produktionsanlage müssen alle Arbeitsgänge,

Für die nächsten fünf Jahre ist geplant, daß in 3000 Projektions- und Konstruktionsorganisationen automatische Projektierungssysteme entwickelt werden sollen, was eine Einsparung von mehr als 5 Md. Rubeln ermöglichen würde.

von der Projektierung des Erzeugnisses bis zu seiner Herstellung, Speicherung und Absendung an den Verbraucher, automatisiert sein. Bis vor kurzem entwickelten sich einzelne Bestandteile getrennt voneinander. Bei jedem hat man einiges erreicht. Zuverlässig funktionieren heute sowohl automatisierte Projektierungssysteme als auch flexible Produktionsanlagen, es gibt aber noch keine automatisierten Betriebe, in denen beides zusammen möglich wäre. Die Betriebe der Zukunft kann man nicht einfach durch Zusammenlegung schon funktionierender automatischer Systeme und Betriebshallen bilden. Sie werden auf einem qualitativ neuen Produktionsniveau stehen. So schwierig diese Aufgabe auch ist, glaube ich, daß es schon in den kommenden 90er Jahren automatische Betriebe geben wird.

Wie stellen Sie sich die Erzeugung von Gegenständen in einer solchen integrierten Produktionsanlage vor?

Der Konstrukteur wird nicht mehr auf Papier zeichnen, sondern auf dem Bildschirm einer EDVA eine Baugruppe entwickeln. Dazu wird er ihr alle für die Projektierung notwendigen Indizes eingeben. Im Zwiegespräch mit der EDVA wird er alle erdenklichen Konstruktionsvarianten durchspielen und die beste auswählen. Da dem Gedächtnis der EDVA technologische Typenprozesse der Herstellung eines bestimmten Werkstücks im voraus eingegeben sein werden, wird sich der Konstrukteur nicht darüber den Kopf zerbrechen müssen, wie es zu machen ist. Die EDVA wird selbst die nötige Technologie auswählen. Danach wird man automatisch ein Programm aufstellen und ohne

technische Zeichnungen der EDVA eingeben, die die technologische Ausrüstung steuert. Weiter werden die hergestellten Erzeugnisse automatisch zusammengesetzt, auf ihre Güte hin geprüft, eingelagert und an den Konsumenten abgeführt.

Bei uns in der UdSSR ist ein großangelegtes Programm für die Automatisierung der Produktion angenommen worden. Zu seiner erfolgreichen Erfüllung wird zweifellos die Zusammenarbeit mit den anderen RGW-Mitgliedern beitragen, nicht wahr?

Gewiß. Gemeinsame Arbeiten in diesem Bereich laufen seit Mitte der 70er Jahre sowohl bi- als auch multilateral. Um diesen Arbeiten noch stärkeren Impuls zu verleihen, hat man unlängst die Forschungs- und Produktionsvereinigung Interrobot gegründet. Bezeckt wird damit vor allem, gemeinsame Bemühungen der Ingenieure und Wissenschaftler für die Entwicklung einer über dem Weltniveau liegenden automatischen Technik aufzubieten. Zur Dachorganisation, die alle Arbeiten koordinieren wird, ist unlängst der in der UdSSR gebildete, mehrere Branchen erfassende wissenschaftlich-technische Komplex Roboter entwickelt worden, der die Tätigkeit von sechs Industrieministerien, der AdW und des Ministeriums für das Hochschulwesen der UdSSR zusammenfaßt.

Die Arbeitsteilung und die Spezialisierung auf bestimmte Arten von Robotern ermöglicht eine schnellere Automatisierung in jedem RGW-Land und dabei die Ersparnis von Ressourcen an Menschen, Finanzen und Material. Geplant ist, daß sich Bulgarien auf Roboter für Beschichtungen, für die Montage einzelner Erzeugnisse des Maschinenbaus und der Elektronik spezialisieren wird; Ungarn auf Roboter für den Zusammenbau von Erzeugnissen des Gerätebaus; Polen auf Schweißroboter und die CSSR auf Maschinen für Druckguß und für Montagearbeiten. Die UdSSR übernimmt den Bau von Robotern für die Metallverarbeitungs- und Gußanlagen.

Meine letzte Frage betrifft Ihre Tätigkeit als Professor und Lehrstuhlleiter der Moskauer Bauman-TH. Welche Aufgaben hat die Produktionsautomatisierung den Hochschulen gestellt?

Die enge Spezialisierung hat dazu geführt, daß sich die Ingenieure verschiedener Fächer schlecht verstehen. Die Automatisierung erfordert aber gemeinsame Bemühungen. Deshalb haben wir jetzt die Aufgabe, vielseitige Ingenieure heranzubilden, natürlich ohne deshalb die Kenntnisse zu verflachen. In den nächsten Jahren soll jeder Ingenieur die Rechentechnik genauso wie früher das technische Zeichnen erlernen. Doch die Fähigkeit, auf einer EDVA zu arbeiten, ist nicht Selbstzweck, sondern ein Mittel zur Schaffung neuer Technik. Sie wird niemals die fundamentalen Kenntnisse der Technologie und des Konstruierens ersetzen.

Fotos: TASS

Auf den Trümmern der Tyrannie

Ruslan TUTSCHNIN

Am 10. Juni wurde in ganz Haiti gestreikt. Noch ein halbes Jahr vorher wäre so etwas unglaublich gewesen. In den letzten Wochen fanden nacheinander machtvolle Demonstrationen statt: in der Hauptstadt Port-au-Prince, in Cap Haitien, Gonaves und anderen Städten. Empörte Menschenmassen, Barrikaden, heftige Zusammenstöße mit den "Ordnungskräften". Und das in demselben Staat, dessen Bürger fast 30 Jahre lang unter der grausamen Diktatur des Duvalier-Clans gelitten hatten, unter der nicht nur offene Aktionen gegen die Behörden, sondern selbst zaghafte Kritiken oder gemeine Denunziationen ausreichten, einen Menschen zu verhaften, zu foltern, zu ermorden oder spurlos verschwinden zu lassen.

Ein Ventil

Das Volk Haitis war gerade erst zum politischen Leben erwacht, da suchte man fieberhaft, seine Energie niederzuhalten. Während der US-Botschafter in Port-au-Prince, der "Baby Doc", dem Diktator Jean-Claude Duvalier, sein Flugzeug zur Verfügung gestellt hatte, die letzten Details der Flucht des Tyrannen übers Meer vereinbarte, teilten die höchsten Militärscharen die Staatsposten unter sich auf. Die Generale und Oberste, die vorher von den Banden der "Tonfons Macoutes" (der politischen Geheimpolizei) zurückgedrängt worden waren, dem Diktator jedoch treu gedient hatten, stürzten sich an die Futterkrippe.

Die Soldaten aus den Kasernen erschienen den politisch unbeschlagenen Bewohnern Haitis nicht so anrüchig wie die vertierten "Tonfons Macoutes" — die SA und Gestapo des Familienreiches der Duvaliers. Deshalb wurde das Erscheinen der Militärs in der Regierung anfangs für das kleinere Übel gehalten. An manchen Orten wurden sie sogar mit dem Ruf begrüßt: "Hoch die Armee!"

Kaum jemand ahnte damals, daß dem reaktionären Militärklüngel, der im Staat die Schlüsselpositionen besetzt hatte, eine konkrete Mission aufgetragen worden war, nämlich die, das Volk wie eine Gendarmerie im Schraubstock zu halten, damit die Massenbewegung die von Washington und der einheimischen Oligarchie gezogenen Grenzen nicht überschreite.

Eigentlich hatte die Regierung Reagan den bankroten Duvalier jr. dazu abgesetzt und in die Alte Welt verfrachtet.

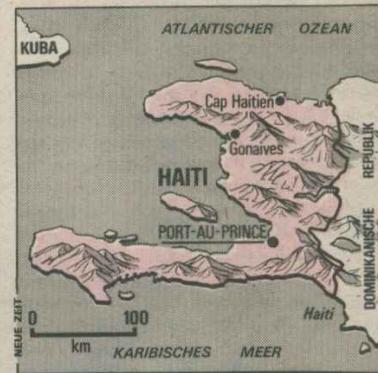
Nach Ansicht ihres "Hirntrusts" mußte man an dem brodelnden Kessel Haiti unverzüglich ein Ventil öffnen, um eine verheerende soziale Explosion zu verhüten.

Nachdem "Baby Doc" abgeschoben worden war, schrieb die "große Presse" der USA, man müsse das "politische Vakuum" in Haiti ausfüllen. Das war zum Teil berechtigt. Das Regime der Duvaliers war ja so wüst gewesen, es hatte seine Gegner derart schonungslos und in solchem Umfang vernichtet (50 000 Morde), daß der Schauplatz der politischen Kämpfe in der ersten Zeit nach dem Sturz des Tyrannen einer Wüste glich, in der außer Kasernen nichts zu sehen war. Aus diesen kamen die jetzigen "Retter des Landes vor dem Chaos", will sagen, die Generale und Oberste, die zur Elite des Diktatorenregimes gehört hatten.

In neuer Rolle

Kein Wunder, daß die militärischen Machthaber mit General Henry Namphy an der Spitze mehr darum besorgt sind, sich ihre Privilegien zu erhalten, eine Abkehr vom Duvalierismus zu vereiteln und zugleich wie früher getreulich den USA zu dienen. Das regierende Triumvirat (nach Umstellungen gehören außer Namphy Oberst Regala und Rechtsanwalt Francois dazu) hat erklärt, es sei dazu bestimmt, für Ordnung zu sorgen. Es hat keinerlei eigenes politisches Programm aufgestellt. Das Gebaren dieses "Nationalen Regierungsrats" zeugt von dem Widerstreben, auch nur halbwegs nennenswerte Wandlungen herbeizuführen. Das unter dem Druck der Öffentlichkeit aufgekommene zaghafte Gerücht von einer Auslieferung des flüchtigen Tyrannen an die neuen Behörden und von der Rückerstattung der von ihm geraubten vielen Millionen Dollar an die Staatskasse sowie von einem Prozeß gegen seinen Anhang verstummte allmählich.

Zugleich nahm die Brutalität der neuen Behörden zu. Der Militärklüngel ging von vereinzelten Zusammenstößen mit Demonstranten zur systematischen Sprengung von Kundgebungen und zu Morden über. Ein Wendepunkt war das Gemetzel beim Fort Dimanche. Dort fanden sich am 26. April Tausende Einwohner der Hauptstadt ein, um der Opfer der früheren Tyrannie zu gedenken. Sie wurden mit Kugeln empfangen. Acht Teilnehmer wurden getötet und etwa 50 verwundet. So wurden die



letzten Hoffnungen derer enttäuscht, die an gute Absichten der neuen Machthaber geglaubt hatten.

Die Schüsse beim Fort Dimanche brachten das Faß zum Überlaufen. Wie Feuerzangen erfaßten spontane Massenaktionen das ganze Land und erhitzten das politische Klima aufs äußerste. In dieser Situation fand der Aufruf zahlreicher oppositioneller Organisationen zum Streik allgemeine Resonanz.

Dem Triumvirat half die im letzten Augenblick ausgeführte politische Kehrtwendung aber nichts. General Namphy gab bekannt, im kommenden Jahr würden Wahlen für die Präsidentschaft und die Spitzen der lokalen Machtkörper stattfinden. Das versprach er, wie es seine Vorgänger im Generalsrock wiederholt auch getan hatten, wenn ihre Diktatur ins Wanken geriet. Die Machtübergabe an den zu wählenden Präsidenten ist für 1988 vorgemerkt. Bis dahin flösse noch viel Wasser ins Meer, denken die politischen Machthaber.

Auf die magische Wirkung der Zeit bauen auch die Washingtoner Vormünder dieses Regimes. Im Weißen Haus war man sich über die Erben des flüchtigen Baby Doc einig gewesen und hatte beschlossen, sie solange an der Macht zu halten, wie es die Umstände zulassen würden, damit sie möglichst lange die Rolle einer Militärpolizei spielen könnten.

"Es braucht Zeit, ein neues Herrschaftssystem aufzubauen", erklärte Elliott Abrams, Assistent des US-Außenministers für interamerikanische Angelegenheiten, als er in Port-au-Prince aufkreuzte, um seine politisch nicht sehr versierten "Schützlinge" zu instruieren. Um Namphy und seiner Umgebung jeden Zweifel an der Gunst der USA zu nehmen, hat er, wenn dem französischen "Monde" zu glauben ist, mit geradezu militärischer Unumwundenheit erklärt, Haiti brauche eine moderne Berufsarmee, "um Ordnung zu halten", und die USA seien bereit, ihm (mit der Truppenausbildung und mit Heeresgüterlieferungen) dazu zu verhelfen.

In der nächsten Phase sollte nach Washingtoner Szenario ein geeigneter Mann gefunden werden, der auf dem durch Terror glattgewalzten sozialen Boden als "unser Mann" Fuß fassen könnte, um so mehr, als die Wahl eines solchen Politikers nicht besonders schwierig ist — unter der Diktatur verließ jeder sechste Landesbürger Haiti, und unter dieser Million Emigranten sind nicht wenige bürgerliche Politiker, die Washington durchaus passen könnten.

Viele von ihnen sind nach Duvaliers Sturz heimgekehrt und haben sich sofort in den politischen Wirbel eingeschaltet. Journalisten haben errechnet, daß es über 100 Präsidentschaftsanwärter gibt, obwohl die Parteimitglieder, in deren Namen sie auftreten, buchstäblich an den Fingern hergezählt werden können. "Ich und meine Freunde sollen hoch leben!" — so hat einer von ihnen sein Credo unverblümmt ausgedrückt, ja mit Farbe an eine Mauer geschrieben. Neben Neulingen figurieren da gewiegtere Politiker von Parteien wie der christdemokratischen, der christlich-sozialen und der demokratischen Aktion.

In Washington hat man aber allen anderen Marc Bazin, einen Haitianer, vorgezogen, der viele Jahre bei der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung angestellt war, wo das US-Großkapital bekanntlich tonangebend ist. Bazin ist für die herrschenden US-Kreise deshalb so anziehend, weil er bei den Dollarmagnaten in die Schule gegangen ist. Die Tatsache, daß er unter Baby Doc eine Zeitlang Minister für Wirtschaft, Finanzen und Industrie war, ist unwesentlich oder spricht vielleicht sogar für ihn: Er werde sich deshalb gewiß mehr ins Zeug legen.

In der Politik nimmt jetzt auf Haiti die katholische Kirche einen wichtigen Platz ein. In der jetzigen unruhigen Zeit hätte

sie nichts dagegen, den bürgerlichen Parteien ihren Einfluß auf die Massen abzugeben. "Das wirkliche Problem ist die soziale Ungleichheit, die Ungleichheit der Verteilung der nationalen Güter" — diesen Ton schlägt jetzt Erzbischof Ligonde von Port-au-Prince an, ein Vetter der Gattin des Diktators, der in der Geistlichkeit den "Duvalier-Flügel" repräsentiert. Die Bischofskonferenz geht noch weiter. Sie fordert "einschneidende Veränderungen", namentlich eine Umverteilung des Grund und Bodens, Verminderung der Arbeitslosigkeit, Liquidierung des Alphabetentums und Respektierung der Menschenrechte. Obwohl das Gros der einfachen katholischen Geistlichkeit der "Befreiungstheologie" noch nicht näher gekommen ist, nehmen viele Geistliche, vor allem die unter der Tyrannie verfolgt gewesenen, einen fortschrittlichen Standpunkt ein.

Eine Variante des Neoglobalismus!

Auf Haiti ist eine gespannte, ja explosive Lage entstanden. Das Triumvirat, das sich bei Millionen in Mißkredit gebracht hat, steckt in einer akuten Krise, läßt aber das Staatsrudel nicht aus der Hand (gibt, genauer gesagt, den Platz an der Futterkrippe nicht frei). Seine soziale Basis besteht nur noch aus den um ihre Zukunft bangenden Repräsentanten der Oligarchie, den Anhängern eines "Duvalierismus ohne Duvalier". General Namphy schreckt die Bevölkerung mit kommendem Unheil ("Das Land ist am Rande der Anarchie" oder "Das ist das Vorspiel zum Bürgerkrieg"), aber ihm hört kaum noch jemand zu. Das verspätete Manöver der Wahlkündigung hat nicht schwächend gewirkt.

Selbst die Washingtoner

Schutzwatze der Militärregierung äußern allmählich Zweifel an deren Fähigkeit, die Situation lange unter Kontrolle zu halten. Die USA haben Haiti im März nicht aus Wohltätigkeit 400 000 Dollar "für die Gewährleistung der Stabilität und inneren Sicherheit" zukommen lassen. Mitte Juni hat die Regierung Reagan der Regierung Haitis "für die Verhütung einer Etatkrise" 20 Mio Dollar zur Verfügung gestellt. Geplant ist auch, Geld für die Ausbildung und Ausrüstung einer haitianischen Polizei zu geben. Im Weißen Haus befürchtet man, daß im ärmsten Land der westlichen Halbkugel, wo die meisten keine Existenzmittel haben, wo drei Viertel der arbeitsfähigen Bevölkerung erwerbslos sind, die Wirtschaft in einen erschreckenden Zustand gebracht worden und die Staatskasse leer ist — daß in einem derart ausgeplünderten und zum Weißbluten gebrachten Land ein gefährlicher Bedrohungsschädel für die "nationalen Interessen der USA" entstehen kann.

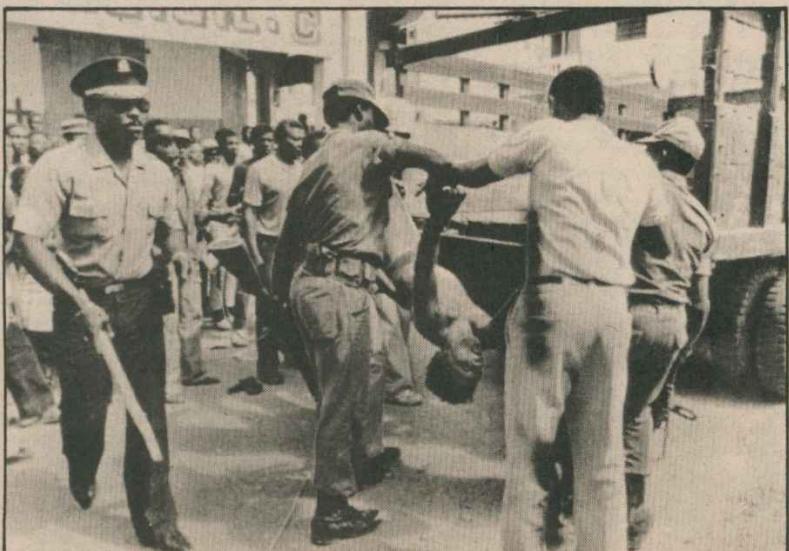
In Washington überlegt man schon, welche Variante des Neoglobalismus man dem Volk Haitis gegenüber anwenden soll. Der Londoner "Sunday Times" zufolge "planen die USA, nordamerikanische Kräfte zur Aufrechterhaltung des Friedens nach Haiti zu schicken, falls dort eine alarmierende Lage entstehen sollte". In Kreisen, die dem Pentagon nahestehen, sagt man offen, daß die 7700 Soldaten und Polizisten Haitis nicht für den Kampf gegen Unruhen ausgebildet sind. Es heißt, daß US-Diplomaten in der Organisation der amerikanischen Staaten sondiert haben, ob ein bewaffnetes Truppenkontingent unter der Fahne dieser Organisation wie 1965 bei der Besetzung der Dominikanischen Republik durch die USA nach Haiti entsandt werden könnte.

Angesichts dieser Gefahr von außen, der Krise an der Regierungsspitze in Haiti und eines eventuellen Übergangs der internen Reaktion zur Gegenoffensive gewinnt die Einheit der Fortschrittskräfte für das Volk lebenswichtige, entscheidende Bedeutung. Wie René Theodore, der Generalsekretär der aus der Illegalität hervorgegangenen Kommunistischen Einheitspartei Haitis, mitgeteilt hat, beteiligt sich diese Partei jetzt an der Tätigkeit der demokratischen Nationalallianz, die sich bemüht, die demokratischen Kräfte des Landes zusammenzuschießen, um die Errungenschaften vom 7. Februar zu verankern. Sie fordert, daß die jetzige Regierung sofort aufgelöst und daß aus Vertretern wirklich demokratischer Organisationen ein neues Kabinett gebildet wird.

Die Patrioten Haitis gehen einer schweren Zeit entgegen, sind aber optimistisch und überzeugt, daß ihre gerechte Sache siegen und daß ihr Volk wahre Freiheit und Unabhängigkeit erlangen wird.

Foto:TASS

Polizeiwillkür in den Straßen von Port-au-Prince



AMERIKANISCHER TRAUM

4. Juli. Amerika feiert sich selbst — so wie es ist: wagemutig, unternehmend; prosperierend und notleidend; freiheitliebend und rechtlos; aufgeklärt und unwissend; selbstgefällig und enttäuscht; aufbauend und tödend; verträumt und zynisch; zukunftsfröhlich und auf seine Vergangenheit stolz.

"Die amerikanische Regierungsform ist die schönste Hoffnung der Welt." (Th. Jefferson, 1801) "In der Gründung der Republik der Neuen Welt zeigte sich zweifellos die Vorsehung Gottes." (W. Harding, 1921) "In keinem anderen Land verdient die Regierung eine solche Achtung." (H. Hoover, 1929) "Wie noch nie in der Vergangenheit suchen die Völker der Welt bei den USA guten Willen, Kraft und weise Führung." (H. Truman, 1949) "Die letzte Hoffnung der Menschheit auf der Erde... Eine Stadt auf dem Hügel." (R. Reagan, 1986)

Bescheidenheit ist eine Zier... Seit nunmehr 210 Jahren behaupten die US-Präsidenten eifrig die amerikanische Exklusivität und folglich auch das Recht, anderen die amerikanische Lebensweise aufzuzwingen und an alles in der Welt amerikanisches Maß anzulegen.

Auch der vom amerikanischen System seinen Freunden vorsorglich suggerierte Traum beruht auf diesem Glauben.

Thomas Jefferson, der an der Wiege der Republik stand, zitierte Cäsar: "Geld bringt uns Leute..., und Leute bringen uns Geld." Bei der Abfassung der Unabhängigkeit

keitserklärung redigierte der künftige Präsident aber die vom britischen Philosophen Lock geprägte Formulierung der natürlichen Menschenrechte "Leben, Freiheit und Eigentum" und lieferte seine eigene Formel: "Leben, Freiheit und Streben nach Glück". Allerdings, schreibt der kanadische Prof. E. Friedenberg, "hatten die US-Gründer wohl kaum Zweifel daran, daß ein großes Vermögen weit mehr Möglichkeiten gibt, das Streben nach Glück zu befriedigen".

Freiheit und Reichtum auf Kosten anderer. Sich darüber Gedanken zu machen, gilt in den USA als schlechter Ton. Kein Wunder, daß sich viele Amerikaner den Amerikanischen Traum als eine Art Medaille vorstellen, deren eine Seite von individueller Freiheit und deren andere Seite von dem dort angeblich jedermann zugänglichen Reichtum kündet.

Neuerdings zeichnen sich auf derselben Medaille auch andere Vorstellungen ab: von einer Welt ohne Krieg und ohne das nukleare Gespenst, von der einzigen möglichen lebendigen Welt, in der allein auch die ungläublichsten Träume jedes Bewohners unseres Planeten in Erfüllung gehen können.

Amerika! Wer ist mit dir, wie du heute bist, am meisten unzufrieden? Die Amerikaner. Wer liebt dich am meisten? Die Amerikaner.

Amerika feiert sich selbst. Und wir erleben es so, wie es ist.



Wem die „goldene Tür“ offensteht

Reportage von der "Freiheitsparade"

von unserem Korrespondenten in New York Andrej ARCHIPOW

Genau genommen fällt das 100jährige Jubiläum der den Amerikanern von Frankreich geschenkten "alten Dame" — der Freiheitsstatue — auf den 28. Oktober. Aber eine Woche danach stehen die Wahlen zum Senat bevor, und die Wahlkampfpolemik kann so viel vom "realen Amerika" ans Tageslicht fördern, daß keine Jubiläums-Knalleffekte es überbieten. So beschloß denn Washington, den Abschluß der Restaurierungsarbeiten auf der Insel bei der Einfahrt in den Hudson-River (dort steht das französische Geschenk) am Unabhängigkeitstag, dem 4. Juli, zu begehen.

Gäste wurden aus aller Welt eingeladen, wahllos. Es ging darum, ein möglichst großes Publikum zu haben und das Ganze zu einer Haupt- und Staatsaktion zu erheben. Deshalb überhörte man die Empörung, als sich der Schoner "Esmeralda" zur Flottenparade meldete. Dem chilenischen Diktator Pinochet hatte er als schwimmende Folterkammer gedient.

Der Zeichner einer philadelphischen Zeitung veranschaulichte ein weiteres Element der festlichen Symbole: Über

der mit den Gebäuden der Chrysler, der Kodak und der Coca-Cola vollgesteckten Insel ragt die Fackel in der Hand der Freiheitsstatue — eine Fackel, die nur den Konzernen selbst sichtbar ist. Die Finanzinteressen haben die Statue fest umgarnt. Erst kurz vor den Juli-Feierlichkeiten konnte der Streit zwischen den Bundesstaaten New York und New Jersey (in deren Gewässern sich die Gefierte befindet) einigermaßen geschlichtet werden. Es ging darum, wer von den Touristen profitieren sollte. Die clevere Fernsehgesellschaft ABC kam früher als andere darauf, wie hoch gegenwärtig Symbole im Preis stehen, und erwarb für 10 Mio Dollar das ausschließliche Recht, das Jubiläum live zu senden. Das Recht gar, auf dem Flugzeugträger, der die festliche Flottille führen wird, neben Reagan zu stehen, kostet 5000 Dollar, und man darf nur zwei Karten gleichzeitig kaufen.

Das Fest ist ausverkauft worden — im voraus, en gros und en détail.

Dazu Jonathan Yardley in der "Washington Post": "Im Land der Werbung muß jedes Ereignis, so feierlich es auch

sein mag, bis zum äußersten zu einer Show ausgewalzt und so trivialisiert werden. Sie wissen nicht, daß dieses Stück Land zum Dollarmachen da ist, besonders wenn die grünen Scheine als Verpackung für ein so mächtiges Symbol der nationalen Zugehörigkeit wie die Miß Liberty dienen. Sie wissen nicht, daß es nunmehr nicht auf das Wesen der Zeremonie ankommt, sondern auf den Ritus selbst: Pomp und Selbstgefälligkeit unter der Karnevalsmaske des Patriotismus."

Die Restauratoren, die für Spenden der Amerikaner und der Konzerne arbeiten, wobei die ersten wirklich an die Freiheitsideale glauben und die letzteren ihr eigenes Interesse im Auge haben, vergoldeten aufs neue die Worte am Sockel: "Führe Deine Müden, Armen, Bedrängten und nach Luft Lechzenden zu mir. Ich erhebe meine Lampe an der goldenen Tür." Das Weiße Haus machte aus Emma Lazarus' Zeilen den Clou einer Kampagne, die der Welt vor Augen führen soll: Hier liegt das gelobte Land.

In Wirklichkeit empfängt Amerika bei weitem nicht alle mit ausgebreiteten Armen. Auf dem Federal Place in Manhattan erhielt ich im Haus Nr. 26, in dem sich das Einwanderungsamt befindet, einen aufschlußreichen Sammelband, betitelt "Anleitung zur Immigration" und enthaltend praktische Zielsetzungen, die selbstverständlich weder in der Festrede des Präsidenten noch in den anderen Jubiläumsansprachen erwähnt werden. Kein Wunder auch. Die "goldene Tür"



Jeder hat seinen Traum: Dieser Mann, der am Weißen Haus vorübergeht...

ist, wie sich herausstellt, so beschaffen, daß sie sich für die Einwanderer aus den halbkolonialen und abhängigen Ländern 33mal so selten öffnet wie für alle anderen. Aber wenn jemand bereit ist, als "Beitrittsgebühr" 40 000 Dollar für die Belebung der US-Wirtschaft zu zahlen, wird man aufgenommen, gleich, woher man kommt. Erwünscht sind auch "künstlerisch und wissenschaftlich außerordentlich Begabte". Übrigens konnte Uncle Sam seit Mitte der 70er Jahre durch brain drain 5 Md. Dollar an der Ausbildung von Ärzten, Ingenieuren und Wissenschaftlern sparen.

Was die Obdachlosen, Hungrigen und Unglücklichen betrifft, so wird, wie die "Newsday" voraussagte, das Festoratorium nicht ihnen gewidmet sein, "sie werden den großen Festveranstaltungen im Juli nicht beiwohnen". Keinen Platz gibt es bei der "Freiheitsparade" auch für die 20 Millionen Hungernden, die 8,5 Millionen Arbeitslosen, die 3 Millionen Obdachlosen und die 30 Millionen, die selbst nach den Kriterien der Administration unterhalb der Grenze leben, die die Armut vom Existenzminimum trennt. Der Sesam hat sich für sie nicht geöffnet.

Die US-Führung appelliert immer wieder an die "nach Freiheit Durstenden". Wie ein weiterer Blick in die erwähnte "Anleitung" belehrt, verlangt der Einreisebefragten, sich über das breite Spektrum der politischen Lehren und Richtungen hinwegsetzend, die Antwort nur auf die Frage, ob man nicht Kommunist oder mit einer kommuni-

nistischen Organisation verbunden sei. Wenn ja, dann ist, wie es eine Zeile darüber heißt, die Einreise zwecks ständigen Aufenthalts verboten. Damit ist die Diskriminierung nicht erschöpft. Im New Yorker Zentrum für Verfassungsrechte zeigte man mir ein juristisches Gutachten zu den Fällen von Haitianern, die in den USA Zuflucht vor den Verfolgungen des Diktators gesucht haben. Das Recht, die Freiheit zu gewähren (genauer, zu verweigern), haben sich die Beamten aus dem Einwanderungsamt unter den Nagel gerissen.

Ich besuchte ein weiteres Amt, das sich mit den erwähnten Problemen befaßt: Das Zentrum zum Schutz der Einwandererrechte.

Warum braucht ein Land, das sich zum Paradies für Einwanderer aufspielt, ein solches Amt?

Mary Dugen, die für Spendensammlungen verantwortlich ist, fügt nachdenklich, als setze sie meine Frage fort, hinzu: "... trotz der hochsinnigen Ideen der Freigebigkeit und trotz der Tatsache, daß das Land durch die Arbeit von Einwanderern aufgebaut wurde. Nichtsdestoweniger verfolgen die Behörden sie oft und schüren die Vorurteile. Besonders eifrig ist da die Regierung Reagan. Die einwandernden Flüchtlinge aus El Salvador, Guatemala und anderen lateinamerikanischen sowie afrikanischen Ländern haben es schwer. Und um die Einwanderer aus sozialistischen Ländern Europas werden die Leidenschaften angepeitscht, nur um zusätzliche Punkte

im Kampf gegen den Sozialismus zu gewinnen. Gleichzeitig werden Flüchtlinge aus 'befreundeten' Ländern, solchen mit faschistischen Regimes, nicht selten zurückgeschickt, obwohl man weiß, daß sie daheim mit Sicherheit Verfolgungen ausgesetzt sein werden, beispielsweise seitens der 'Todeschwadronen', die übrigens von uns bewaffnet worden sind."

Mary setzt fort: "Gegenwärtig verstärken die Behörden die Repressalien gegen alle Einwanderer aus der dritten Welt. Für alle Menschen mit dunkler Haut bricht eine sehr schwere Zeit an. Unser Zentrum ist bemüht, alle Einwanderergemeinden über ihre Rechte zu informieren. Besonders große Beachtung wird dabei den Armen geschenkt. Wir arbeiten gemeinsam mit 80 Anwälten, mit der Kirche und der Manhattan-Koalition für Einwandererrechte. Die Koalition organisiert auch die medizinische Betreuung Minderbemittelten."

"Demnach beschäftigen Sie sich nicht nur mit Fragen der Hilfe bei der Einwanderung in die USA, sondern auch mit Problemen schon Eingewandter?"

"Ja. Viele leben hier schon bis zu 20 Jahre lang ohne entsprechende Dokumente, und plötzlich bekommen sie Schwierigkeiten mit den Einwanderungsbehörden."

"Ist Ihr Zentrum die einzige Organisation dieser Art?"

"Natürlich nicht. Wir haben eine Landes- und mehrere regionale Koalitionen gegründet, die die Philippiner,

die Koreaner, die Chinesen, die lateinamerikanischen Völker und andere Gruppen vertreten. An der jüngsten Landeskongress in Los Angeles beteiligten sich Vertreter von 60 ähnlichen Organisationen."

"Welche Schwierigkeiten haben die Einwanderer?"

"Sie werden bedroht, isoliert. Häufig bekommen sie zu hören: 'Ihr werdet eure Kinder nicht mehr sehen, wenn ihr diese Papiere nicht unterschreibt.' Und die Papiere erweisen sich als Zustimmung zur Ausweisung. In sehr vielen Fällen wird die Familienzusammenführung verhindert — wenn z. B. nur 2 von 5 Kindern einreisen dürfen."

In den einen Fällen werden also Menschen bestraft, die versuchen, sich vor mit Washington befreundeten Diktaturen zu retten, in anderen artet die Einwanderung zu einem politischen Spiel aus, in dem der Einsatz Menschenleben heißt.

Welche Interessen verfolgen die CIA und das State Department der USA, wenn sie ein spezielles "Studium" über potentielle Emigranten in der sowjetischen Gesellschaft finanzieren? Viele verstehen das leider erst dann, wenn die "goldene Tür" hinter ihnen, die getäuscht und betrogen sind, zuschnappt.

In unserem Korrespondentenbüro rief Marina S. vor kurzem an, nachdem sie

nach fünfjährigen Quälereien in Israel und den USA erkannt hatte: "Mehr als drei Viertel der Emigranten aus der Sowjetunion sind betrogene Menschen." Bis heute suchen die entsprechenden westlichen Zentralen Kontakte zu Mariñas Verwandten in der UdSSR herzustellen. Wie sie sagt, "verbreitet die CIA gemeinsam mit Israel das Lügenmärchen vom Antisemitismus in der UdSSR". Es gibt viele Menschen, die wie Marina empfinden. "Ich fühle meine Unvereinbarkeit mit dieser Welt von äußerstem Individualismus, Egoismus und Raffgier." Diese Worte aus einem Brief zeigte mir in der Redaktion einer der Zeitungen, die die Immigranten hier herausgegeben.

Mit Rev. Tony Clark, dem katholischen Geistlichen aus Arizona und einem Aktivisten der Bewegung "Asyl", hatte ich folgendes Gespräch.

"Was werfen die US-Behörden Ihnen vor?"

"Daß ich einem Flüchtling aus El Salvador Asyl gewährt habe."

"Wie ist der Aufenthalt dieses Menschen in den USA motiviert?"

"Politisch. Aber die Behörden wünschen offenkundig nicht, diesen Menschen als politischen Flüchtling zu behandeln."

"Glauben Sie, daß sich die Haltung der Regierung zu dieser Frage ändern

kann?"

"Unter dem derzeitigen Präsidenten wohl kaum."

In Phoenix, Arizona, wo gegen die Geistlichen und Aktivisten der Bewegung ein Prozeß im Gange ist (ihnen droht Freiheitsentzug), ist ein Aktionskomitee zum Schutz von Amerikanern, die wegen humaner Haltung verfolgt werden, gegründet worden. Dort erfuhr ich, daß Tausende Menschen über die Grenze gehen, doch Rev. Clarks Kollegen bieten vorwiegend von den einheimischen Regierungen verfolgten Aktivisten von Kirchen- und Gewerkschaftsorganisationen El Salvadors und Guatemalas Asyl. Das Ziel ihrer Ausreise in die USA ist, dem Tod zu entrinnen.

Der Prozeß in Arizona zeigt: Durch Appell an die Schatten der Vergangenheit läßt sich an der Gegenwart nichts ändern. Die Wiederbelebung des nostalgischen Glaubens an die "ursprünglichen Prinzipien" fällt nicht so leicht. "Die auf Kommerz abgestellte Show", lesen wir beim Soziologen, Herbert Gans von der Columbia University, "ist nur dazu angetan, den in der Gesellschaft ohnehin hochgradigen Zynismus noch zu stimulieren."

Ein hartes, aber gerechtes Verdict über die verschwenderischen Feierlichkeiten.

Die Freiheitsstatue, das Symbol des Amerikanischen Traums, kam im vorigen Jahrhundert aus Frankreich in die Neue Welt. Kurz vor den Feierlichkeiten in New York ersuchten wir den bekannten französischen Publizisten Henri ALLEG, der sich wiederholt in den USA aufhielt, zu erzählen, wie er als Westeuropäer sich den Amerikanischen Traum vorstellt.

Henri ALLEG:

... Der Autor der Freiheitsstatue war der französische Bildhauer Frederic-Auguste Bartholdi, und die Kosten für ihren Bau wurden aus einer in Paris veranstalteten Kollekte gedeckt. Es lohnt sich, daran zu erinnern, weil laut öffentlichen Befragungen leider höchstens ein Amerikaner von je hundert mit der Geschichte der Statue bekannt ist. Aber die Franzosen sind nicht nachtragend, und damit niemand das bezweifelt, haben unsere besten Konditoren zur Feier des Tages eine etwa zwei Tonnen schwere Schokoladenkopie der Figur gefertigt. Sie soll direkt am Ort der Feierlichkeiten vernascht werden, was sicherlich helfen wird, auch die Festreden zu verdauen.

Wird denn jemand nach einer solchen Schleckerei das Wort wagen, der Amerikanische Traum sei tot? Das Land der Freiheit und unbegrenzter Möglichkeiten, offen für die Kühnsten und Energissten, ein Land, wo man, um Milliardär zu werden, nur den großen Wunsch dazu haben müsse... Dieses Amerika-Image wurde jahrzehntelang, ja wird bis heute von den Barden des sogenannten "freien Unternehmertums" Millionen Menschen suggeriert.

Die Wirklichkeit aber sah niemals so aus. "Mein Großvater kam zu Beginn des Jahrhunderts aus Italien. In seiner Heimat glaubte man an den Amerikanischen Traum unverrückbar", erzählte mir ein arbeitsloser Hüttenarbeiter aus Pittsburgh. "Die Leute sagten ihm, er sei ein Glückspilz, weil er nach Amerika reise, wo die Straßen mit Gold gepflastert seien. Und der Großvater selbst sagte mir später: 'Die Straßen waren nicht mit Gold, ja stellenweise überhaupt nicht gepflastert. Ich habe sie gepflastert, um meinen Unterhalt zu verdienen.' Nun, solange Großvater Arbeit hatte, lebte er wohl doch besser als in seinem heimatlichen Kalabrien."

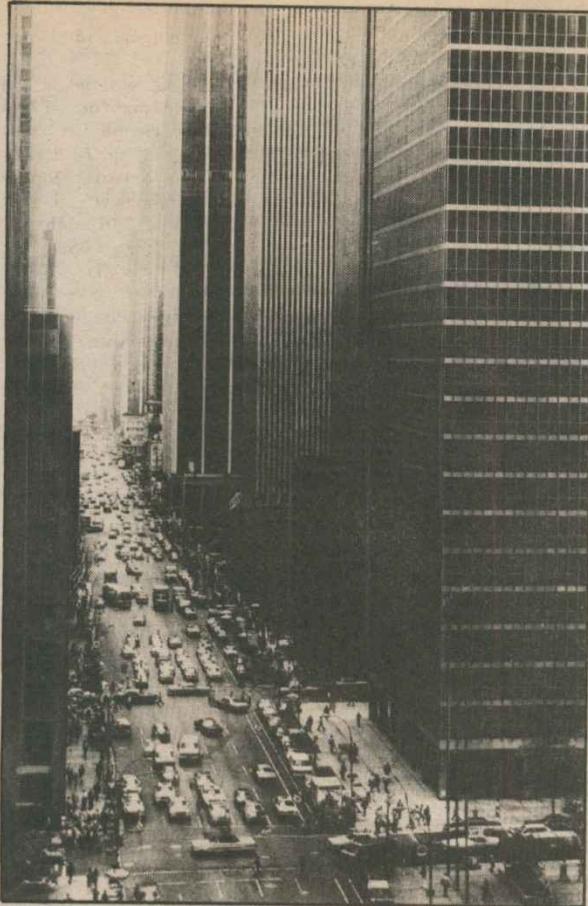
Jedesmal lag Amerika weitab vom Kriegsschauplatz, handelte

mit Waffen und bereicherte sich an fremdem Unglück. Und wenn der Frieden wiederhergestellt wurde, war es jedesmal zur Stelle, um in den kriegsgeschädigten Staaten sein Busineß zu machen. Die märchenhaften Profite waren nur für einige wenige Auserwählte da, den übrigen blieb Arbeit, und auch das nur bis zu dem Augenblick, da sie hörten: "Der Betrieb muß schließen. Geduldet euch bis zu besseren Zeiten."

Ein Beamter der Chicagoer Municipalität gestand mir ein: "In meiner Stadt gibt es zahlreiche Familien mit bereits drei Generationen von Arbeitslosen: Großvater, Vater, Sohn beziehungsweise Söhne und Töchter." In einem im Dezember 1984 veröffentlichten Bericht konstatierte der Chicagoer Bürgermeister Harold Washington: Mehr als 900 000 Einwohner der Stadt (bei einer Einwohnerzahl von drei Millionen) sind ständig von Hunger bedroht, und 25 000 Menschen "wohnen in Straßen, Gassen und ausgerangierten PKWs". Ist nun der Amerikanische Traum in Erfüllung gegangen?

Darauf wird entgegnet: In einigen Lebensbereichen, in denen früher ein erschreckendes Elend geherrscht habe, sei immerhin ein gewisser Fortschritt festzustellen, einige Probleme der schwarzen Bevölkerung würden gelöst. Ja, gewiß, im langen und beharrlichen Kampf haben die schwarzen Amerikaner etwas mehr Achtung errungen. Die Segregationsgesetze wurden aufgehoben, der Ku-Klux-Klan hat viel von seiner einstigen Macht eingebüßt, aber nach wie vor sind die Neger arm und um alles gebracht; folglich werden sie in der Gesellschaft des allmächtigen Dollars praktisch ebenso diskriminiert wie früher. Die Segregation ist geblieben, nur in anderen, raffinierteren Formen.

Davon zeugt ein bitterer Negerwitz. Als die Rassentrennung aufgehoben wurde, fuhr ein Bus allmorgendlich durch die Viertel der Stadt und brachte die Kinder in die "gemischte" Schule. Im Bus schlagen sich die Kinder. Der Fahrer mischt sich ein: "Schluß



...die Einwohner dieser Wolkenkratzer...

jetzt mit der Balgerei. Man hat euch doch schon gesagt, daß wir alle gleich sind. Es gibt keine Weißen und keine Schwarzen. Für mich seid ihr alle grün. Und nun setzen sich die Hellgrünen auf die Vorder- und die Dunkelgrünen auf die Hintersitze." Und so lebt ein Drittel der "dunkelgrünen" Amerikaner unterhalb der Armutsgrenze, ein Drittel der Erwachsenen unter ihnen hat keine Arbeit.

Im August 1963, während des Marsches der Bürgerrechtler auf Washington, hielt Martin Luther King seine berühmte Rede: "Ich träume davon, daß selbst der Bundesstaat Mississippi, diese unter Ungerechtigkeit und Unterdrückung schmachtende Wüste sei, eine Oase der Freiheit und Gerechtigkeit wird. Davon, daß meine vier Kinder einst in einem Land leben werden, in dem man sie nicht nach ihrer Hautfarbe, sondern nach ihren menschlichen Eigenschaften beurteilen wird." King träumte immer überdies denselben Traum: Er rief zum Kampf gegen jene auf, die infolge der Ausbeutung und Rassentrennung prosperieren. Einige Jahre später mußte er das mit seinem Leben bezahlen und fiel von der Kugel eines rassistisch verhetzten Mörders.

Dennoch meinen die Freunde des großen amerikanischen Volkes, daß Martin Luther Kings Ideal fortlebt und daß Amerika sich noch verändern wird. Es wird keine Unterdrückung, keinen Gewaltkult, keine Interventionen und Massenmorde wie in Vietnam und Grenada geben. Auch keine Aggressionen amerikanischer Söldner gegen Völker, die wie in Nicaragua, Afghanistan und anderen Ländern nach Freiheit und Fortschritt streben. Kein Amerika, in dem man sich an ungeheuerlichen Militäretats bereichert oder Star-War-Kriege vorbereitet. Vielmehr wird es ein Land von Millionen Menschen sein, die gleich den Völkern aller anderen Länder nur Frieden, Wohlergehen und Freundschaft wollen.

An einen solchen Amerikanischen Traum möchte ich glauben.

Bei weitem nicht alle Einwanderer finden also einen Platz hinter der "goldenen Tür" des "Landes der Immigranten". Bei weitem nicht für alle, die einen solchen Platz anscheinend gefunden haben, sind die USA das Gelobte Land geworden. Aber heute wenden wir uns aufs Geratewohl an Amerikaner, denen es relativ gut geht. An solche, für die die in den Sockel der Freiheitsstatue gemeißelten Ideale eine reale Verkörperung gefunden haben und die an diese Ideale wirklich glauben.

Was bedeutet für jeden von ihnen der Amerikanische Traum?

Erick Mueller, 31, Bibliothekar aus Austin, Texas:

Wir wurden in der Vorstellung erzogen, daß man arbeiten, viel arbeiten muß, um sich zufrieden zu fühlen und mit Komfort leben zu können. Das Wort vom Amerikanischen Traum klingt für mich vor allem konsumorientiert: Man habe einen Wagen und ein Haus — also lebe man schon wie in einer Fernseh-Show. Doch scheint mir, daß sich in den letzten 10-15 Jahren viel verändert hat. Mein Vater, Musiklehrer von Beruf, war nie vermögend.

Meine Eltern hatten ein Haus, aber auf Raten natürlich, und mußten es abstottern. Sie hatten einen Wagen. In Amerika braucht man einen Wagen, wenn man nicht in New York oder Chicago, wo der öffentliche Verkehr entwickelt ist, lebt. Obrigens müßte man für ein Haus wie das meiner Eltern heute sechsmal soviel zahlen wie zur Zeit meiner Kindheit. Deshalb ist das, was für die Generation meiner Eltern zum Amerikanischen Traum gehörte, heute für einen Durchschnittsamerikaner unerschwinglich. Vielleicht wurde dieser Traum von der Nachkriegszeit hervorgebracht, als die Wirtschaft stark war und es schien, daß es keine Krisen und Rezessionen geben wird?

Don Mathisen, 36, Rundfunkkorrespondent:

Was für mich der Amerikanische Traum bedeutet? Er ist mit meinen eigenen Lebenszielen und meiner Familie verbunden. Schon in der Kindheit träumte ich von einem Job beim Rundfunk, davon, den Menschen fesselnde Neuigkeiten zu berichten und interessante Gesprächspartner vorzustellen. Nie zweifelte ich an meinen Wünschen. Den Amerikanischen Traum für meine Familie wahrzumachen, fällt vielleicht ein wenig

schwerer. Ich habe eine achtjährige Tochter, im Herbst erwarten wir ein zweites Kind. Ich möchte ihnen das Wichtigste bieten können, was man im Leben braucht: eine anständige Wohnung, Bildung und einige materielle Dinge, an die wir hier gewöhnt sind. Die Möglichkeit zu reisen und ähnliches. Ich denke, daß es darauf ankommt, die Kinder an das heranzuführen, was ihnen zu einem modernen Leben verhelfen wird. Wenn man all das schafft, wird der Amerikanische Traum, denke ich, in Erfüllung gehen.

Brad Davies, Student der Columbia University:

Für mich als Student bedeutet der Amerikanische Traum: meine Ziele erreichen, ohne mich in große Schulden zu stürzen. Das Geld fürs Studium borge ich mir hauptsächlich bei meinen Eltern. Obwohl das eine Anleihe zu leichten Bedingungen ist, muß sie trotzdem zurückgezahlt werden.

Ich möchte promovieren. Die Frage ist, ob ich die notwendige Geduld und Beharrlichkeit aufbringe. Wenn nicht, dann sollte ich damit Schluss machen und eine Beschäftigung suchen, die mir Geld und nicht die Stellung eines Forschungsassistenten bringt.

Joseph Oakes, 52, Geschäftsmann aus Los Altos, Kalifornien:

Mein Traum ist es, in einer Welt zu leben, in der die Amerikaner nicht mehr die Russen hassen und unsere gegenseitige Voreingenommenheit abgebaut ist. Meines Erachtens haben in der amerikanischen Politik gegenwärtig Menschen die Oberhand, die wir "rote Nacken" (ironische Bezeichnung der Cowboys) nennen. Neuerdings heißt es: "Entweder SDI — oder lern Russisch!" Ich habe das Oder vorgezogen, weil ich russische

Freunde haben möchte. Denn wenn das nicht schon demnächst geschieht, wird niemand seine Träume verwirklichen können — in unserer Welt würde keiner überleben.

Marshall, Arbeiter bei der ITT[hat seinen Familiennamen nicht genannt, unser Korrespondent sprach mit ihm während eines Streiks]:

Zusammen mit meinen Kollegen streiken ich gegen Entlassungen. Wir werden streiken, bis die Firma unsere Forderungen erfüllt. Nach dem Amerikanischen Traum fragen Sie... Nun, ich bin glücklich damit, wie ich lebe. Das ist das beste Land hier. Ich habe im Aus-

land gearbeitet. Doch gibt es nicht viele Länder, in denen man wie hierzulande all das sagen darf, was man denkt.

Andy Peters, 61, Jurist aus dem Bundesstaat Vermont:

Wir Amerikaner haben wohl selbst im Unterbewußtsein den Gedanken, daß unser Traum, unser ewiges Symbol Freiheit ist. Beispielsweise die Freiheit, alles, was einem nicht gefällt, zu kritisieren. Aber vor kurzem habe ich mich bei dem Gedanken ertappt: Seit mehr als 40 Jahren kritisieren ich z. B. jene, die ich selbst ins Weiße Haus wähle, und gehen manchmal sogar zu Demonstra-

tionen. Doch ändert sich nichts durch meine Kritik.

Thomas Klein, 17, Student aus Bluestown, New Jersey, schreibt von seinem Traum an die Zeitschrift "U. S. News & World Report":

"Bei unseren ersten Schritten in diese Welt sehen wir die schönen Gaben, die uns die ältere Generation verleiht: Errungenschaften in Wissenschaft und Medizin, bei der Erschließung des Weltraums, Wunder der Technik. Doch sehen wir auch anderes. Man hinterläßt uns eine kranke Umwelt, Überbevölkerung, ein gewaltiges Haushaltsdefizit und einen von Vorurteilen strotzenden und

von Kriegen zerfleischten Planeten.

Ihr habt uns ein außerordentlich reiches Wissen gegeben, doch zusammen damit müssen wir eure Kernwaffenarsenale erben. Und wenn die von euch hinterlassenen Probleme so groß sind, daß sie die Existenz meiner Generation bedrohen, werden all eure Gaben nichts nutzen.

Ich bitte jene, die unser Land regieren, nur um eines: Wenn Sie Beschlüsse fassen, denken Sie nach. Über mich, über uns, über die Nachfolger Ihrer Regierung, Ihrer Nation, Ihrer Welt... Achten Sie uns und sehen Sie in uns Ihre heutigen Wähler.



Der Amerikanische Traum oder Träume der Amerikaner?

Das ist das Thema des sowjetischen Publizisten und ehemaligen "Iswestija"-Korrespondenten in den USA Melor STURUA

Zunächst über zwei Begegnungen. Ende der 60er Jahre hatte ich Gelegenheit, den inzwischen verstorbenen Nelson Rockefeller, damals Gouverneur des Bundesstaates New York, zu interviewen. Am Schluß des Gesprächs stellte ich ihm die herkömmliche Frage:

"Macht Geld glücklich?"

"Natürlich nicht", antwortete der Chef des berühmtesten Clans der US-Milliardäre, ohne erst nachzudenken, und fügte nach einer kleinen Pause hinzu: "Das können Sie mir glauben, junger Mann."

Sowohl die Pause als auch das Tremolo in der Stimme waren gut eingebüßt. Offenbar hatte Rockefeller diese Antwort mehr als nur einmal gegeben.

Die zweite Begegnung fand Anfang der 80er Jahre statt. In der Euclidstreet, mitten in den Vierteln, die von den Ausgestoßenen der amerikanischen Hauptstadt bevölkert sind, wartete Mitch Snyder, der Leiter einer öffentlichen Organisation für die Unterstützung der Washingtoner Obdachlosen, auf mich. In dem Zimmer, wo Snyder einen Hungerstreik durchführte, stand eine kleine Plexiglasschachtel mit der Aufschrift "John Dow". John Dow ist bei den Amerikanern ein Sammelname und steht für einen Menschen, dessen Persönlichkeit unbekannt ist. In der Schachtel wurde die Asche eines Obdachlosen, der in einer Washingtoner Straße erfroren war, aufbewahrt. "John Dow's"

Leichnam war von niemandem identifiziert oder angefordert worden. Mitch und seine Kameraden ließen ihn einschern und füllten die Asche in den winzigen Plexiglassarg, der zum Grab des Unbekannten Soldaten der Millionenarmee der amerikanischen Armut wurde.

"Wieviel Geld ist nötig, um alle obdachlosen Einwohner Washingtons mit Wohnraum zu versorgen?" fragte ich Snyder.

"Geht es denn um Geld?" antwortete Mitch und fügte nach einer Pause hinzu: "Das kannst du mir glauben, old fellow." Die Pause war nicht eingebüßt. Snyder war im 50. Tag seines Hungerstreiks, und das Sprechen fiel ihm verfehlt schwer.

Ich habe lange in den USA gelebt. In diesen Jahren führte das Leben mich mit vielen träumenden Amerikanern, nicht aber mit dem Amerikanischen Traum zusammen. Gewiß wäre es am einfachsten zu sagen, es gebe ihn gar nicht. Aber so einfach ist das nicht. Der amerikanische Traum ist da — und zugleich nicht da. Das klingt vielleicht paradox, doch gerade in dieser Verzahnung von Existenz und Nichtexistenz liegt das Wesen der Sache.

Fangen wir damit an, was noch Wladimir Majakowski konstatierte: Verschiedene Amerikaner gibt es, proletarische und bürgerliche. Aber auch das erklärt noch nicht das ganze Phänomen Amerikanischer Traum. Ich werde nie vergessen, wie New Yorker Bauarbeiter grau-

sam auf "bürgerliche Söhnchen" einschlugen, die mit einer Demonstration gegen die Aggression in Vietnam protestierten. Obendrein spielte sich das Ganze in der Wall Street ab, und die Väter der "bürgerlichen Söhnchen", die aus den Fenstern ihrer Banken hinauslehnten, klatschten den "lieben Arbeitern" eifrig Beifall. Wiederum paradox? Ja, aber ohne solche und ähnliche Paradoxe und Rätsel zu lösen, kann man mit dem Amerikanischen Traum wenig anfangen.

Interessant: Auf der Welt gibt es keinen französischen, keinen deutschen, russischen, indonesischen, madagassischen usw. Traum, aber den Amerikanischen. Das ist kein Zufall. Warum erstreckt sich der Begriff Amerikanischer Traum nicht auf alle Amerikaner? Es gibt doch noch Süd- und Mittelamerika? Warum haben die Vereinigten Staaten sowohl "Amerika" als auch den "Traum" usurpiert? Auch das ist kein Zufall.

Das liegt an dem Gefühl der Ausschließlichkeit, das die herrschende US-Elite seit der Gründung des Staates kultiviert und das die ganze Gesellschaft — trotz ihrer sozialen Differenziertheit — begeistert akzeptiert. Der bekannte US-Publizist Lans Morrow schreibt von der "manischen Eigenschaft" seiner Landsleute, "von sich als vom besten beziehungsweise vom schlechtesten aller Völker zu denken". Das letztere habe ich übrigens bei den Amerikanern nicht übertrieben oft bemerkt. Das erste dagegen wuchert.

Präsident Reagan nennt die USA in seinen Ansprachen gern "die Stadt auf dem Hügel" (eine Wendung, die der puritanische Politiker John Whinthrop schon im 17. Jahrhundert in Umlauf brachte). "Die Stadt auf dem Hügel" ist ein anderer Ausdruck für den Amerikanischen Traum, weil ebenfalls Ausdruck einer Ausschließlichkeit, die zum Chauvinismus ausgearbeitet ist. Doch steckt in diesem Gefühl auch ein Hintergedanke: den US-Bürgern die Empfindung von



...dieses kleine Mädchen, das unsicher in die unverständliche Welt der Erwachsenen tritt.

Einheit und Gleichheit einzuflößen. Dem Amerikanischen Traum zufolge lebten Nelson Rockefeller und "John Doe" in derselben "Stadt auf dem Hügel", der eine "ein wenig" höher, der andere "ein wenig" tiefer. Aber alles in allem derselbe Hügel und derselbe Traum.

Frage man einen Amerikaner, wovon er träume, hört man — bei allen Unterschieden — gewöhnlich: vom Erfolg. Reichtum sei das Maß des Erfolgs. (Übrigens geben gerade jene Amerikaner diese Antwort, um die Erfolg und Reichtum einen weiten Bogen machen.) Frage man einen Amerikaner, was der Amerikanische Traum sei, antwortet er in der Regel: Freiheit. Da denkt man unwillkürlich an Schillers bitteres Wort, Freiheit existiere nur in einem "Traumland". Die soziale Bestimmung des amerikanischen Traums ist es, bei den Amerikanern die Illusion der Freiheit hervorzurufen. (Ich bitte den Leser um Verständnis, denn hier muß ich der Kürze wegen die außerordentlich komplizierten Prozesse im Riesenland mit 240 Millionen Einwohnern vereinfachen.)

Der schon zitierte Lance Morrow bemerkt: Die Eskimos hätten 100 Bezeichnungen für Schnee, die Amerikaner müßten "im Prinzip" 500 Wörter für Freiheit haben. Ich weiß nicht, wie es um die Eskimos steht. Was die Amerikaner angeht, so haben sie bestimmt ebenso viele Wörter für Freiheit, wie viele Amerikaner vom Volkszählungamt jeweils registriert worden sind. Doch hier schlägt Quantität nicht in Qualität um. Je-

denfalls nicht in eine positive Qualität. Je mehr "Freiheiten" es in Amerika gibt, desto weniger Freiheit haben die Amerikaner. FBI-Direktor Webster und Leonard Peltier könnten der Welt viel Wissenswertes davon erzählen.

Der Amerikanische Traum schlägt eine — illusorische — Brücke zwischen Millionen sich gegenseitig ausschließenden Freiheiten. Jedermann hat die Freiheit, "gleich Rockefeller auf der Sonnenseite der Straße" zu leben, wie es in einem Schlager heißt. Aber wo Sonne ist, ist auch Schatten, und bisweilen ist es pechschwarz. "John Doe", dessen Sarkophag aus Plexiglas im Haus in der Euclidstreet in Washington ruht, lebte und starb auf der Straße, wo Erniedrigte und Beleidigte ihr Schattendasein fristen und wo es auch nicht einen Schatten vom Amerikanischen Traum gab (denn er ist auf der Sonnenseite). . .

Zu guter Letzt sei ein unerschöpfliches Thema angesprochen: der Traum vom Frieden. Ist dieser Traum vielleicht dem Amerikanischen identisch? Will doch keiner, ob reich oder arm, sterben? Gewiß, will es keiner, schon gar nicht in einer nuklearen Apokalypse. Doch wie sich herausstellt, ist selbst der Traum vom Frieden nicht der Amerikanische Traum. Erstens träumen alle Völker vom Frieden. Und zweitens haben der Militär-Industrie-Komplex und der "Mann von der Straße", auf der die Rockefeller nie übernachtet haben, recht unterschiedliche Vorstellungen vom Frieden. Der erste träumt — welch ein

deplacierte Wort! — von einer Pax Americana, einem "Frieden auf amerikanisch", der zweite vom Frieden schlechthin: von Sonnen- und nicht von Laserstrahlen, von einem Sternenhimmel und nicht von "Sternenkriegen". Aber auch hier ist das Bild nicht schwarzweiß. In den USA kann man einem "Mann von der Straße" begegnen, der vom Hurrapatriotismus vergiftet ist. Zugleich zeigt meine Bekanntschaft mit einem weiteren Rockefeller, David, Ex-Vorsitzender des Direktorenrats bei der Chase Manhattan Bank, daß die sogenannten real denkenden herrschenden Kreise in der Tat existieren. Vor kurzem begegnete ich David Rockefeller auf einem Dartmouther Treffen.

Ziehen wir ein — naturgemäß bescheidenes — Fazit. Der Amerikanische Traum ist der Feuervogel aus dem Märchen. Die Träume der Amerikaner sind ein Schwarm wirklicher und bunter Vögel: von Spatzen und Tauben, von Falken und wiederum Tauben (der Leser kann die beiden letzten Kategorien in Anführungszeichen setzen, muß aber nicht). Doch wäre es ein unverzeihlicher Irrtum, den Feuervogel nur deshalb mit einer Handbewegung abzutun, weil er aus dem Märchen stammt.

Zusammenstellung von
G. SIDOROWA

Foto aus: "Dagens Nyheter"
(Schweden) und "U.S. News &
World Report"

Antonios Ballett

Anatoli MEDWEDENKO

"Sie möchten wissen, warum ich für mein Gastspiel in Moskau und Leningrad 'Carmen' ausgewählt habe? Ich will das zu beantworten versuchen."

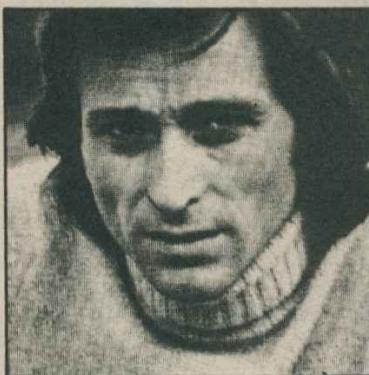
So begann unser Gespräch mit dem bekannten spanischen Tänzer und Parteipolitiker Antonio Gades im Moskauer Hotel "Rossija".

Antonio lehnte sich im Sessel zurück und sagte nach kurzem Schweigen:

"Die 'Carmen' ist für mich in letzter Zeit zum Hauptthema geworden, und sie taucht so oder so im Film und auf der Bühne, in vielen Werken auf, an denen ich arbeite. Die schöne und temperamentvolle Zigeunerin aus der Tabakfabrik in Sevilla ist ein echt spanischer Charakter. Mancher mag meine Meinung subjektiv finden, aber ihre Unbestechlichkeit, ihre Besessenheit, ihr unabzähmbarer Freiheitsdrang und ihre Bereitschaft, dafür ihr Leben zu opfern, sind den Spaniern immer eigen gewesen. Mit der Carmen möchte ich meine Landsleute an diese Werte erinnern. Das ist um so wichtiger, als die Franco-Leute fast 40 Jahre lang Freiheitsliebe und Würde in unserem Volke zu töten suchten."

Antonio ging im Zimmer auf und ab und setzte sich dann wieder.

"Der zweite Grund war vielleicht nicht weniger wichtig. Ich fand es ungerecht, daß die Carmen aus Frankreich zu uns gekommen ist. Der große Georges Bizet schuf seine Oper 1874 nach der gleichnamigen Novelle von Prosper Mérimée und errang damit sogleich Weltruhm. Sie wurde in Rußland, Schweden, Frankreich, Italien, den USA, Japan, Großbritannien und Argentinien aufgeführt. Am 2. August 1881 hatte 'Carmen' am Theater 'Liceo' in Barcelona Premiere, kurz darauf auch in Madrid. Aber weder da noch dort wurde sie spanisch gesungen, sondern italienisch und französisch. Ja in den 100 Jahren seit der Erstaufführung in Spanien ist 'Carmen' kein einziges Mal in der Muttersprache geboten worden. Sie mußte Spanien zurückgegeben werden. So beschloß Ende 1980 eine Gruppe Enthusiasten unter dem bekannten spanischen Regis-



seur Jose Tamayo, die Oper in typisch spanischem Stil und spanischer Sprache darzubieten. Der Schriftsteller und Dichter Fernando Quinones übersetzte das Libretto ins Spanische. Bei der Inszenierung bemühte man sich um größte Annäherung an die Zeit, in der Mérimée Novelle spielt. Neue Tänze mit choreographischen Motiven und Volkstänze aus Andalusien wurden aufgenommen. Aufgeführt wurde die Oper in Carmens Heimat Sevilla und nicht auf einer Bühne, sondern in der Stierkampfarena, wo Mérimée die Handlung ablaufen läßt, die mit Carmens tragischem Tod endet.

Diese Inszenierung brachte mich auf den Gedanken, eine Ballettversion für unsere Carmen zu schaffen. Ich ging wohl nicht fehl in der Annahme, daß ihr Charakter im Tanz offensichtlicher wird als in der Oper. In manchen Ländern, u. a. in der UdSSR, wurde das Schicksal der Zigeunerin aus Sevilla ja schon als Ballett gezeigt.

Ich besprach meine Idee mit dem bekannten Filmregisseur Carlos Saura, und der schlug außerdem gleich noch einen Ballettfilm vor. So ist es zu der Filmversion von 'Carmen' gekommen, die in vielen Ländern mit Erfolg gezeigt wurde. Aber die Arbeit am Carmen-Ballett ging weiter, und Saura und ich schufen ein Theaterstück. Sicherlich sollte man es mit dem Film nicht vergleichen, obwohl beiden die Musik von Bizet

zugrunde liegt. Aber den Charakter der Hauptheldin zeigen die beiden Kunstgattungen natürlich mit ihren spezifischen Mitteln. So sagte der prominente spanische Kritiker Jose Rubio, wer den Film gesehen habe und dann ins Ballett gehe, sei gewissermaßen auf die Rückseite des Mondes versetzt. Wir möchten in unserer Aufführung dem Zuschauer das tragische Geschehen über den spanischen Volkstanz Flamenco, auf dem die Choreographie aufbaut, nahebringen."

Antonio Gades spricht mit spanischem Temperament, ständig gestikulierend, ohne Pause. Immer wieder springt er auf und versucht sogar, Gedanken im Tanz deutlich zu machen. Seine Leidenschaft und seine Überzeugungskraft verblüffen. Erworben hat er sich diese Überzeugungskraft vor allem mit seiner großen Kunst, für die z. B. viele internationale Preise sprechen: die Goldmedaille des spanischen Pavillons auf der Ausstellung in New York, der Preis für die beste Aufführung in Buenos Aires, der Kritikerpreis für die beste Aufführung in Paris und viele andere.

Auch seine Arbeit im Film ist sehr gewürdigt worden. Außer "Carmen" hat er zusammen mit Saura den Ballettfilm "Die blutige Hochzeit" nach der Tragödie von Federico García Lorca geschaffen, und 1986 wurde bei den Internationalen Filmfestspielen in Cannes sein Streifen "Liebeszauber" nach dem Ballett des berühmten spanischen Komponisten Manuel de Falla aufgeführt. Alle drei bilden eine Filmtrilogie zu dem Thema tragische Liebe. In jedem ist Antonio Gades nicht nur Choreograph, sondern auch einer der Hauptdarsteller. Verweisen kann er außerdem auf die Inszenierung des "Bolero" von Ravel an der Oper in Rom und Arbeit an der berühmten Mailänder "Scala", wo er nicht nur Solopartien tanzte, sondern auch das Ballett "Liebeszauber" nach der Musik von de Falla inszenierte.

Harte "Universitäten"

Wer von diesem Schaffensweg liest, mag meinen, daß Antonio Gades Glück hatte. In seinem Schaffen vielleicht, aber sein Lebensweg ist eher mit Dornen als mit Rosen bestreut. Er mußte durch viele Unbilden hindurch, ehe er in der Gesellschaft und der Kunst seinen Platz fand. Sein Schicksal verflocht sich mit dem Spaniens, das jahrzehntelang das Joch der Franco-Diktatur zu tragen hatte.

Antonio Gades (eigentlich Antonio Esteve Rodenas) wurde 1937 in einer Kleinstadt bei Cadiz in Andalusien geboren (daher sein Künstlername Gades, was übersetzt "Mann aus Cadiz"



Szene aus dem Ballett "Carmen". Den Jose tanzt Antonio Gades, die Carmen Christin Oise.

Foto: A. Ratnikow

heißt). Seine Mutter ist Schneiderin, den Vater, Bauerarbeiter von Beruf, hat er eigentlich gar nicht gekannt. Als Antonio geboren wurde, brach in Spanien der Bürgerkrieg aus, und der Vater, Kommunist, verteidigte vom ersten Tage an die Republik gegen Franco. Im Bataillon "Oktober" kämpfte er vor Madrid, wurde schwer verwundet, kam in Gefangenschaft und dann für mehrere Jahre ins Gefängnis. Die brutalen Folterungen

ließen ihn schwer erkranken, und bald nach der Freilassung starb er.

Der damals 11jährige Sohn mußte die Schule verlassen. So begannen seine entbehrungsreichen "Universitäten". Um der Mutter zu helfen, versuchte sich Antonio in vielen Berufen. Aber nicht, weil er übermäßig wälderisch war, mußte er die Arbeitsstellen wechseln, sondern weil ihm die Tür gewiesen wurde, sobald bekannt wurde, daß er Sohn eines

Republikaners und noch dazu Kommunisten war. Mehrere Jahre arbeitete er auf dem Bau, in einem Gemüseladen, in Autoreparaturwerkstätten und in einer Druckerei, war Gehilfe eines Fotografen, Bote, Buchbinder und Zeitungsjunge.

Trotz des harten Lebens blieb noch Zeit für etwas Abwechslung. Am Strand von Madrid, wo Antonio wohnte, trafen sich die Jungen nach der Arbeit auf der Straße, sangen und tanzten. Antonio tat es mit Hingabe. Jeder Spanier, erst recht der Andalusier, ist zum Tanzen geboren und saugt die Liebe zum Flamenco mit der Muttermilch ein.

Antonio tanzte so schön, daß ein zufällig vorübergehender Berufstänzer ihn für die Tanztruppe eines Kabaretts warb. Antonio sagte sogleich zu, dachte dabei aber weniger an die Kunst als ans Geldverdienen, zumal er damals gerade wieder auf der Straße lag. Später sagte er: "Ich hielt mich überhaupt für einen Tänzer aus Notwendigkeit, nicht aus Berufung."

Aber hier irrte er. Er offenbarte verblüffende Fähigkeiten und wurde Tänzer aus Berufung.

Von Gades Erfolgen habe ich schon gesprochen. Fehlschläge, genauer gesagt, Schwierigkeiten hatte er in seinen gut 30 Jahren Bühnendasein kaum weniger als jeder andere Künstler aus dem Volke in einem kapitalistischen Land. Wenn er sich dennoch als ein außergewöhnlicher Künstler erwies, so verdankt er das nicht seinem Glück, sondern vor allem harter Arbeit, seiner Hartnäckigkeit und natürlich seinem Talent.

1972 hatte er sein erstes Gastspiel in der UdSSR, damals im überfüllten Sportpalast in Lushniki. Antonio zeigte seinen unübertrefflichen Zapateado (von "zapato" — "Schuh"), der dem Steppen etwas ähnelt. Erst ein langsames Klopfen mit den Absätzen, als komme ein Zug in Fahrt. Mit zunehmender Geschwindigkeit wird das Klopfen schneller und immer schneller.

Die Aufführung dauerte wenige Minuten. Donnernder Applaus. Schweißnaß verschwand Antonio hinter den Kulissen und wurde von seinem Assistenten mit einem Handtuch in Empfang genommen. Die Zuschauer forderten *da capo* und bekamen den zweiten Zapateado zu sehen.

Drei Jahre später verläßt Antonio im Vollbesitz seiner Kraft und seines Talents und auf der Höhe des Weltruhms plötzlich die Bühne, für immer, glaubte er damals, weil die Franco-Leute fünf spanische Patrioten hingerichtet hatten. Er protestierte damit gegen die Un-

menschlichkeit Francos, verurteilte das brutale Regime und solidarisierte sich mit den Kämpfern für die Demokratie. Im selben Jahr siedelte er nach Kuba über.

"Der Tanz ist meine Waffe"

Schwer zu sagen, wie lange von Gades nichts zu hören gewesen wäre, wenn er nicht der berühmten kubanischen Ballerina Alicia Alonso begegnet wäre. Sie überredete ihn, auf die Bühne zurückzukehren. "Jeder Revolutionär hat im Kampf gegen den Imperialismus seine Waffe. Deine ist der Tanz." So stand Antonio wieder auf der Bühne, zunächst in Kuba, dann bei Auslandsgastspielen.

In der Nacht zum 20. November 1975 stirbt der älteste Diktator Europas, Francisco Franco, in seiner Vorstadtvresidenz Pardo. In Spanien beginnt die Wiederherstellung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten. Viele, die der Caudillo jahrzehntelang aus der Heimat verbannt hatten, kehrten zurück: die

Pasionaria — Dolores Ibarruri —, der berühmte Dichter Rafael Alberti und andere Literatur- und Kunstschauffende, mit ihnen Antonio Gades.

1978 gründete er das Spanische Nationalballett. Alicia Alonsos Credo, daß im Kampf gegen den Imperialismus jeder Revolutionär seine Waffe hat, wird auch für Antonio zum Motto.

Die Regierung Franco hatte nicht nur für die Wirtschaft Spaniens, auf politischem und sozialem Gebiet katastrophale Folgen, sondern auch in der Nationalkultur. Alles, was in das Prokrustesbett der Falange-Ideologie nicht paßte und der Stärkung des Regimes nicht diente, trachteten die Franco-Leute auszumerzen.

Das war in der Literatur, im Film und im Theater alles Talentvolle und Fortschrittliche. Die Namen Pablo Picasso, Pablo Casals, Federico García Lorca und Juan Ramón Jiménez durften nicht erwähnt werden. Lope de Vega und Calderón verschwanden aus den

Spielplänen der Theater. Sogar Cervantes, der Stolz Spaniens, war den Franco-Leuten verdächtig. Einen ihrer Ideologen, Ernesto Jiménez Caballero, ließen sie Cervantes — einen "Vorläufer des Kommunismus" nennen und forderten die "Vertreibung" des "Don Quichotte", der den Glauben an "Spanien, Gott und Kaiser" untergrabe.

Zum Filmschaffen jener Periode sagte der bekannte spanische Regisseur Juan Antonio Bardem, es sei politisch ohnmächtig, sozial verlogen, wenig intellektuell, ästhetisch unwesentlich und ökonomisch rachitisch. Das galt auch für das Ballett — für den klassischen Tanz und für den Volkstanz.

Nach Spanien zurückgekehrt, unternimmt Gades als erstes den Versuch, den Flamenco wiederzubeleben. Nicht den stilisierten, der den Touristen vorgeführt wird, sondern den echten Volkstanz. Er studiert alle Volkstänze Spaniens und nimmt Elemente davon nach und nach in seine Inszenierungen auf. Mit anderen demokratischen Vertretern der künstlerischen Intelligenz kämpft er für eine zielgerichtete Kulturpolitik, die dem Volk Zugang zur Kultur verschafft.

Die Arbeit steht am Anfang, und das von Gades geleitete Kollektiv leistet einen großen Beitrag. Es ist keine private, rein kommerzielle Truppe, wie so viele in Spanien, sondern ein Bündnis von Gleichgesinnten. Jedes Mitglied ist doppelt, manchmal dreifach belastet: als Schauspieler, Lastenträger, Bühnenarbeiter und mitunter auch Kartensverkäufer. Aber sie alle eint der Gedanke, mit ihrem Schaffen die Menschen zu Humanismus, Güte und Haß auf den Faschismus zu erziehen.

Eben darin sieht Antonio Gades auch seine Aufgabe als Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Völker Spaniens, die sich auf die Prinzipien des Marxismus-Leninismus gründet. Er ist für die Kulturarbeit verantwortlich. "Wir haben die Kultur zu den Arbeitern in die Fabriken zu tragen", sagte er mir. "Wenn sie Klassencharakter trägt, kann und muß sie im Kampf gegen die Bourgeoisie eine starke Kraft sein."

Antonio Esteve Rodenas wird dieses Jahr 50, wohl ein kritisches Alter für einen Tänzer. Aber Antonio ist noch jugendlich rank und schlank und virtuos in seinen Bewegungen.

"Ob ich weiter tanzen werde? Gewiß. Ein größeres Glück gibt es für mich nicht. Wenn ich ein paar Tage nicht tanze, weil keine Auftritte oder Proben sind, dann fühle ich mich, als hätte ich lange mit niemandem gesprochen und müßte unbedingt meine Gedanken äußern. Im Tanz fühle ich mich wirklich ungebunden und frei."

BIOGRAPHISCHES



Der am 16. Juni durch Regierungsumbildung nach den Präsidentschaftswahlen zum österreichischen Bundeskanzler ernannte Franz Vranitzky war bis dahin Finanzminister. Er wurde am 4. Oktober 1980 in Wien geboren. Als er 1960 die Wiener Hochschule für Welthandel abschloß, verfügte er über eine ge- diegen ökonomische Ausbildung.

Vranitzky war im Sozialistischen Studentenbund aktiv und ist Mitglied der regierenden Sozialistischen

BUNDESKANZLER DER REPUBLIK ÖSTERREICH FRANZ VRANITZKY

Partei Österreichs. Nach für die Kontinuität des kurzen Tätigkeits in der außenpolitischen Kurses Finanzabteilung des Sie- seines Landes aus, der mens-Schuckert- Konzerns durch ständige Neutralität wechselte er 1961 in die und den Staatsvertrag von Wirtschaftsabteilung der 1955 über die Wieder- Österreichischen Nationalbank über. 1969 promovierte er zum Doktor der Ökonomie und wurde bald darauf Berater in Wirtschafts- und Finanzfragen im Finanzministerium. 1976 wurde er zum stellvertretenden Generaldirektor der Österreichischen Kreditanstalt befördert. Ab Februar 1981 war er Stellvertreter, und nach drei Monaten Generaldirektor der Österreichischen Nationalbank. Im September 1984 wurde Franz Vranitzky zum österreichischen Finanzminister berufen.

In seiner Regierungserklärung vom 18. Juni sprach sich Vranitzky aus. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Früher war recht viel von den "unversöhnlichen" und "sich verschärfenden" innerimperialistischen Gegensätzen zu hören. Jetzt erinnert man sich ebenfalls daran, wenn auch der Eindruck entsteht, die imperialistischen Mächte trüten nun geschlossen und einmütig in so wichtigen Fragen auf wie das Wettrüsten, die Lage in den Entwicklungsländern und der Terrorismus... Hat sich etwas geändert?

Andrej KRAWTSCHENKO
Moskau



Es diskutiert
das Mitglied
des NZ-Redaktionskollegiums
Viktor ZOPPI

Der schnelle Lauf der Zeit ändert vieles in der Welt. Qualitative Veränderungen auch innerhalb des imperialistischen Systems vollziehen sich. Doch diese Entwicklung, werter Genosse Krawtschenko, hebt keineswegs die dem Imperialismus eigenen Widersprüche auf.

Wenn man sich auf die protokollarische Registrierung der Gipfeltreffen westlicher Länder beschränkt, könnte wohl der Eindruck entstehen, die Führer dieser Länder seien ein Herz und eine Seele. Doch die Dekoration der feierlichen Treffen vermag nicht, eben jene Widersprüche, von denen Sie sprechen, zu verdecken.

Episoden aus jüngster Zeit. Nachdem Paris US-Flugzeuge des Überfliegen Frankreichs zur Bombardierung Libyens untersagt hatte, wurde in den USA eine wahre antifranzösische Orgie entfesselt. Das sah u. a. so aus: Der Moderator einer beliebten TV-Sendung schleuderte einem Schauspieler, der einen Franzosen darstellte, eine Cremeforte in die Visage. Der Mime spielte dann den Erstaunten, wollte nicht verstehen, warum die Yankees so aufgebracht sind gegen sein Land, das noch unlängst als enger, treuer Freund und Verbündeter galt.

Und nun noch eine "Torte", die Washington all seinen Verbündeten ins Gesicht warf. Ich meine die verantwortungslose Entscheidung von Präsident Reagan, die Bestimmungen

von SALT II nicht mehr einhalten zu wollen. Die Verbündeten der USA, die einen wütend und laut, die anderen zögernd und fast flüsternd, verurteilten diesen Schritt, da ihnen sofort klargeworden war, wie gefährlich er ist, da er das nukleare Wettrüsten forciert. In diesem Zusammenhang fragten amerikanische Journalisten einen der fanatischsten Falken in der Reagan-Administration, den stellvertretenden Verteidigungsminister Richard Perle: "Unabhängig von den Vorzügen oder Nachteilen von SALT II, warum haben Sie sich gerade so von ihm losgesagt? Warum mußten Sie die Verbündeten nervös machen und Besorgnis in unserem Land hervorrufen? Warum konnte man das nicht etwas klüger anstellen?" Perle darauf: "Ich weiß nicht, was Sie mit 'klüger' meinen... Was aber die Europäer angeht, so konnte man ihnen diese Entscheidung überhaupt nicht schmackhaft machen, doch es gibt einen Weg, sie den Europäern verständlicher werden zu lassen, und zwar durch eine eingehendere Erörterung..." Mit anderen Worten pfeift Washington auf die Interessen der Europäer, wenn das, was es tut, nur seinen Interessen entspricht. Wenn ihnen das aber nicht gefällt? Wenn sie es unannehbar finden? Wenn sie nervös werden? Dann könnte man ja darüber sprechen...

So sieht die politische Praxis in den Beziehungen der USA zu ihren Verbündeten aus, gerade hier verläuft die Trennlinie, an der die unversöhnlichen Widersprüche kolidieren. Der französische Politologe und Direktor des "Monde Diplomatique", Claude Julien, schreibt: "Muß man erst daran erinnern, daß jede Allianz auf der Souveränität ihrer Partner beruht? Davon kann schon lange keine Rede mehr sein. Washington stellt seine Bündnispartner vor vollendete Tatsachen."

Souveränität? Diesbezüglich hat Washington seine Vorstellungen. Natürlich ist es gut, wenn die Souveränität eines gleichberechtigten Partners freiwillig auf dem Altar der Lebensinteressen des Seniorpartners geopfert wird. Wie das eben mit der Souveränität Großbritanniens und sei-

DISKUSSION MIT DEM LESER

nes Volkes geschah, als die Thatcher-Regierung den Start von US-Flugzeugen von britischem Territorium zur Bombardierung Libyens erlaubte. Oder mit der Souveränität der BRD, deren Regierung entgegen kategorischen Protesten der Bevölkerungsmehrheit gehorsam der Stationierung von neuen US-Raketen zustimmte.

BRD-Kanzler Kohl rang sich dieser Tage zu einem halbherzigen Eingeständnis durch, als er erklärte, nach Washingtons Abgehen von SALT 2 sei Besorgnis über den Stand der Beziehungen zwischen den USA und Europa, der Beziehungen innerhalb des Atlantischen Bündnisses und der amerikanisch-bundesdeutschen Beziehungen entstanden. Und er erklärte für alle Fälle, damit er jenseits des Atlantik richtig verstanden werde: Ein Bündnis der freien Völker, wie es die Nordatlantische Allianz darstellt, sei nicht immer bequem. In einem solchen Bündnis seien Differenzen zwischen den Meinungen und Interessen der Partner sowie Diskussionen darüber nur natürlich. Die Meinung des Kanzlers zu möglichen Diskussionen innerhalb der NATO ist identisch mit Richard Perles Formulierung "Darüber kann gesprochen werden". Wie sich auch die überaus originelle Äußerung Kohls von den "globalen politischen Herrschaftsansprüchen" der Sowjetunion voll mit den aufdringlichen Ideen des Weißen Hauses deckt.

Nibelungentreue ist das Gegenstück zu selbständiger politischem Denken. Servile Nachahmung kann nur abstoßend wirken. Das Gemeinsame aber wird immer weniger. Die Feindseligkeit nimmt zu, die Interessengegensätze werden ständig tiefer. "Und selbst das Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion auf beiden Seiten des Atlantik", konstatiert Claude Julien, "beseitigt keineswegs die ernsten Differenzen über die zu verfolgende Politik."

Doch wenn das von professionellen Sowjetfeinden so eifrig verbreitete "Mißtrauen" und der Antisowjetismus nicht mehr wirken, das Bündnis nicht zusammenschweißen, wenn sich die europäischen NATO-Partner dann doch ihrer Souveränität entsinnen, wenn sie den Dialog mit der UdSSR aufnehmen und unserer Position immer mehr Beachtung schenken — dann heißt das, daß sich die Zeiten ändern, doch keineswegs in Richtung auf einen Abbau der innerimperialistischen Widersprüche.

König Fußball

Andrey STAROSTIN

verdienter Meister des Sports der UdSSR

Zum zweitenmal war Mexiko Austragungsland der Fußballweltmeisterschaft. Doch während 1970 16 Mannschaften in die Endrunde kamen, waren es diesmal, ebenso wie 1982 in Spanien, 24 Teams. Sie waren in 6 Untergruppen eingeteilt. Von jeder Gruppe kamen 2, bisweilen auch 3 Mannschaften in das Achtelfinale.

Mit der Ausweitung des Teilnehmerkreises des Finales hatte man natürlich Positives bezeichnet. Doch möglich sind natürlich auch andere Varianten. Sollte man sie nicht durchdenken? Soweit das erste Fazit, noch ganz unter dem Eindruck der Weltmeisterschaft

Der 13. Fußballweltmeister steht also fest. Zum zweitenmal wurde es die Nationalauswahl Argentiniens. Der neue Champion wurde in einem dramatischen Spiel vor mehr als 100 000 Zuschauern geboren. Auf den Tribünen feuerten über 20 000 Schlachtenbummler aus Argentinien ihre Mannschaft an, insgesamt aber wurde Maradonas Elf von 80-90 Prozent der Zuschauer unterstützt. Doch den Ausgang des Matches entschied natürlich nicht dieser Faktor, sondern das Geschehen, das sich unmittelbar auf dem Rasen abspielte.

Wenn unsere Leser diesen Beitrag lesen, wird über das Endspiel zwischen den Mannschaften Argentiniens und der BRD schon so viel geschrieben sein, daß ich mir eine eingehende Darstellung des Spielgeschehens schenken kann. Ich will nur sagen, daß es ein wahres Fest von König Fußball war.

Im Fußball vollzieht sich ein Prozeß des Kräfteausgleichs. Ich war bei allen vorherge-

henden Weltmeisterschaften zugegen, an denen unsere Mannschaft teilnahm, darunter im Jahr ihres Debüts in Schweden. Damals löste die Elf Brasiliens — die Mannschaft von Pele, Didi, Garrincha, Santos und ihrer Partner — Begeisterungsstürme aus. Allmählich führte die Entwicklung des Weltfußballs zur Ausweitung des Kreises der Fußball-Elite. Das Prestige des südamerikanischen Fußballs blieb, ja nahm sogar zu. Doch auch der europäische Fußball entwickelte sich. Spürbar verbesserten die Sportler afrikanischer und asiatischer Länder ihr Spiel.

Am Vorabend der 13. Fußballweltmeisterschaft konnte etwa die Hälfte der Endrundenteilnehmer nach Meinung vieler Fachleute als reale Anwärter auf Medaillenplätze gelten — u. a. Brasilien,

Großbritannien, die BRD, Italien, Uruguay, Spanien, Frankreich, Argentinien, Belgien, Ungarn, Dänemark, Polen und die UdSSR.

Zunehmende Konkurrenz im Fußball ist an sich ein positiver Faktor — doch nur dann, wenn das nicht auf Kosten der Spielqualität der führenden Teams geschieht. Da stellt sich wieder die Frage: Wann wurde eigentlich besser gespielt — früher, jetzt? Hierauf gibt es keine Antwort, da es keine eindeutigen objektiven Kriterien gibt, die es erlauben würden, den Fußball von heute mit dem von gestern zu vergleichen. Man kann hier nur von dominierenden Tendenzen sprechen.

Was aber sind die charakteristischen Züge des Fußballs, die wir bei der Meisterschaft 86 gesehen haben? Die Verbesserung der Technik und die Steigerung des Tempos wurden meiner Meinung nach sehr deutlich. Die Weltmeisterschaft von Mexiko demonstrierte, daß Hauptinhalt der letzten vier Jahre — von Spanien bis Mexiko — der Kampf um das Tempo, um die

Der Kapitän der Mannschaft Argentiniens, Diego Maradona, nach Überreichung des goldenen Pokals

Telefoto: AP-TASS



Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.
Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"

Schnelligkeit der Ballbehandlung und der Reaktion war.

So mußte die französische Mannschaft in Mexiko für ihre langsame Ballführung im Halbfinale gegen die BRD büßen. Das BRD-Team holte sich durch sein stabileres Spiel den Sieg.

Natürlich ist technisches Können das A und O des Fußballs, und eine Beschleunigung des Spiels ist der richtige Weg zu seiner Vollkommenheit. So haben unsere Fußballer nicht geringe Reserven bei der Vollkommenheit ihrer Technik.

Viel wurde von Maradonas Regelverstoß gesprochen. Ich meine das Tor, das er gegen die Engländer schoß, indem er dem Ball raffiniert mit einer Hand nachhalf. Maradona ist ein großer Fußballer. Doch seine Handlungsweise muß verurteilt werden:

Aus verschiedenen Gründen schieden Mannschaften in Mexiko aus, darunter wegen Fehlern von Schiedsrichtern oder Fehlkalkulationen von Trainern. Jeder Teilnehmer der Weltmeisterschaft, angefangen bei den Argentinern, dem neuen Champion, bis zu den unter "ferner liefen", hat jetzt Zeit zu eingehender Analyse.

Ich möchte mit der Antwort auf die Frage schließen, die mir bekannte und unbekannte Fußballfreunde immer wieder stellen: Wie ist das Abschneiden unserer Mannschaft bei der Weltmeisterschaft in Mexiko zu beurteilen? Ich möchte da als altgedienter Schlachtenbummler antworten: Unser Team hat in Mexiko nicht schlecht abgeschnitten. Wenn es auch keine entscheidenden Siege errungen hat, so hat es auch keine Niederlage in einem fairen Kampf hinnehmen müssen. Im Spiel gegen Ungarn offenbarten sich die besten Traditionen des sowjetischen Fußballs. Unsere Elf zeigte ein modernes Spiel. Um sich in der europäischen Spitze zu behaupten, zu der die Auslandsprese unserer Team zu Recht zählt, müssen ständig Spitzenleistungen gebracht werden. Das aber ist nicht leicht.

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines



GESCHÄFTSLEUTE UND TOURISTEN!

AEROFLOT BIETET

die neuen internationalen Routen

JEREWAN—BERLIN—JEREWAN {mittwochs}

JEREWAN—PRAG—JEREWAN {donnerstags}

Beflogen von der komfortablen TU 154.

Wenn Sie Sowjetarmenien kennengelernt haben, können Sie die UdSSR weiter bereisen: Jerewan hat günstige Flugverbindungen in die Hauptstädte aller Unionsrepubliken, beliebte Kurorte und Kulturzentren der Sowjetunion.

Ausführliche Auskünfte über die neuen Routen gibt Ihnen jede Aeroflot-Vertretung in Ihrem Lande oder die Zentrale Internationale Aeroflot-Agentur. Anschrift:

119021 Moskau, Frunsenskaja naberezhnaja 4
Telefon: 245-00-02, Telex: 411202.

Aeroflot steht Ihnen zu Diensten!



INTERNATIONALER
FOTO- UND ZEICHEN-
WETTBEWERB
**„JAHR
DES FRIEDENS“**



Aufnahmen von
Janis
KLAVINS
(UdSSR)

